
58

Bismarck
als Mitarbeiter der „Kreuzzeitung" in den Jahren 1848 und 1849.

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde der hohen
philosophischen Fakultät der Universität Bonn.

Vorgelegt
von

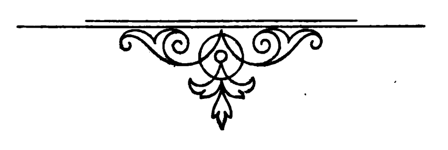
Bernhard Studt.

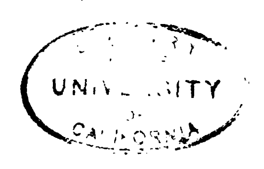
Blankenese.
Johs. Krögers Buchdruckerei
1903.

Benutzte Literatur.

1. Neue Preußische Zeitung, 1848/1849.
2. Verhandlungen der Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung, 3 Bde. Berlin 1849.
3. Verhandlungen der durch das Allerhöchste Patent vom 5. Dezember 1848 einberufenen 1. Kammer. Berlin 1849.
4. — Neue Folge. Bd. I u. II.
5. Verhandlungen der 2. Kammer vom 26. Februar bis 27. April 1849.
6. — vom 7. August 1849 bis 26. Februar 1850. 3 Bde.
7. **Horst Kohl:** Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Bd. I—XII.
8. — Bismarck-Regesten. Bd. I.
9. — Bismarck-Jahrbuch. 6 Bde.
10. **Herm. Wagener:** Erlebtes. 2. Bde.
11. — Die kleine, aber mächtige Partei: Nachträge zu „Erlebtes".
12. **Beseler:** Erlebtes und Erstrebtes.
13. Preußische Gesetzsammlung 1848/49.
14. Deutsche Chronik 1848/49.
15. **Mor. Busch:** Unser Reichskanzler. 2 Bde. 1884.
16. — Tagebuchblätter. 3. Bde.
17. **v. Sybel:** Die Begründung des Deutschen Reiches unter Wilhelm I. Bd. I.
18. **H. v. Poschinger:** Preußen im Bundestag 1851—59. 4 Bde. 1884.
19. — Bismarck und die Parlamentarier. 3 Bde. 1896.
20. — Bismarck-Portefeuille. 2 Bde.
21. — Fürst Bismarck. Neue Tischgespräche und Interviews.
22. — Ein Achtundvierziger. Lothar Buchers Leben und Wirken. 3 Bde.
23. Schriften des Vereins für Geschichte Berlins 1895, Heft 32, p. 99 ff.
24. Bismarcks politische Briefe 1849—89.
25. Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin.
26. Denkwürdigkeiten des Generals Leopold v. Gerlach. 2. Bde. 1897.
27. Deutsche Literaturzeitung, Bd. 21, p. 1513 ff.
28. Die Grenzboten 1. Januar 1899.

29. **H. Blümner**: Der bildliche Ausdruck in den Briefen des Fürsten marck (Zeitschr. f. Literaturgesch. „Euphorion", Jahrg. I, p. 5
771 ff.).
30. — Der bildliche Ausdruck in den Ansprachen des Fürsten Bis (Zeitschr. d. Allg. deutsch. Sprachvereins, X, Nr. 4, p. 78 f
31. — Der bildliche Ausdruck in den Reden des Fürsten Bis Leipzig 1891.
32. **Vogel**: Zur Charakteristik der politischen Reden des Fürsten Bis (Bismarck-Jahrbuch, III, 337 und Zeitschr. f. den deutsch. Un X, Heft 1).
33. **O. Lyon**: Fürst Bismarck als Künstler in Politik und Sprache (Zei f. den deutsch. Unterr., IX, Heft 4, p. 245 ff.).
34. — Bismarck und das Fremdwort (Zeitschr. des Allg. deutsch. Sp vereins, X, 4 p. 87 ff.).
35. **Matthias**: Zeugnisse der Reden Bismarcks zu einigen vielerörterten Fr der deutschen Sprachlehre (Das.).
36. Bismarck als Humorist (Gegenwart 1895. XLVII, p. 197 ff.).
37. **Vitzthum v. Eckstädt**: Berlin und Wien 1845—52. 1886.
38. **H. v. Poschinger**: Erinnerungen von H. V. v. Unruh. Stuttgart 18
39. **v. Unruh**: Skizzen aus Preußens neuester Geschichte. Magdeburg 18
40. **P. Reichensperger**: Erlebnisse eines alten Parlamentariers. Berlin 18
41. **Bismarck**: Gedanken und Erinnerungen. 2 Bde.





I. Einleitung.

Führen wir uns die vielverschlungenen Pfade vor Augen, auf denen Bismarck sein hohes Ziel zu erreichen strebte, so finden wir einen, der noch immer zu wenig Beachtung gewonnen hat, obwohl grade er zu den interessantesten zu rechnen ist und die herrlichsten Ausblicke gewährt, einerseits auf Bismarcks Politik, andererseits auch auf die Kraft und den Bilderreichtum seiner Sprache: Das ist seine Wirksamkeit durch die Presse. Mochte er persönlich die öffentliche Meinung auch noch so gering schätzen, wie er es ja oft mit Wort und Tat bewiesen hat, sie für seine Zwecke zu benutzen und zu bearbeiten, war ihm eine unabweisbare Notwendigkeit. Gab es da ein geeigneteres Mittel, um dem Volke, den Massen seine Gedanken klarzulegen, ihnen seine Ziele aufzuoctroyieren, sie gewissermaßen zur Mithilfe an seinem großen Werke zu zwingen, als die Presse? Und selten wohl hat es einen Staatsmann gegeben, der in einer so genialen und umfassenden Weise diese sogenannte siebente Großmacht in seinen Gedankenkreis zu zwingen, ihr seinen Stempel aufzudrücken wußte. — Diese Beeinflussung der öffentlichen Meinung galt ihm natürlich als die Hauptaufgabe der Preßwirkung. Die Presse soll die Regierungspolitik vertreten und unterstützen. In Frankfurt[1]) beklagt er sich über den gänzlichen Mangel an ehrliebendem Patriotismus in der einheimischen Presse. In betreff innerer Fragen würde er ihr gern mehr Freiheit lassen, aber mit unnachsichtlicher Strenge darauf halten, daß die auswärtige Politik der Regierung von jedem preußischen Blatte nicht nur nicht angegriffen, sondern unterstützt werden muß; und jede Zeitung, die mit einem Komma dawiderhandle,[2]) würde er ohne Federlesen unterdrücken.

Indes, nicht nur auf die breite Masse verspricht er sich eine erfolgreiche Wirkung durch die Presse, sondern auch auf die Regierungen, die einheimische sowohl wie fremde. In den Gedanken und Erinnerungen[3]) heißt es: „Die Monarchie und der idealste Monarch, — bedarf der Kritik, an deren Stacheln er sich zurechtfindet, wenn er den Weg zu verlieren Gefahr läuft. — Die Kritik kann nur geübt werden durch eine freie Presse und durch Parlamente im modernen Sinne.“ Auch auf fremde Regierungen sucht Bismarck durch die Presse Einfluß zu gewinnen,[4]) so, wenn er am 8. Januar 1871 anordnet, die Wahlen zum Reichstag noch für denselben Monat anzukündigen, um damit einen Druck auf Baiern auszuüben. Aber selbst damit hat der Wirkungskreis der Presse

---

[1]) H. v. Poschinger: „Preußen im Bundestag 1851—1859“ II, p. 118. — [2]) Das. IV, p. 299. — [3]) Gedanken und Erinnerungen II, 60 f. — [4]) Mor. Busch: Tagebuchblätter II, 24.



seinen Umfang noch nicht erschöpft:[1]) sogar der Kaiser unterliegt ihrer gewaltigen Macht, und das ist für den Kanzler ein Weg, ihm seine Ideen vermerkt zu inspirieren. Kaiser Wilhelm las regelmäßig die Spenersche Zei deren Redakteur seit 1872 der Abgeordnete Wehrenpfennig war. Diesen Bismarck daher häufig zu sich bescheiden, um ihm seine Wünsche wegen Behandlung gewisser politischer Fragen in seinem Blatte mitzuteilen: „Bede Sie," so äußerte er einmal zu Wehrenpfennig, „daß Sie Ihre Artikel für Kaiser schreiben."

So war ihm diese Macht in den verschiedensten Situationen, zu den schiedensten Zwecken ein willkommenes Hilfsmittel. Ihre Vorteile — Anreg Kritik, schnelle Aufklärung, Beeinflussung der nationalen Stimmung u. a. waren ihm wohl bekannt. Oft legte er den Zeitungen sogar mehr Quellen bei als den amtlichen Kundgebungen, in denen die Absicht des Schreibers hä nur verhüllt zum Ausdruck käme.

Daß er trotzdem die Mängel und Nachteile der Presse durchaus nicht kannte, zeigen verschiedene interessante Aeußerungen, in denen er die Presse das Publikum mit Schärfe geißelt. So äußerte er sich auf einer seiner pa mentarischen Soireen,[2]) im Dezember 1875, gegenüber einer Gruppe von geordneten speziell in betreff der deutschen Presse ungefähr folgendermaß „Es wird in unseren Zeitungen zuviel auf Sensationelles gesehen, als ob Tage so etwas passieren müßte. Jede Nummer muß womöglich etwas Ne bringen, etwas Bedeutendes, Außerordentliches." So verwöhne man das Publik und zwinge den Korrespondenten zur Erfindung unwahrer Nachrichten. anderer Fehler sei die allzu häufige und ausführliche Beschäftigung mit d Auslande, mit französischen Zuständen, englischen Parlamentsfragen ꝛc. Be solle man sich, wie die englische Presse, mit den eigenen inneren Angelegenhei beschäftigen und das Publikum sachkundig und gründlich darüber belehren.

Andere und zwar direkt fühlbare Nachteile, welche die Tätigkeit der Pre der öffentlichen Wohlfahrt zufügen kann und wiederholt zugefügt hat, hob Reichskanzler in der Rede hervor, die er am 9. Februar 1876 im Reichsta hielt:[3]) Er sprach von den Schäden, welche durch Verbreitung erdichte und entstellter Tatsachen für das Gemeinwesen zu entstehen pflegten. Besonde hatte er die Kriegslügen im Auge, die seit mehr denn 12 Jahren ängstli Gemüter verwirrt und nicht unwesentlich dazu beigetragen hätten, daß die G schäfte darniederlägen. Aber die Hauptschuld schiebt er wieder auf das Publiku „Namentlich die deutschen Leser mögen ernste, sachlich geschriebene, belehren Artikel über innere Angelegenheiten, die uns doch zunächst interessieren sollte nicht lesen. Deutsche Zeitungen sollen politische Unterhaltungslektüre sein, d man eben beim Schoppen gelegentlich verrichtet und von der man eine anregen Unterhaltung, vor allen Dingen etwas Neues weit aus dem Auslande erwartet

Aber noch eine Art von Presse schädigt die Geschäfte:[4]) „die Presse, d im Dunkeln wirkt, nur beim Schein einer Blendlaterne." Das Wochenbla das sich in den ärmeren Kreisen der Bevölkerung einniste, die keine Kontrol hätten über die dreisten Lügen, die ihnen darin aufgetischt würden, hätte e leichtes Spiel, die Menschen zur Unzufriedenheit zu bringen und sie damit so zialistisch-demokratischen Umtrieben zugänglich zu machen. Das habe die deutsch

[1]) H. v. Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier II, p. 156. Mor. Busch Tagebuchblätter I, p. 23. — [2]) Mor. Busch: Unser Reichskanzler II, p. 239 ff. — [3]) Das p. 240 ff. — [4]) Das., p. 243.

Arbeit verteuert und vermindert und uns konkurrenzunfähig gemacht gegenüber den Franzosen.

Trotz alledem dachte Bismarck über Preßfreiheit und Preßgesetze sehr liberal und milde, doch hielt er die Beschränkung durch gewisse Gesetze für unumgänglich geboten:[1] „Die ungezügelte Preßfreiheit und das Versammlungsrecht ohne Kontrolle,“ so äußerte er sich 1849, „sind antizipierte Bruchstücke eines zukünftigen Rechtszustandes, Bruchstücke, welche, wo ihnen die Ergänzung durch Repressionsgesetze fehlt, jede Regierung zu einem fortwährenden Kriegsfuß gegen den Aufruhr nötigen.“ Bekannt ist auch sein Ausspruch von der „moralischen Brunnenvergiftung durch die Presse,“[2] gegen die er 1850 einen Schutz für notwendiger hält als eine neue Gemeindeordnung. Die Schuld gibt Bismarck jedoch nicht der Preßverfassung selbst, sondern der Bürokratie:[3] „Mit dieser Bürokratie, inklusive Richterstand, können wir eine Preßverfassung haben wie die Engel, sie hilft uns doch nicht durch den Sumpf.“ Gegen die Preßgesetzanträge am Frankfurter Bundestag[4] verhielt er sich meistens ablehnend, da er die preußischen Gesetze für durchaus genügend hielt und nicht die Presse in uniforme Gesetze zwängen wollte.

In den politischen Reden finden sich natürlich noch verschiedentlich Aeußerungen über Freiheit der Presse:[5] Das im Reichs- resp. Landtage gesprochene Wort solle frei sein, aber bei der Veröffentlichung sei eine Korrektur durch das Preßgesetz unumgänglich, weil Exzesse und Ueberschreitungen die Widerlegung und Würdigung im Publikum nicht finden könnten, auch dem Parteitreiben dabei zu viel Spielraum bleibe.[6]

Gegen den Ausdruck „offiziöse Presse“ in dem Sinne einer von der Regierung womöglich mit Geld unterstützten Presse, für deren gesamten Inhalt man die Regierung verantwortlich machen könnte, verwahrte sich Bismarck mehrfach ganz energisch.[7] In seiner Rede vom 9. Februar 1876 verurteilte er zunächst den Schwindel, der mit dem Worte offiziös getrieben werde, dann fuhr er fort: Es sei nicht zu leugnen, daß für jede Regierung die Unterstützung der Presse und die Vertretung ihrer Interessen und Wünsche in der Presse auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wünschenswert sein müsse. Es sei deshalb wohl natürlich, wenn die Regierungen sich für solche Dinge, die sie nicht gerade in ihrem amtlichen Moniteur sagen wollten, in irgend einem befreundeten Blatte soviel weißes Papier offen halten ließen, wie sie brauchten, um gelegentlich ihre Meinung zu äußern. Als solches Blatt sei früher die Nordd. Allg. der Regierung aus reiner Ueberzeugung ohne Geldunterstützung zur Verfügung gestellt gewesen. Aber die meisten Leute hätten gemeint, daß nun alle Artikel, die in einem solchen Blatte ständen, gewissermaßen vom Minister selbst geschrieben, wenigstens von ihm durchgelesen würden, sodaß er für jeden Wortlaut verantwortlich gemacht werden könnte.[8] Diese Gefahr habe ihn zuletzt genötigt, auf die Annehmlichkeit, seine Meinung in der Presse außeramtlich zu vertreten, absolut zu verzichten. Der Minister habe einen vortragenden Rat, dem er Auftrag gebe und der diesen der Zeitung übermittele. Diese Verbindung zwischen den Organen des Ministeriums und des Blattes vermittle dann natürlich auch die

[1]) H. Kohl: Bismarck-Regesten, Bd. I, p. 18. — [2]) Polit. Reden I, p. 204. — [3]) Herm. Wagener: Erlebtes I, p. 54. — [4]) H. v. Poschinger: Preußen im Bundestag I, Urk. 8, 81, 88, 200, 212; II, Urk. 125, 161; III, Urk. 69, 83. — [5]) Polit. Reden III, 142, 364. — [6]) Man vgl. Polit. Reden VI, 98 f., 58. — [7]) Mor. Busch: Unser Reichskanzler II, 256. — [8]) Man vgl.: H. v. Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier I, p. 76 und p. 83.



Mitteilung anderer Nachrichten, die mitgeteilt werden dürften und kör
Aber dann hießen gleich alle Blätter, die nur einmal eine solche Nachrich
bracht hätten, „ein Blatt, welches den Regierungskreisen näher steht,“
Blatt, welches bekanntlich amtliche Mitteilungen erhält,“ oder in französ
Zeitungen einfach „la feuille de Monsieur de Bismarck.“ Da sei es sc
als wenn es im Staatsanzeiger stände. Auf diese Weise habe man durch
einfache Wort „offiziös“ ihm, dem Reichskanzler, alle nur möglichen Dummh
imputiert. Deshalb ergreife er diese Gelegenheit, um auf das bestimmtes
erklären, daß es kein offiziöses Blatt des Auswärtigen Amtes gebe, auch
offiziösen Mitteilungen an irgend ein Blatt ergehen. Es sei für ihn zwar
unbequem, daß er nur im Staatsanzeiger oder der anerkannt offiziösen
offiziös bleibenden „Provinzialkorrespondenz“ seine Meinung zur öffentl
Kenntnis bringen könnte; aber da sei er sicher, daß man ihn nur für das
antwortlich machen könnte, was er zu vertreten habe.

Dieses Nichtvorhandensein einer offiziösen Presse betont Bismarck im
und immer wieder. Schon 1864 bemerkt er,[1]) sein erstes Gewerbe nach sei
Eintritt in das Ministerium sei die Abschaffung der offiziösen Presse gewe
die damals durch die Allg. Preuß. Zeitung (Stern-Z.) vertreten war. 1
erklärte er sich ebenfalls unverantwortlich für die Redaktion der „Provinz
korrespondenz.“[2]) Noch einmal im Jahre 1885 verwahrt er sich gegen
Ausdruck: „Presse des Reichskanzlers.“[3]) Die gäbe es nicht. Wohl habe
Zeitungen, die ihm weißes Papier zur Verfügung stellten, aber er sei dar
doch nicht für jeden Artikel verantwortlich. Der Abgeordnete Richter beme
hierzu: „Der Herr Reichskanzler sagte, man solle ihm nicht alles zur Last leg
was in irgend einem seiner Blätter gestanden habe. Meine Herren, ich bin
Meinung, daß der Herr Reichskanzler in der Presse weit mehr tätig ist u
auf die Presse wirkt, als irgend einer von uns. Der Herr Reichskanzler
ein ganzes Preßbureau und einen ganzen Preßstab zur Verfügung, und gle
wohl verwahrt er sich, daß man ihm eine einzelne Aeußerung dieser Presse
Last lege.“

In den späteren Jahren galten, wie Bismarck selbst zugab, die „Gre
boten“ als hochoffiziös, fast in gleichem Maße wie der „Staatsanzeiger“.[4])

In der eben erwähnten Aeußerung des Abgeordneten Richter finden w
schon einen Maßstab für die ausgedehnte Preßtätigkeit Bismarcks. V
dem Augenblicke seines Eintritts in das politische Leben an ist seine Mi
arbeit in der Presse erkenntlich. In den Jahren 1848—51 war es wo
fast ausschließlich die neu ins Leben gerufene „Neue Preußische Zeitung
die sogenannte „Kreuzzeitung“, an deren Begründung Bismarck selbst ein
großen, wenn auch nur indirekten Anteil hatte,[5]) in der er seine Ansichten v
der Oeffentlichkeit vertrat. Mit seiner Uebersiedelung als Bundestagsgesandt
nach Frankfurt hörte die intensive Mitarbeit an diesem Blatte vorläufig au
In Frankfurt war er seit dem 4. Mai 1851 Leiter der Preßstation, und hi
standen ihm 2 Preßagenten zur Seite, die Assessoren Zitelmann und Rudlo
Seine Tätigkeit erstreckte sich besonders auf Frankfurter und süddeutsche Blätte

Von nun an wuchs die Zahl seiner Mitarbeiter mit dem Umfang seine
Wirkungskreises. Seit dem Jahre 1864 war unzweifelhaft der geschicktest

[1]) Polit. Reden II, 282. — [2]) Das. VII, 341 f. — [3]) Das. X, 376. — [4]) Mor. Busch
Tagebuchblätter III, 13 und 135. — [5]) Wagener: Erlebtes I, 18. Vgl. p. 11.

tiefste und gesinnungsvollste unter seinen Gehilfen Lothar Bucher,[1]) „eine für die Publizistik geradezu prädestinierte Persönlichkeit," wie ihn Poschinger nennt. In der Presse hat man ihn auch wohl als Bismarcks rechte Hand bezeichnet; Bismarck selbst nannte ihn (1873) einen „Mann von sehr feinem Takte,"[2]) ein andermal „eine wahre Perle."[3]) Sein Vertrauen zu diesem Mann äußerte sich auch darin, daß er ihn bei der Ausarbeitung seiner Memoiren heranzog. Bucher war hierbei sogar in gewissem Grade die treibende Kraft. Seine stenographischen Nachschriften nach dem Diktat des Fürsten bildeten den Grundstock zu der ersten Ausarbeitung.

Seit dem 24. Februar 1870 gesellte sich zu ihm als äußerst reger, intelligenter und ergebener Preßagent Moritz Busch, „das Büschlein" oder „der kleine Sachse", wie Bismarck ihn zu nennen liebte. In seinen Tagebuchblättern gewährt er uns einen deutlichen Einblick in das Getriebe der Bismarckschen Preßwerkstatt. Buschs Wirksamkeit liegt besonders in den späteren Jahren, als der Kanzler sich häufig aus Gesundheitsrücksichten auf das Land zurückzog. Dann war Busch jedes Winks gewärtig, und in Form von Gesprächen teilte ihm Bismarck seine Gedanken mit, die dann meist in den „Grenzboten" zur Veröffentlichung kamen, deren Redaktion Busch 1877 übernommen hatte. Ueber Buschs persönliches Verhältnis zu seinem Herrn[4]) ist viel gestritten worden. Daß Bismarck ihn für einen sehr geschickten und ergebenen Gehilfen hielt, zeigt die ausgiebige Benutzung der großen journalistischen Begabung dieses Mannes. Welche Gesinnungen er ihm sonst entgegenbrachte, zeigen Ausdrücke wie: „Mein Kriegskamerad", „mein lieber alter Freund" &c., sowie das Vertrauen, das er ihm bezeugte, indem er ihn bei der Ordnung seiner Briefschaften verwandte. Wenn Bismarck trotzdem gewisse unfreundliche Aeußerungen über Busch getan hat, wie man berichtet, so sind diese wohl zum größten Teil durch böswillige Verleumdungen hervorgerufen.

Nicht so sehr in seiner Gunst stand der etwas wunderliche, aber äußerst geschickte Abeken, der, wie der Kanzler sich einmal äußerte, mit der Schnelligkeit einer Dampfmaschine arbeite. Ueber ihn fällte Bismarck das nicht sehr sympathische Urteil:[5]) „Er fühlte sich nur wohl in der Hofluft und drüben bei R.... wills und wenn er seine Neffen bei sich hatte — „meine Neffen, die Grafen York," — da war er ganz außer sich. Aber er war doch gut zu gebrauchen mit seiner Routine. Er hatte einen solchen Phrasensack, den brauchte er bloß zu schütteln, wenn ich was von ihm haben wollte, und da machte er mir einen ganzen Haufen."

Während des französischen Krieges war auch Bamberger im Sinne Bismarcks tätig. Dazu kommen natürlich die Redakteure der Zeitungen, wie Wagener (Neue Preuß. Zeit.), Braß (Nordd. Allg. Zeit.), Wehrenpfennig (Spenersche Zeit.) u. a., später Hofmann von den „Hamburger Nachrichten".

Ueber seine eigene Tätigkeit in den späteren Jahren äußerte sich Bismarck im Reichstage am 13. Januar 1887 etwa wie folgt:[6]) Windthorst hatte die Bemerkung gemacht, der Kanzler habe eine ganze Anzahl von Blättern, von denen er genau wisse, daß er sie nicht allein inspiriere, sondern daß er zu Zeiten auch sehr scharfe Artikel darin schreibe. Darauf entgegnete der Kanzler, das sei ein großer Irrtum; es wäre ihm zwar sehr schmeichelhaft, wenn man in

---

[1]) H. v. Poschinger: Ein Achtundvierziger. Lothar Buchers Leben u. Wirken. — [2]) H. v. Poschinger: Fürst Bismarck. Neue Tischgespräche u. Interviews II, 336. — [3]) Mor. Busch: Tagebuchblätter II, 398. — [4]) Vgl. Bismarck-Jahrbuch Bd. VI. — [5]) Mor. Busch: Tagebuchblätter II, 400. — [6]) Polit. Reden XII, 274 f.



den Zeitungen seinen Stil wiederfände, er könne trotz aller Mühe den Schwung der Phrase, die überhaupt nicht seine Form sei, nicht herausbringen. Windthorst irre sich aber sehr, wenn er dem Kanzler ein so unberechtigtes Maß von Zeitüberfluß zuschreibe, daß dieser noch selbsttätig sich mit der Presse beschäftigen könne. Er bestreite nicht, daß er mitunter Auftrag gäbe, einen solchen Artikel zu schreiben und ihn sich vorlegen lasse, um zu sehen, ob er nicht etwa eine Unhöflichkeit gegen den Reichstag enthalte, aber ein derartiges Erleichterungsbedürfnis habe er vielleicht in 14 Tagen nur einmal. Wenn dieser letzte Satz wirklich wörtlich zu nehmen ist, so kann er doch nur für die letzte Zeit gelten. Noch 1881 beklagt sich Bucher über die vielen Aufträge, die aus Varzin kämen, oft drei bis vier am Tage. Auch Busch wurde oft drei- bis vier-, ja sechsmal täglich zum Chef gerufen, um Instruktionen zu empfangen. Bedenkt man, daß er doch nur einer aus der großen Zahl der tätigen Preßagenten war, so kann man den gewaltigen Umfang dieser Tätigkeit ermessen.

Die Zahl der von Bismarck benutzten Zeitungen ist fast unübersehbar. In der ersten Zeit war es, wie erwähnt, hauptsächlich die Berliner „Kreuzzeitung". Dazu kamen später außer dem offiziellen „Staatsanzeiger" und der anerkannt offiziösen „Provinzialkorrespondenz" die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die „Spenersche Zeitung"; ferner die „Magdeburger Zeitung", die „Augsburger Allgemeine Zeitung", dazu schlesische, ostpreußische, hannoversche und kleinere süddeutsche Blätter. Während der Frankfurter Zeit wirkte er in Frankfurter und süddeutschen Blättern. Seit 1866 trat Biedermann, der Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in Leipzig mit Bismarck in Verbindung. Während des französischen Krieges gingen die meisten Artikel an die „Kölnische Zeitung", einige an die „Weser-Zeitung". Während dieser Periode benutzte Bismarck auch vielfach ausländische, besonders französische Zeitungen, wie den „Moniteur", den „Nouvelliste de Versailles", gegründet von deutschen Korrespondenten der Kölnischen und der Allgemeinen Zeitung, die man aus Paris vertrieben hatte; ferner einige Rheimser Zeitungen und ein von Bamberger in Nancy begründetes französisches Blatt, das sogar vom Auswärtigen Amt mit Nachrichten versehen wurde. Dazu die englischen „Times", „Daily Telegraph", den Brüsseler „Indiscrète" und den Pester „Lloyd". Von 1873 bis 1875 redigierte Busch den „Hannoverschen Kurier" und stellte sein Blatt natürlich seinem Chef zur Verfügung, desgleichen als er 1877 die Redaktion der „Grenzboten" übernahm, die von da ab das Hauptorgan für die Verbreitung Bismarckscher Gedanken wurden. Ihnen an die Seite traten in den letzten Jahren die „Hamburger Nachrichten" unter ihrem Redakteur Hofmann, der, wie Busch erzählt, alle Woche kam, um drucken zu lassen, was Bismarck ihm sagte. Auch der „Hamburgische Korrespondent" kam gelegentlich zur Benutzung. Von Bismarck selbst verfaßte Artikel finden sich sicher in der „Neuen Preußischen Zeitung", nach Wageners Zeugnis; wahrscheinlich in der „Nordd. Allg. Zeitung", vielleicht in der „Magdeburger Zeitung" und der „Kölnischen Zeitung", sowie in den „Grenzboten" und „Hamburger Nachrichten". Für die übrigen oben angeführten Blätter ist es z. T. sehr unsicher, z. T. von vornherein zu verneinen.

Werfen wir nun noch einen Blick in die Werkstatt des Meisters.[1]) Bald sind es nur kurze Weisungen, bald ganze Artikel, die der Chef seinen Getreuen in die Feder diktiert, bald gibt er ihnen nur gesprächsweise den Gedankengang

[1]) Mor. Busch: Tagebuchblätter I, 34 ff.

oder „wie diktierend" die Hauptideen an. Busch ist dann derjenige, der die fertigen Artikel bei den Zeitungen unterbringen muß.

Oft freilich muß er die Entwürfe dem Chef erst wieder vorlegen, der sie zensiert und korrigiert, ja unter Umständen gänzlich umdiktiert. Stil und Auffassung[1]) müssen immer dem Organ und seinem Leserkreis angepaßt sein und besonders auch dem Orte der Herkunft, der fingiert wird, entsprechen. So giebt Bismarck z. B. am 7. Oktober 1871 Anweisung, betreffend die verschiedene Behandlung der östreichischen Angelegenheit:[2]) In den offiziellen Blättern, d. h. in solchen, die in dem Rufe stehen, eine Verbindung mit dem Auswärtigen Amt zu besitzen, soll man gegen das Ministerium Hohenwart die größte Mäßigung zeigen; in den anderen Blättern dagegen soll man alle Maßregeln desselben gegen das deutsche Element mit den schärfsten Ausdrücken kritisieren und verdammen. Im übrigen verlangt er von seinen Agenten, daß sie fein, diplomatisch, ohne Malice schreiben.[3]) „Sie müssen politisch schreiben", so lautet eine Weisung an Busch, „und in der Politik ist der Zweck nicht Beleidigung." Was er unter diesem „politisch schreiben" verstand, erhellt aus folgendem Fall: [4]) Im Jahre 1854 gelangten durch Zufall eigenhändige Korrespondenzen des östreichischen Gesandten Prokesch mit Preßagenten, betreffend die Organisation einer preußenfeindlichen Einwirkung auf die deutsche Presse und Konzepte stark antimonarchischer Zeitungsartikel, gleichfalls von seiner Hand in den Besitz der preußischen Regierung, und der Minister v. Manteuffel ersuchte Bismarck um eine Aeußerung, wie der Fund zu verwerten sei. In Bismarcks Antwort heißt es: „Mein Operationsplan würde der sein, durch ein möglichst unverdächtiges Blatt und in der Weise, als ob sich die Materialien im Privatbesitze befänden, die ersten Andeutungen in die Presse zu werfen, indem man den ungefähren Inhalt der tatsächlichen Zusammenstellung in einem oder mehreren Artikeln abdrucken läßt. Am besten würde sich hierzu vielleicht das preußische Wochenblatt eignen." Das Bekanntwerden der Transaktionen zwischen Prokesch und seinen Agenten müsse notwendig einen starken Rückschlag auf die Bedeutung der für Oestreich geschriebenen Artikel in der öffentlichen Meinung üben, wie dies schon aus der Gereiztheit hervorgehe, mit welcher einige Andeutungen über die jetzt von Frankfurt ausgehende östreichische Inspiration der deutschen Presse vor wenig Monaten aufgenommen wurden.

Dann fährt er fort: „Meine unmaßgebliche Meinung würde demnächst dahin gehen, daß wir den Schein annehmen, als sei erst durch die gedachte Veröffentlichung die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Quelle derselben gelenkt und auf diesem Wege amtliche Kenntnis von den Materialien erlangt worden." Letztere könnten dann zu weiteren Zwecken benutzt werden, indem man zunächst Prokesch selbst ein Gefühl der Unsicherheit beibrächte und den beiderseitigen Bundesgenossen in vertraulichen Wegen und insoweit Kenntnis von der Sache gebe, daß unsre Duldsamkeit in einem vorteilhaften Lichte erscheine. „Ebenso dürfte es sich empfehlen, wenn das Wiener Kabinett indirekt und außeramtlich erführe, daß wir schlagende Beweise für die stets abgeleugneten Umtriebe der Presse gegen uns und in betreff der Gesinnung, welche dieselben gegen die allerhöchste Person Sr. Majestät des Königs dokumentieren, in Händen haben."

---

[1]) Mor. Busch: Tagebuchblätter I, 9 f. und I, 34. — [2]) Das. II, 284. — [3]) Das. I, 250, 252. — [4]) Mor. Busch: Unser Reichskanzler II, 249 ff.



Angesichts dieser feststehenden Tatsache von der umfassenden Wirksamkeit unseres großen Kanzlers in der Presse, muß es fast Wunder nehmen, daß diese reiche Fülle von Material bisher so wenig Beachtung gefunden hat.

Die ersten Mitteilungen enthält eine Flugschrift aus dem Jahre 1848: „Wichtige Enthüllungen in betreff der reaktionären Presse."[1] Der unbekannte Verfasser teilt hier mehrere im Jahre 1848 in der „Kreuzzeitung" erschienene Artikel mit, die von Bismarck persönlich abgefaßt sein sollen.[2] Weitere von Bismarck herrührende Artikel hat Horst Kohl in seinem Bismarck-Jahrbuch (Bd. I, p. 469—483 und Bd. III, p. 398—430) vor die Oeffentlichkeit gezogen.[3] Nehmen wir noch die Andeutungen hinzu, die Mor. Busch in seinen „Tagebuchblättern" und in seinem Werk „Unser Reichskanzler" gibt, so haben wir den Stoff vollkommen erschöpft.

---

[1]) Abgedruckt z. T. in den „Schriften des Vereins für Geschichte Berlins" 1895, Heft 32 p. 99.

[2]) Diese Artikel richten sich gegen den damaligen Finanzminister Hansemann, dessen Politik besonders mit den Entwürfen über Grundsteuer, Rentenablösung und unentgeltliche Aufhebung gutsherrlicher Rechte in weiten Kreisen Anstoß erregt hatte.

a. In Nummer 33 vom 8. August 1848 tadelt der „† Aus Pommern, den 5. Aug." datierte Artikel das rücksichtslose Vorgehen des Herrn Hansemann gegen die Grundbesitzer.

b. Unter „(:) Stettin, den 5. August" findet sich die Mitteilung, Herr Hansemann habe sein Gehalt für ein Jahr pränumerando erhoben. Weiter heißt es dann: „Glaubt Herr Hansemann wirklich noch ein Jahr lang Minister zu bleiben? Das wäre ja fürchterlich! Und wenn er bliebe, warum soviel Geld auf einmal?..." Auf eine offizielle Widerlegung des Finanzministers erwiderte Bismarck am 16. und 18. August, daß seine Informationen aus bester Quelle stammten. Damit war dieser Streit endgültig beigelegt.

c. Auch der Artikel vom 6. August (Nr. 32), überschrieben: „Herr Hansemann, der Recker der preußischen Revolution" und der vom 13. August (Nr. 38): „Die bisherige Tätigkeit des Herrn Hansemann" werden in der Flugschrift als möglicherweise von Bismarck verfaßt bezeichnet.

[3]) Wir teilen dieselben hier kurz mit: Von den Wahlumtrieben in Pommern, speziell im Cösliner Kreise handelt ein Artikel in Nr. 9 vom 11. Juli 1848. Am 29. Juli folgte die Erwiderung des hierbei angegriffenen Abgeordneten Teske, und am 14. August antwortete wiederum Bismarck: „In Nr. 25 Ihres Blattes ersehe ich, daß dem Abgeordneten Teske die Berührung mit den Produkten meiner Kolik, wie er selbst es nennt, verdrießlich gewesen ist und er seinem Zorn in Redensarten Luft gemacht hat, die ihm aus seiner Koulissenzeit im Gedächtnis geblieben zu sein scheinen." Es habe ihm ferngelegen, Herrn T. zu beleidigen, er habe ihn nur „naturhistorisch definieren" wollen. (Jahrb. I, p. 478—483). — Eine scharfe Kritik der Entwürfe über Grundsteuer und Rentenablösung, sowie des Jagdgesetzes enthalten die Artikel vom 30. August resp. 26. Oktober 1848 (Jahrb. III, p. 399—402).

„Die geheimen Artikel des Zentrums" bilden den Gegenstand der Erörterung am 15. VIII. 49 (Nr. 188 p. 1518 f.). Als in einer Versammlung der Zentrumspartei Bismarck „seine freudige Genugtuung darüber aussprach, daß er sich unerwarteterweise mit den anwesenden Herren auf gleichem politischen Boden befände, erfolgten zwar anfangs evasive Reden, aber nach Anwendung von drei neuen Beschwörungen gelang es dennoch, den Kern des Pudels zu Tage zu fördern, indem Herr v. Beckerath als Vorsitzender die „Deklaration" abgab, daß das vorgelegte Programm nicht den Maßstab zu dem Beitritt zur Partei abgebe, daß vielmehr Herr v. Bismarck nur dann beitreten könne, wenn er entschlossen sei, die Politik der Herren „v. Beckerath und v. Auerswald" zu der seinigen zu machen . . ." Das Programm, sagt Bismarck, habe demnach nur den Wert einer stilistischen Uebung gehabt und nur als Lockente gedient (Jahrb. III, 402 ff.). —

„Ein glänzendes Mosaik, dessen logische Sprünge und Risse mit Phrasen von mitunter mehr als Beckerathscher Färbung gewandt verdeckt wurden," so lautet Bismarcks Urteil über die Rede des Herrn v. Radowitz in der 2. Kammer (26. VIII. 49. Nr. 197 p. 1590). „Die Kammer war hingerissen, vernichtet in ihrer Selbständigkeit durch das Rührende der Rede des Redners, durch glänzende Worte, einen bravoschwangeren Ton der Stimme, durch die Blässe des Gesichtes, durch Züge, welche von langjähriger Erforschung der den gewöhnlichen Sterblichen unzugänglichen Wahrheit in den Katakomben der Weisheit zeugen. Unter

Werfen wir nun noch kurz einen Blick auf die Entstehung und Entwicklung der „Kreuzzeitung".

Die „Kreuzzeitung".

„Die ernsten und bedeutungsvollen Ereignisse der neuesten Zeit[1]) wollen es nicht länger gestatten, dessen, was die Zukunft uns bringen wird, in stummer Erwartung zu harren, vielmehr ergeht jetzt, wo die Presse für frei erklärt worden ist, und wo es daher so nahe liegt, Schweigen für Verleugnen zu halten, an die, welche noch an dem alten Vaterlande festhalten und Wahrheit und Recht lieben, der dringende Ruf, unter den vielen Stimmen, die inzwischen laut geworden sind, auch die ihrige vernehmen zu lassen". So heißt es in der Einladung zum Abonnement auf die „Neue Preußische Zeitung". Hierin ist schon die erste Hauptaufgabe des neuen Blattes zu finden, wie sie deutlicher im eigentlichen Programm der Zeitung ausgedrückt liegt: Kampf gegen die Revolution. Wohl war die verheerende Woge, die von Frankreich her über ganz Europa dahinbrauste, in Preußen zerschellt an dem ehernen Felsen der angestammten Monarchie und an der Treue des Heeres zu seinem Herrscherhaus, wohl war

---

donnerndem Applaus kehrte die grabesruhige Erscheinung zu den Ministersitzen zurück, und Herr v. Beckerath drückte ihr die Hand im Namen Deutschlands . . ." (Jahrb. I, p. 472). —

Dasselbe Thema behandeln die beiden Artikel vom 28. und 31. Aug. 1849, in denen Bismarck mit köstlicher Satire besonders „das Rührende" der Rede hervorhebt (Jahrb I, 472 ff.)

Ein Eingesandt vom 28. August 1849 legt die Verhältnisse der pommerschen Tagelöhner dar (Jahrb. I, 475). —

„Die Revision der Verfassung," so lesen wir am 23. Sept. 1849, „erfreut sich eines zeitgemäßen Fortschritts, und kaum ein Tag vergeht, der nicht die moderne Mythologie um einen Halbgott oder eine Minerva bereichert. Was der Geschichte in zwei Jahrhunderten unmöglich war, das wird jetzt in zwei Stunden wie aus der Pistole geschossen, und bald können unsere zahmen Fanatiker ihren Scheiterhaufen anrichten, um das alte überflüssige Staatsrecht den Manen des aufgeklärten Türken und Bibliotheken-Verbrenners Omar zu opfern. Ob passend oder unpassend, ob nötig oder unnötig, ob verständig oder unverständig, — hier schützt nicht Alter, nicht Geschlecht; was sich nicht freiloset, erhält seine Nummer und wird einrangiert. Und wenn er vollendet sein wird, dieser staatsrechtliche Koran, mit welcher Andacht werden unsere Kinder darin lesen, wie wird ihnen das Herz aufgehen bei der Erinnerung an alle die großen Männer, deren Gedanken und Taten wie auf einer Musterkarte vor ihnen stehen. Wenn nirgends, so ist in der Komposition der Verfassung die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, mit natürlicher Ausnahme der in die Acht und Aberacht erklärten Fürsten und äußersten Rechten, eine Wahrheit geworden, und nur wir verlorenen Söhne Deutschlands müssen uns den Genuß versagen, mit Waldecks Geist unter Blumenkohl und Wassermelonen zu promenieren. Unsere Erquickung ist inzwischen die frische Morgenluft, die schon so manchen Freund und Feind aus bösen Träumen weckte, und wenn die Sonne höher steht, und wenn der Maulwurf wieder wühlt, dann werden wir mit frischen Kräften auf den Kampfplatz treten." (Jahrb. III, p. 404.) —

Mit Genugtuung begrüßt Bismarck am 31. Oktober 1849 (□ Potsdam, 30. Okt.), daß „der günstige Umschwung der Zeit sich wider Willen auch in revolutionären Blättern betätigt . . . Das Evangelium der Schoppentrinker ist zu dem Bewußtsein gelangt, daß es jetzt für den ehemaligen Präsidenten des Frankfurter Parlaments eine denkwürdige Auszeichnung ist, wenn ihm ein Prinz des Königshauses, dem er vor wenig Monaten ebenbürtig gegenüber zu treten versuchte, die Hand reicht wie einem ehrlichen Manne . . . (Jahrb. III, 404 ff.)

Gegen die Rechtsverletzungen, welche in der Vorlage des Agrargesetzes ausgesprochen waren, wendet sich Bismarck am 2. Dezember 1849. Die Behauptung, so sagt er, daß in anderen Ländern noch Schlimmeres geschehen sei, könne die Haltung der Regierung nicht entschuldigen (Jahrb. III, 406 f.). —

Hinsichtlich der im „Zuschauer" sich findenden Artikel, welche nur persönliche Bemerkungen und Angriffe gegen Abgeordnete der 2. Kammer enthalten, müssen wir hier auf das Bismarck-Jahrbuch (III, 417—424) verweisen. —

[1]) Wagener: Erlebtes I, p. 7.

die Straßenemeute gebändigt, aber noch gährte und brodelte es in der Tiefe wi in einem Hexenkessel, und das kleinste hineinfallende Steinchen konnte die Explosio von neuem zum Ausbruch bringen. Zwei Parteien standen sich in schroffer Gegensatze gegenüber, einmal die Konservativen, „welche an dem alten Vaterland festhielten“, die als Reaktion verschrieene Richtung, die, wenn nicht das Alt absolut wiederherstellen, doch an dem ererbten Königtum festhalten und auf de bewährten Grundlagen des preußischen Staates das alte Haus wieder errichte wollte; auf der anderen Seite die Liberalen, die vor allem konstitutionelle Bürg schaften verlangten, mochte der König diese nun freiwillig oder gezwunge zugestehen; diese Partei artete in ihren radikalsten Elementen zur vollständige Revolution aus, deren Schlagwort in der deutschen Frage war: die deutsch Republik. Dem schon bestehenden engen Zusammenschluß dieser liberalen Parte gegenüber schien es dringend geboten, zum Schutze des Königtums und zu Wahrung und Fortpflanzung der althergebrachten Rechte eine feste Organisation auch der konservativen Elemente ins Werk zu setzen. Die eben erst verkündigte Preßfreiheit bot dazu Mittel und Wege: Im Laufe des April 1848 begannen die Vorbereitungen zur Begründung der „Neuen Preußischen Zeitung“. Die tiefe Entmutigung[1]) jedoch, welche gerade in den beteiligten Kreisen damals herrschte, legte den Begründern viele Schwierigkeiten in den Weg.

Bei Wageners Rundreise durch Deutschland und Oestreich,[2]) um Teilnehmer und Mitarbeiter zu gewinnen, war man vielfach geneigt, den ganzen Plan als fixe Idee eines nicht ganz zurechnungsfähigen Menschen, und ihn selbst als eine interessante psychologische Erscheinung zu behandeln, und ihm dabei das wohlwollende Prognostikon zu stellen, daß er bald mit der Laterne und dem Stricke nähere Bekanntschaft machen würde. Man hielt das Ganze für ein Hirngespinst, dessen Gelingen von vornherein ausgeschlossen sei, und selbst diejenigen, welche nach langem Bemühen Mitteilungen in Aussicht stellten, machten dabei die Bedingung, daß ihr Name niemals genannt werden dürfte.

Das Programm der neuen Zeitung lautete wie folgt[3]): „Die reißende Gewalt, mit welcher sich die Revolution in unserm Vaterlande Bahn gebrochen, die Veränderungen, welche sie uns gebracht hat, und mit welchen sie uns noch bedroht, die Lehren, aus welchen dies Alles geboren worden ist, machen es zur unabweislichen Pflicht, den entfesselten Geistern der Empörung mit Kraft und Nachdruck entgegenzutreten. Jedoch hiermit allein, mit dem bloßen Bekämpfen und Bestreiten, ist es nicht gethan, vielmehr gilt es neben dem Kampf gegen die Revolution und ihre verderblichen Grundsätze und Konsequenzen zugleich eine positive Stellung zu der neuen Ordnung der Dinge einzunehmen, denn nur dem gehört die Zukunft, der auf die bewegenden Gedanken der Gegenwart positiv einzugehen vermag.

In dieser doppelten Richtung auf dem Gebiet der Tagespresse wirksam zu sein, ist Zweck und Aufgabe des unter dem Namen „Neue Preußische Zeitung“ und unter dem Zeichen des eisernen Kreuzes neu zu begründenden Blattes. Wir wollen demnach mit diesem Blatte kein mechanisches Reagieren, kein prinziploses Represtinieren eines früheren Zustandes, kein bloßes Hemmen und Negieren der neuen Entwickelung. Wir wollen aber auch nicht, daß die Revolution, die als Tatsache nicht ungeschehen zu machen ist, sich als Prinzip unseres öffentlichen Lebens festsetze, daß dem deutschen Volke im Namen der Freiheit und des

---

[1]) Wagener: Erlebtes I, p. 5. — [2]) Das. I, 9–14. — [3]) Das. I, p. 5 ff.

Fortschritts fremde und undeutsche Institutionen aufgedrungen werden, die uns mit dem Verluste wie der heiligsten, sittlichen Güter, so auch der ganzen Summa an Recht, Gesittung und Bildung bedrohen, die ein kostbares Erbe unserer geschichtlichen Vorzeit, der Schmuck und Ruhm unseres deutschen Vaterlandes sind. Diesen Tendenzen und dem zerstörenden Nivellierungstriebe der Zeit gegenüber werden wir die wahren und geschichtlichen Grundlagen unseres Staats- und Rechtslebens geltend machen. Wir werden das Recht von oben gegen die willkürliche Rechtsbildung von unten nach einem nirgend dargetanen bloß vorgeschützten Recht wollen, die Obrigkeit von Gottes Gnaden gegen selbstzusetzende und selbstzuentsetzende Machthaber vertreten, die geltende Rechtsordnung und die dadurch geschützten Interessen gegen offene und versteckte Gewalt, gegen das Andrängen eines alle Ungleichheit nicht aufhebenden, sondern umkehrenden Radikalismus verteidigen. Zugleich werden wir aber in der neuen Ordnung der Dinge, die wir mit ihren Verheißungen ernst beim Wort nehmen, diejenigen Elemente aufweisen, welche wahre Realität und Inhalt haben, die lebensfähigen Triebe (unter organischer Anknüpfung an das geschichtlich Gegebene) zu positiven Bildungen und wirklichen Lebensmächten zu entwickeln und so zu zeigen suchen, wo wahre Freiheit und wahrer Fortschritt liegt." Weiter war noch ausgesprochen, daß man in der Stärke und Macht Preußens die Einheit und Selbständigkeit des deutschen Gesamtvaterlandes nach innen wie nach außen gesichert sehe; neben den politischen und sozialen Fragen ferner werde man auch das Recht und die Freiheit der christlichen Kirche in allen ihren Konfessionen heilig halten und verteidigen.

Die erste fruchtbare Anregung zur Begründung der „Kreuzzeitung" ist wohl von Bismarck ausgegangen.[1]) Wenigstens hören wir aus dem Juli 1847 von eifrigen Bemühungen Bismarcks um die Begründung einer Zeitung zur Wahrnehmung ständischer Interessen. Schon hatte er einen Kreis von Anhängern um sich gesammelt und ein Rundschreiben mit Programm an die beteiligten Kreise gesandt, in dem er als Hauptaufgabe die Vertretung konservativer Meinungen und Interessen hinstellte. Warum er dann nachher an den eigentlich maßgebenden Verhandlungen nicht teilnahm, ist nicht ersichtlich. Diese wurden im Hause des Generals Leopold v. Gerlach gepflogen von diesem selbst, seinem Bruder, dem Chefpräsidenten des Oberlandesgerichts in Magdeburg Ludwig v. Gerlach und dem ersten Chefredakteur Hermann Wagener,[2]) der durch seine Mitarbeit am „Rheinischen Beobachter" den royalistischen Kreisen bereits bekannt war.

Unter dem Panier „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland" wuchs das neue Blatt bald zu einem der bedeutendsten unter den deutschen Zeitungen. Ueberall begann man es als Organ der Krone zu betrachten[3]) und den wesentlichen Inhalt als vom König sanktioniert anzusehen. Im Jahre 1853 schreibt Bismarck an Leopold v. Gerlach: „Man betrachtet sie (die „Kreuzzeitung") im Auslande als den zwar nicht auf Tag und Stunde, aber en gros richtig anzeigenden Barometer des politischen Wetters in Preußen."

Mit der Steigerung der Ausschreitungen in der preußischen National-versammlung mehrte sich auch die Bedeutung und der Einfluß der „Kreuzzeitung". Um ihre Fahne krystallisierte sich jetzt eine eigentliche, selbstbewußte, konservative

[1]) Briefe an Braut und Gattin, p. 106 u. Horst Kohl: Bismarck-Jahrbuch Bd. VI, p. 3—6. — [2]) Bis 1853 1. Redakteur. — [3]) Herm. Wagener: Die kleine, aber mächtige Partei. Nachträge zu Erlebtes p. 29.

Partei, schon bald als die „kleine aber mächtige Partei“ bezeichnet. Sie wa das Hauptquartier der royalistischen Kreise[1]) und Mittelpunkt aller gegen da revolutionäre Gebaren gerichteten Bestrebungen. Es bildete sich eine Ar politischen Generalstabes, bestehend aus: Graf v. d. Goltz, Baron Arnim-Crieven v. Bethmann-Hollweg, Bismarck, v. Kleist-Retzow, Arnstedt-Groß Kranz, Oberst leutnant v. Wolden. Leop. v. Gerlach als Generaladjutant vermittelte di Fühlung nach oben.

Im Juni 1848 waren die ersten Probenummern erschienen, am 4. Jul fand die erste regelmäßige Ausgabe statt.

Unter den Mitarbeitern erwähnt Wagener nun auch Bismarck:[2]) „Währen der parlamentarischen Verhandlungen erschien kaum eine Nummer der „Kreuz zeitung“, welche nicht einen längeren oder kürzeren Artikel des Herrn v. Bismarc enthalten hätte.“ „Außerdem kommt ein nicht unerheblicher Teil der damalige Scherze des Berliner Zuschauers[3]) und zwar nicht die schlechtesten auf sein Konto da selbiger damals über alles, was die Kammern betraf, der beste Mitarbeite der „Kreuzzeitung“ war.

Nicht lange, so hagelte es Invektiven gegen die neue Zeitung,[4]) un natürlich bekam auch Bismarck sein Teil. In einer Karrikatur vom Jahre 184 heißt es: „Dem Abgeordneten zur preußischen 2. Kammer Freiherrn v. Bismarck Schönhausen ist in Anerkennung seiner trefflichen, antediluvianischen Rede, welche er in der Sitzung vom 21. April über die deutsche Frage gehalten hat,[5]) da Prädikat „Alleruntertänigster Untertan“ beigelegt worden.“ Ferner: „Her v. Bismarck-Schönhausen läßt in seinem Wahlkreise Westhavelland-Zauche eine Adresse an den König besorgen, in welcher die Krone gebeten wird, da Ministerium Brandenburg-Manteuffel als zu revolutionär zu entlassen und sich mi Ministern zu umgeben, welche weniger dem Umsturz des Bestehenden huldigen.“

„Herr v. Bismarck-Schönhausen hat den Baumeister des Sitzungsgebäudes gefragt, ob es denn garnicht möglich wäre, die Wand der rechten Seite noch einige Fuß weiter hinauszurücken; sie sei ihm nicht rechts genug. Der Baumeister hat sein Bedauern ausgedrückt, die Wand selbst nicht verrücken zu können, indessen dem Edlen v. Bismarck wenigstens versprochen, in künftiger Session eine Nische für ihn einzuschneiden, wenn er nämlich wiedergewählt werden sollte.“

Aber auch Bismarck war in dieser Beziehung nicht lässig. Fand sich, was häufig geschah, in der „Kreuzzeitung“ eine persönliche Invektive gegen Abgeordnete, so war man geneigt, sie auf seine Rechnung zu setzen.[6])

Mit Bismarcks Uebersiedelung nach Frankfurt als Bundestagsgesandter verminderte sich naturgemäß infolge der Entfernung und der umfangreicheren Tätigkeit sein Verkehr mit der „Kreuzzeitung“.[7]) Einzelne Artikel werden trotzdem noch von ihm erschienen sein, drückt er doch Wagener gegenüber den Wunsch aus, in lebendigerer Beziehung zu ihm zu bleiben, als ein bloßer Leser seines Blattes. Seitdem dann Wagener 1854 die Redaktion niedergelegt und sie an Beutner übertragen hatte, scheint sich Bismarck mehr und mehr von der Zeitung abgewandt haben, bis 1872 der offene Konflikt mit den Konservativen und 1875/76 der Streit mit den Deklaranten eine völlige Entfremdung herbeiführten.[8])

---

[1]) Wagener: Erlebtes I, 24. — [2]) Das. I, 18. — [3]) Das. I, 54. — [4]) Das. I, 43 f. — [5]) Polit. Reden I, 81 ff. — [6]) Beseler: Erlebtes u. Erstrebtes p. 97. — [7]) Wagener: Die kleine, aber mächtige Partei p. 46. — [8]) Gedanken u. Erinnerungen II, 142, 153, 156, 161. Polit. Reden VI, 351. H. v. Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier II, 201 f.; I, 88; III, 267; vgl. auch III, 185.

Später besserte sich das Verhältnis wieder, aber eine gewisse Bitterkeit blieb doch bestehen.

Wir gehen jetzt dazu über, die einzelnen von Bismarck herrührenden Artikel in der „Kreuzzeitung" chronologisch und nach ihrem Zusammenhang mit den Ereignissen der äußeren und inneren Politik geordnet, mitzuteilen. Der beschränkte Raum gestattet uns leider nur ein Eingehen auf die Jahre 1848 und 1849 und auch hier stellenweise nur eine auszugsweise Wiedergabe. Die 125 hier vorliegenden Artikel können natürlich nicht den Anspruch erheben, das Material zu erschöpfen, doch glauben wir, die als sicher feststehend zu bezeichnenden Artikel damit ziemlich vollständig gefunden zu haben. Auch glauben wir, als ausgemacht annehmen zu dürfen, daß die hier mitgeteilten Artikel in der vorliegenden Form ganz und gar aus der Feder Bismarcks stammen. Wohl finden sich noch in manchen Artikeln der „Kreuzzeitung" Wendungen, die an Bismarck erinnern, doch ohne daß die Umgebung zu ihnen paßte. In vielen Fällen ist hier wohl anzunehmen, daß Bismarck etwa auf dem Redaktionsbureau erschien, einige kurze Hauptgedanken und -Wendungen niederschrieb und die weitere Ausarbeitung den Redakteuren überließ.

I. Teil.

Die Frankfurter Nationalversammlung und die deutsche Frage.

„Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation. Deutschland will Eins sein, regiert vom Willen des Volkes unter Mitwirkung aller seiner Gliederungen. Diese Mitwirkung auch den Staatsregierungen zu erwirken, liegt im Berufe dieser Versammlung.“ Mit diesen Worten hatte Heinrich v. Gagern am 18. Mai 1848 die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. eröffnet.

Von Anfang an erschien bei der noch immer bedrohlichen Lage Europas nichts wichtiger, als die Aufstellung einer provisorischen Zentralgewalt, welche bis zur Fertigstellung der neuen Reichsverfassung die Leitung Deutschlands in Händen hätte. Die Fragen, ob Triumvirat oder Reichsverweser, ob Ernennung allein durch die Versammlung oder unter Verständigung mit den Fürsten, endigten nach langen Kämpfen und Intriguen durch Gagerns „kühnen Griff“ mit dem Siege der Einheit unter scheinbarer Zustimmung der Fürsten. Am 29. Juni wurde Erzherzog Johann von Oestreich zum Reichsverweser gewählt. Die Anerkennung seitens der Regierungen erfolgte rasch und am 12. Juli trat Erzherzog Johann sein Amt an. Aber schon bald zeigte sich die Ohnmacht dieser künstlich geschaffenen Zentralgewalt. Für den 6. August hatte der Reichskriegsminister verfügt, die gesamte Bundesarmee solle dem Reichsverweser huldigen und die deutsche Kokarde anlegen. In den Kleinstaaten kam man dem Befehle nach, in Oestreich unterblieb es ganz, und in Preußen sprach ein Armeebefehl das Vertrauen aus, daß, wenn die Truppen auf königlichen Befehl sich dem Reichsverweser unterzuordnen hätten, sie den Ruhm preußischer Tapferkeit bewahren würden. In der „Kreuzzeitung“ finden wir über diese Frage folgende offenbar von Bismarck herstammende Aeußerung[1]: „Seitdem der „edle“ Gagern Deutschland durch seinen „kühnen Griff“, welcher aber nichts als ein vorher genau überlegter Pfiff zu sein scheint, mit einer provisorischen Zentralgewalt beglückt hat, die aus dem souveränen Willen des Volkes hervorgegangen ist, benutzen die erleuchteten Repräsentanten desselben die Abwesenheit des vielfach in Anspruch genommenen Erzherzogs in Wien, um entweder direkt oder durch die verantwortlichen Minister die deutschen Fürsten ihre Macht fühlen zu lassen. Gegen den König von Hannover werden willkürliche Drohungen geltend gemacht,

---

[1]) N. Pr. Z. 26. VII. 48 (Nr. 22 p. 135).



und jetzt weist der Reichskriegsminister die Landeskriegsminister (das Rei kriegsministerium ist z. B. noch ohne Land) an, den deutschen Armeen zu befeh durch dreimaliges Hoch dem Reichsverweser ihre „Huldigung darzubringen".

Die Frankfurter Luft muß eine sonderbar benebelnde Kraft haben, d sonst wäre es undenkbar, daß ein vernünftiger Mensch glauben kann, daß Oestre Preußen, Baiern u. s. w. sich so ohne weiteres werden mediatisieren lass um so mehr, da der Erzherzog, der doch selbst eine solche Begeisterun Manifestation für sich nicht befohlen haben kann, leicht das Treiben der Fra furter Schwätzer müde werden und dann durch einen zweiten kühnen Griff Hrn. Hecker oder Itzstein oder Schlöffel einen Nachfolger erhalten könnte.

Die Demagogen handeln aber ganz folgerecht. Sie arbeiten dahin, deutschen Fürsten um das Ansehen und die Macht zu bringen, die ihnen n geblieben ist. Die mächtigsten sind ihnen die gefährlichsten und lästigste Gelingt es diesen Wühlern, die Armee von den angestammten Herren zu trenne und sie dadurch in ihrer Treue irre zu machen, daß sie dieselben einer ander Gewalt unterwerfen, so haben sie leichtes Spiel. Dann werden sie die deutsc Volkstümlichkeit anbahnen, indem sie dem deutschen Volke eine französisc Konstitution geben, bei ihm eine französische Republik, einen französischen Militä despotismus einrichten und zuletzt es ohne weiteres den Franzosen als ihre Herren und Meistern übergeben.

Aber soweit sind wir, Gott sei Dank, noch nicht. Preußen kann de König von Hannover nicht verlassen, und sein angestammter König kann sei treues Heer nicht an einen fremden Herrn weisen; die preußische Armee kan keinem Erzherzog von Oestreich huldigen, ein Erzherzog von Oestreich kann nic das Werkzeug der Unterdrückung Deutschlands sein." —

Diese klare und feste Sprache in dem scheinbar so wankelmütigen Preuße überraschte Frankfurt und das südwestliche Deutschland einigermaßen.[1] Un nachdem sich „der erste Schreck über die ganz unerwartete, energische Erhebun des preußischen Nationalgefühls gegen die Frankfurter Verwischungs- und Ve schlingungsgelüste gelegt" hatte, war man eifrig bemüht, „das preußische Vol von seinem Selbständigkeitsbewußtsein zu bekehren" und durch Adressen de „störrischen Preußen mit dem Honig der deutschen Einheitsidee die bittere Pill der Selbstentleibung einzuflößen". Mit stolzen Worten werden diese „süße Zumutungen" zurückgewiesen: „Wir denken, Preußen wird sich so wenig durc hessische Schmeicheleien als durch die sächsischen Drohungen des Dresdener deutsche Vereins erobern oder in seiner zuversichtlichen Ruhe stören lassen. Es wir der von ihm zuerst erfaßten deutschen Einheit alle zulässigen Opfer bringen, abe es wird seine Selbständigkeit als Staat und seine Würde als Großmacht sicherlich nie aus den Augen verlieren". —

Eine nicht minder scharfe und energische Abweisung erfährt die preußen-feindliche Frankfurter Oberpostamtszeitung.[2] Dieses Blatt hatte die Meinung geäußert, mit Preußens Selbständigkeit sei es faktisch rein am Ende; um als selbständiger Staat weiter existieren zu können, müsse Preußen die Märzrevolution ungeschehen machen. Dies sei undenkbar und bei einer Loslösung von den Beschlüssen der Nationalversammlung würde Preußen nicht mehr auf seine Bevölkerung von 16 Millionen zählen können, da gewiß ein Teil seiner Provinzen sich nicht von

[1]) N. Pr. Z. 24. VIII. 48. (Nr. 47 p. 279). — [2]) N. Pr. Z. 25. VIII. 48. (Nr. 48 p. 287).

dem übrigen Deutschland trennen würde. „Wir lieben es nicht, gegen Luftgebilde zu fechten, und verschmähen es deshalb, der Oberpostamtszeitung in die gewundenen Gänge ihrer zahlreichen Hypothesen zu folgen", so heißt es in der Erwiderung. „Wir halten uns an Tatsachen, und da ist es zunächst Tatsache, daß es sich bei der großen Frage des Tages überhaupt garnicht um eine Lostrennung Preußens von Deutschland, sondern lediglich um die angemessene Anerkennung und Berücksichtigung unseres Staates bei seinem Anschluß an Deutschland handelt." Preußen könne allerdings eine andere Stellung beanspruchen als Lichtenstein und Anhalt-Dessau, und tatsächlich hätten sich die Verhältnisse in der letzten Zeit zu Preußens Gunsten verändert. Selbst dort, wo man bisher nur von unbedingter Unterwerfung und „Zermalmung" sprach, sei die Ueberzeugung notwendiger Rücksicht lebendig geworden, und vor allem habe Preußen sich wieder gesammelt und sei im Bewußtsein seiner inneren Kraft und seiner staatlichen Bedeutung mit neuem Feuer eines edlen und stolzen Nationalgefühls durchdrungen, dem die „Frankfurter Verschwemmungsgelüste" einen einmütigen Schrei gerechter Entrüstung entlockt hätten: „Wir wissen es sehr wohl, daß man endlich auch in Frankfurt dahin kommen werde: die deutsche Einheit nicht in der Zertrümmerung der Einzelstaaten — die nie gelingen kann —, sondern in einer Einigung zu suchen, welche jedem gibt, was ihm gebührt". —

Während so mit der Feder scharfe Gefechte ausgefochten wurden, schleppte sich in der Nationalversammlung der Strom der Verhandlungen über die Grundrechte weiter. Aber bald kam Leben und Bewegung in die trägen Fluten. Die Polendebatte am 25. Juli und die Frage der Amnestierung der an Heckers Putsch Beteiligten am 7. August verschärften die Gegensätze der Parteien aufs äußerste. Die demokratische Partei beschloß auf einem Kongreß zu Altenburg die Aufhebung der Nationalversammlung und Erklärung der Republik. Ueberall im südlichen Deutschland begann die Gärung von neuem, man glaubte sich zu gewaltsamem Losschlagen besser gerüstet als im April. Der zündende Blitz ließ nicht lange auf sich warten: Am 26. August wurde zu Malmoe der Waffenstillstand mit Dänemark abgeschlossen, und nun brach das Ungewitter auf allen Seiten los. Der Inhalt des Vertrages, die Art des Abschlusses und die Begeisterung für die Schleswig-Holsteiner gaben einen willkommenen Anlaß zum Angriff auf den verhaßten König von Preußen:[1]) „Ob Königtum, ob Republik, das und nichts Geringeres ist jetzt die Frage, jetzt gilt es entschieden Partei zu nehmen, halbe Maßregeln haben uns dahin gebracht, wo wir jetzt stehen, und halbe Maßregeln werden uns unrettbar stürzen", so lautet die eindringliche Mahnung Bismarcks. „Und Sturz des Königtums in unsern Tagen, was heißt es anders, als zwischen roter und blauer Republik einen Kampf auf Leben und Tod zu entzünden! Ein Mann, ein Mann, ein Königreich für einen Mann, denn die Königreiche sind heutzutage nur für Männer." —

Zahlreiche Zuschriften aus Süddeutschland an die Frankfurter Reichsversammlung[2]) forderten den Bruch des Waffenstillstandes mit Dänemark und boten ihr Gut und Blut zum Opfer an. Bismarck erteilt ihnen hierauf den Rat: „Das Gut könnten die kriegerischen Herren einstweilen sehr vorteilhaft zur Entschädigung der Verluste verwenden, welche das nördliche Deutschland durch den Krieg erlitten hat. Was die Opferung des Blutes betrifft, so wollen wir den Adressenherren die Fortsetzung des Krieges überlassen und möchten ihnen

[1]) N. Pr. Z. 16. IX. 48. (Nr. 67 p. 442.) — [2]) N. Pr. Z. 20. IX. 48. (Nr. 70 p. [illegible])

nur noch den guten Rat erteilen, Herrn Herwegh zu ihrem Oberfeldherrn zu wählen und diesen mit dem kriegslustigen ungarischen Degen unseres friedlichen Klavier-Virtuosen auszurüsten. Vielleicht, daß der Dänenkrieg dann auf eine manierlichere Weise beendigt wird, die preußischen Soldaten sind zu ungeschlacht." —

Unter Dahlmanns Führung hatte das Parlament am 5. September die Sistierung aller zur Ausführung des Waffenstillstandes nötigen Schritte beschlossen. Indes bei ruhigerer Ueberlegung erkannte man die Unausführbarkeit dieses Beschlusses, und so erklärte sich am 16. September die Majorität für die Annahme des Vertrages.[1] „Die Nationalversammlung in Frankfurt hat sich über ihre eigene Souveränität erhoben." Mit diesen spöttischen Worten urteilt Bismarck über dieses Verfahren: „es war ein gewagtes Spiel, über Gut, Blut und Ehre eines Staates wie Preußen unbefugt und blindlings zu entscheiden, und man hat der Einheit Deutschlands einen schlechten Dienst geleistet, indem man die Studierlampe eines Professors zu seinem Mittelpunkt machte. Dies Lämpchen ist jetzt ausgeblasen, und Preußens Stern glänzt heller als zuvor. Wir wollen auch ein starkes, einiges Vaterland, aber nicht eine durch Bürgerkrieg zerrissene Republik." —

Ueber den Wert des Waffenstillstandes mit Dänemark äußert sich Bismarck in dem Artikel vom 23. September 1848:[2] Der Eckstein aller politischen Mächte in Deutschland, mögen sie auch noch so klein sein, ist die fürstliche Gewalt; auf sie und besonders auf die königliche Gewalt hat es die Revolution abgesehen. Der eine Teil will nun den Stier einfach bei den Hörnern packen und das Königtum schlechthin niederwerfen, die Republik proklamieren, ein Unternehmen, so vergeblich, wie Gustav Adolfs Sturm auf Wallensteins Fürther Schanzen, zumal ihr nicht stahlharte finnische Regimenter zur Verfügung stehen, sondern nur „eine Rugische Lodderheckerei von undisziplinierten Lumpenhaufen". Das sehen die Besonneneren ein und versuchen daher durch einen Seitenmarsch ihr Ziel zu erreichen mit Hilfe des dänischen Krieges. Durch diesen Krieg war das Königtum gewissermaßen in seiner eigenen Stellung von einer mit den revolutionären Mächten nicht in Verbindung stehenden Macht engagiert; und man konnte sich den Fall denken, daß diese Macht durch Heranziehen Rußlands und Frankreichs so anwuchs, daß dem Königtum in Deutschland nichts übrig blieb, als einstweilen mit der Revolution gemeinsame Sache zu machen, um sich für den Augenblick zu halten. Dann hatten die Herren alles erreicht. Von diesem Gesichtspunkte aus ist der dänische Waffenstillstand „eines der größten weltgeschichtlichen Ereignisse unserer Zeit". Der Krieg hat eben so weit gereicht, „um die von dem Barrikadenpöbel in Berlin in den Kot getretenen preußischen Fahnen reinzuwaschen, während er zugleich die Lockpfeife war, um alle vorsichtigen Herren mit pöbelhaftem Revolutionsgelüste aus ihren Löchern herauszulocken nnd ihr Gebiß präsentieren zu machen". Jetzt ist der Tag gekommen, um der Revolution die Spitze zu bieten. „Fast ein halb Jahr lang haben wir ruhig ertragen, daß Preußen in Deutschland stand wie ein Kuhpfahl auf der Viehweide; jeder Ochs und jedes Kalb, dem die Haut juckte, kam heran und rieb sich die Rippen daran. Jetzt hat das hoffentlich ein Ende, und die Peitsche des Hirten ist geschwungen, die „Bestien" in die Ställe zurückzutreiben, in die sie gehören". —

---

[1]) N. Pr. Z. 20. IX. 48. (Nr. 70, p. 466.) — [2]) N. Pr. Z. 23. IX. 48. (Nr. 73, p. 489.)

Die Majorität der Nationalversammlung, die so am 16. September den Beschluß vom 5. wieder aufgehoben, wurde am folgenden Tage in einer republikanischen Versammlung als Verräter gebrandmarkt. Am 18. versuchte die Menge in die Paulskirche einzudringen, wurde aber vom Militär daran gehindert. Man begann Barrikaden zu bauen, und vor der Stadt wurden die Abgeordneten Auerswald und Lichnowsky in grausamer Weise ermordet. Aber der Aufstand wurde sofort niedergeschlagen und damit alle weiteren Versuche der Revolutionäre im Lande von vornherein unterbunden. Die Prophezeiung der Demokratie[1]) war eingetreten, daß der Bau der deutschen Freiheit und Einheit nicht anders gelingen werde, als indem die Werksteine mit Blut zusammengekittet würden, freilich hatte es sich etwas anders erfüllt, als „die blutgierigen Boten der allgemeinen Verbrüderung" es sich vorgenommen hatten: „Nachdem die vereinigten Weisen der deutschen Nation zu Frankfurt am Main 5 Monate zusammen gesessen und geschwatzt und beraten haben, wie man es anfangen müsse, alle deutschen Staaten und Stämme zu einem großen, mächtigen, freien Reiche zu vereinigen, und nachdem sie in dieser ganzen langen Zeit nichts weiter zu Tage zu fördern gewußt haben, als einen unermeßlichen, endlosen Wortschwall, haben ein paar Bataillone preußischer und östreichischer Soldaten weniger Stunden bedurft, um mit den Bajonetten das erste große Werk deutscher Einigkeit und Eintracht zustande zu bringen." —

In Wien brachte am 6. Oktober die Stellungnahme der Regierung für die Kroaten und ihre Unterstützung gegen die siegreichen Magyaren den Aufruhr von neuem zum Entflammen.[2]) Die Häuptlinge der Demokraten, Robert Blum, Zitz, Schlöffel und Konsorten verließen ihren Posten in Frankfurt und eilten nach Wien. Aber kaum war Windischgrätz vor die Stadt gerückt und hatte den Belagerungszustand verhängt, als sie ihre Parteigenossen im Stiche ließen. „Sie laufen fort wie die Ratten von einem lecken, dem Untergang preisgegebenen Schiff." Geradeswegs nach Berlin richteten sie ihre Schritte und trotzten hier mit Sicherheit der Regierung. „Wo ist der Staatsanwalt, wo sind die Richter, wo ist das Ministerium?" fragt Bismarck, entrüstet ob dieser Schmach. „Wagt keiner der zungenfertigen Volksvertreter eine Interpellation, um uns von dieser Schmach zu befreien? Nein! Diese Herren sind beschäftigt, ihren Präsidenten auszutreiben, der allerdings zu gut für sie war. Die besten unter ihnen fürchten die Stricke, die man ihnen als Wiener Würstel auf dem Gendarmenmarkt gezeigt und gegen die sie zu schützen ihre Herren Kollegen per maiora abgewiesen haben. Wir wollen es grade heraussagen, die Macht der Demokraten liegt in der Feigheit ihrer Gegner." —

Eine Fülle beißenden Spottes gießt Bismarck über die Demokratie aus in dem Artikel vom 3. November 1848:[3]) „Herr Waldeck will nach Wien, tatendurstig, todesmutig, wahrscheinlich um seinen fortgelaufenen Freund und Kollegen Robert Blum abzulösen. Ob er noch zur rechten Zeit kommen wird, und ob es nicht sicherer sein möchte, wenn der General v. Wrangel ihn begleitete? Freies, glückliches Berlin, wenn dort die bekannten Fünfzigtausend nicht mehr die Aussicht verderben, wie könnte „der Volkswitz" sich so schrankenlos ergehen, wie würden die Deputierten nur „nach dem Herzen des Volkes" stimmen! Aber er ist fortgelaufen, der Mann, der durch einen Handschlag die

[1]) N. Pr. Z. 22. IX. 48. (Nr. 72, p. 481.) — [2]) N. Pr. Z. 1. XI. 48. (Nr. 106, p. 755.) — [3]) N. Pr. Z. 3. XI. 48. (Nr. 108, p. 771.)

2*

französische Armee auflöste, und auf der Aula sich verpflichtete, mit ihr zu siegen oder zu sterben, sie sind fortgelaufen, die das Volk verführt haben, und der Edelhirsch wird sie schwerlich zum Stehen bringen. Es wird nicht marschiert, und Windischgrätz steht auf dem Stephans-Platz. Die Revolution zerstiebt, wo ihr ein Mann entgegentritt. Nur in Berlin bleibt alles beim alten, die persönliche Freiheit ist geachtet von jedem, der sie achten will, die Revolution wird fortgesetzt, sobald sich ein genügender Haufe findet, und dem Lande wird eine Verfassung votiert, bei der man nicht weiß, ob die Stricke vor oder die Lügen in dem Hause mehr Anteil daran haben." —

Der Jahreswechsel gibt Bismarck Anlaß, die ernste Mahnung an alle zu richten, mit dem neuen Jahre auch eine neue Gesinnung anzuziehn.[1]) „Alles neu zum neuen Jahr, nur die Menschen wollen überall die alten bleiben. Nicht rechts, nicht links, nicht warm, nicht kalt, und dennoch will man eine rechte, volle Hilfe. Fragt man woher? Sie schweigen still, und forscht man wie? Sie wissen keine Antwort, sie hoffen eben so auf Hoffnung. Das Alte wankt, soweit das Auge reicht, das Neue droht das Ganze zu verschlingen, und zwischen beiden sucht man vergebens die beliebte rechte Mitte. Hier ein Gebäude, achtzehnhundert Jahre alt, mit einem Fundament, das wir nicht selbst gelegt, doch nur noch in dem oberen Stockwerk bewohnt; dort eine kleine, aber kühne Schar, bewußte, lästige Minierer, wohl wissend, daß der Eckstein das Gebäude trägt, und daß die oben stets am härtesten fallen. Nur wenige sind's, die noch das Ganze zu bewahren hoffen, die „ungeheure Mehrzahl" beschränkt sich auf die eigene Häuslichkeit, Familie nennen sie's und Eigentum, und meint, wenn sie dies heilig nennt, so wird sich niemand weiter daran vergreifen. Doch daß sie selbst nicht heilig sprechen können, und daß die Welt ein wüstes Chaos ist, wenn der verworfen wird, der heilig ist und heilig macht: Das haben sie vergessen, das werden sie nicht glauben, bis ihre Heiligtümer in den Kot getreten sind, und bis das „souveräne" Volk den Götzen aufgerichtet, den man bei Todesstrafe lieben muß. Darum zum neuen Jahr ein neues Herz. Die Zeit ist ernst und kurz, und Wirbelwind macht alle Mantelträgerei zu schanden." —

Am 19. Oktober 1848 war endlich die Nationalversammlung an ihre eigentliche Aufgabe, die Beratung der Reichsverfassung herangetreten. Eine der schwierigsten Fragen trat sofort in den Vordergrund: Die Stellung Oestreichs in oder neben dem neuen Deutschland. Mit ihr stand in engstem Zusammenhang die Frage des Reichsoberhauptes und somit der Rivalität zwischen Oestreich und Preußen. Es ist natürlich, daß wir über diese weltbewegenden Dinge eine ganze Fülle von Aeußerungen aus Bismarcks Feder finden. Als man an die Erörterung der Gestalt der Reichsregierung herantrat, reiste Gagern persönlich nach Berlin, um sich über die dortigen Verhältnisse zu unterrichten. Ohne Vollmacht von Reichsverweser oder Parlament bot er dem König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone gewissermaßen an (26. November),[2]) indem er betonte, seine Wahl zum deutschen Kaiser sei als wahrscheinlich, ja als gewiß zu betrachten, wenn der König schon jetzt die Annahme der Krone und der Verfassung zusichere. Friedrich Wilhelm lehnte dies Anerbieten jedoch direkt ab, indem er besonders hervorhob, er würde nie eine Krone vom Volke ohne Zustimmung der Fürsten annehmen. Damit war die Frage abgetan, freilich nicht für lange Zeit. Gagerns Auslegung des Programms von Kremsier entfesselte

[1]) N. Pr. Z. 30. XII. 48. (Nr. 156, p. 1160.) — [2]) Sybel I, p. 260. Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopolds v. Gerlach I, p. 254.

einen Sturm der Entrüstung. Am 7. Januar finden wir darüber in der „Kreuzzeitung" folgende höchst charakteristische und wichtige Auslassungen Bismarcks:[1] „Wer wird Deutschlands Kaiser sein? Dies große Rätsel, an dem die souveränen Untertanen seit Monden ihre Theorien und sich selber abgenutzt, es scheint noch einmal aufzutauchen. Der Löwe Oestreich ist aufgewacht, und Habsburgs Enkel will nicht Gagerns Knappe sein. Nicht los, nicht untertan, nein, Souverän der Souveräne, am meisten derer ohne Land und Leute. Und Preußen? Ist es das Reichsschwert, welches der große Friedrich geschwungen, und war es nach Vasallenrecht, daß Ungarns Königin die Hohenzollern mit Schlesiens Herzogsmantel angetan? Darum habe Acht, du königlicher Aar, es ist nicht Willkür, die dir deine Stelle angewiesen, die Weisen Deutschlands schauen auf deinen Flug, und Deutschlands Einheit wird von dir gefordert. Nicht wider, doch auch nicht unter Oestreich; wir haben es um Deutschland nicht verdient, daß alles, was wir gepflegt und großgezogen, jetzt seine Mutter von sich stieße und sich nur auf den Vater stützt, der auch mit fremden Weibern Kinder hat. „Nacht muß es sein, wenn Friedlands Sterne leuchten," doch Preußens Adler ist die Sonne nicht zu hell." —

Die Verhandlungen über die deutsche Verfassung und besonders über die Stellung Oestreichs gingen inzwischen weiter. Am 23. Januar erging eine preußische Zirkularnote an alle deutschen Regierungen, die in Wirklichkeit eine Zustimmung war zu Gagerns Programm vom engeren und weiteren Bunde. Der bedeutende Eindruck, den diese Note hervorrief, veranlaßte Oestreich, eine Erwiderung zu verfassen, die vielen ein Stein des Anstoßes wurde. Bismarck kann jedoch darin nichts Befremdliches finden:[2] „Es ist nicht Torheit, wenn das Kabinett zu Wien die deutschen Professoren nicht für infallibel hält, es ist nicht Mißtrauen, wenn man in den Frankfurter Beschlüssen „ja und nein und nein und ja" ein „gewisses Schwanken" nicht verkennen kann, es ist kein Mißverstand, daß Habsburgs Ahnen älter sind als Dahlmanns Politik und Gagerns träumerische „kühne Griffe", und daß der große Mund der souveränen Redner ein zweifelhaftes Surrogat für Oestreichs starken Arm gewährt. Ein einiges Deutschland nicht ohne ein starkes, selbständiges Oestreich, die zahme Revolution kann nur zersplittern, und Preußen weiß, wo seine Freunde wohnen. Es ist nicht selten, daß selbst die besten Freunde verschiedene Wege wandeln müssen . . . Preußen und Oestreich hegen beide gleichen Haß und gleiche Liebe; sie hassen beide das „Reichskind" Revolution, dessen Pate jetzt wieder den legitimen Boden der Volkssouveränität zu betreten scheint, sie hassen beide ein deutsches Kaisertum, das einen Automaten mit einer Krone von Flittergold bekleidet, sie hassen beide den Patriotismus, der Deutschlands Einigkeit durch Lügen zu erreichen sucht. Und was sie beide lieben, das sind die angestammten Fürstenhäuser, das ist die ruhmvolle Geschichte und die ererbte Macht, die Frankfurter Phrasen stets Lügen straft, das sind die Wahrheit und Gerechtigkeit, die allein imstande sind, ein Volk groß und einig zu machen. Hier ist die Harmonie, die den großen Träumer aus seinem Schlummer weckt, — zum zweiten Mal. Zum dritten Mal wird ihn ein anderer wecken, und jener kleine Hügel, von dem man Leipzigs Türme schaut, er wird dem Sohn und Enkel besser im Gedächtnis sein als das Geschwätz der deutschen Klageweiber." —

[1]) N. Pr. Z. 7. I. 49. (Nr. 5, p. 33.) — [2]) N. Pr. Z. 16. II. 49 (Nr. 39, p. 305.)

Bei der Beratung[1]) über das Wahlgesetz behielt das System des allgemeinen gleichen Stimmrechts, aus welchem die Nationalversammlung selbst hervorgegangen war, die Oberhand, ein Greuel für alle Konservativen, die darin den Ruin des Staates sahen. So verwirft denn auch Bismarck das Prinzip der Urwahlen:[2]) „Unser Wahlgesetz ist schlecht, sehr schlecht, aber das Projekt der Herren in der Paulskirche ist doch noch schlechter. Ist das Prinzip der Urwahlen überhaupt ein vernünftiges, so ist nichts unvernünftiger, als grade die Leute davon auszuschließen, ohne welche die Urwahlen eine große Lüge bleiben. Was heißt selbständig und was unselbständig? Niemand ist eins von beiden ganz, und die hohe Versammlung hat in ihrem eigenen Schoße viele Glieder, die viel sprechen und von nichts anderem als von Diäten leben. Nicht die Ausdehnung der Urwahl auf alle Klassen, nein, das Prinzip der Urwahl ist das Bedenkliche." —

Anfang März 1849 traten wiederum Ereignisse ein, die den friedlichen Gang der Verhandlungen aufs empfindlichste störten und eine völlige Revolution in der National-Versammlung hervorriefen. Nach dem Siege von Windischgrätz über die Magyaren bei Kapolna hielt man in Olmütz den Krieg für beendet, der Reichstag in Kremsier wurde aufgelöst und gleichzeitig eine Verfassung für Gesamtöstreich veröffentlicht, dessen vollständige Aufnahme in den Bund man forderte. Diese, wie die übrigen Forderungen Oestreichs waren sowohl für das Parlament wie für den König von Preußen unannehmbar. Welcker beantragte daher, die Reichsverfassung in einer Abstimmung anzunehmen und den König von Preußen zum deutschen Kaiser zu wählen. Aber dieser Antrag fiel durch. Allein die Koalition der Zentren mit der Fraktion Simon brachte die Sache wieder in Fluß und nun ging es im Sturmschritt vorwärts. Hören wir, was Bismarck zu diesen Ereignissen sagt:[3]) „Der König von Preußen steht im März 1849 zum zweiten Male auf einem Höhepunkte der ihm in der Mitte des Jahrhunderts angewiesenen Laufbahn. Die fallierende Revolution, schon bis ans Kinn unter Wasser, streckt von Frankfurt aus flehend die Hand nach ihm aus, in welcher sie keck und verzagend zugleich eine Krone von Goldpapier voll Blut und Kot ihm hinhält. Und Deutschland, erbebend von dem Sturze der sinkenden Revolution, erwartet sein Schicksal aus dem Munde des Königs. Rechts öffnet sich der Weg der Treue, der Ehre, der Macht, der Weg des Königs von Gottes Gnaden, — links der Weg der Lüge, der Schande, der Ohnmacht, der Weg der revolutionären Usurpation. Die Frage: rechts oder links? — ergeht durchdringend durch alle Gaukelspiele des Konstitutionalismus und des Radikalismus geradenwegs an des Königs Gewissen." —

Nach der Niederlage Welckers heißt es dann:[4]) „Der deutsche Kaiser scheint abermals in das unergründliche Meer der Frankfurter Beredsamkeit zu versinken, und wir hoffen, daß unsere Freunde die Geschichte des verwegenen Tauchers nicht ohne Nutzen gelesen haben. Wir kennen schon das eigentümliche Verhängnis der Paulskirche, ihre besten Gedanken kommen stets um 6 Monate zu spät, und ihre besten Beschlüsse sind die, wo sie nachträglich nichts beschließen. Fürwahr, es ist schwer, nicht zu spotten, wenn „die Blüte deutscher Nation" in fast einem Jahre nichts zustande bringt, als den Beweis ihrer eigenen Schwäche. Der kühne Staatsmann, der dann mit einem Griffe die Professoren über die

---

[1]) 15. bis 20. Februar 1849. — [2]) N. Pr. Z. 22. II. 49. (Nr. 44, p. 345.) — [3]) N. Pr. Z. 16. III. 49. (Nr. 63, p. 503.) vgl. Polit. Reden I, 93. Polit. Briefe I, 1. Gedanken und Erinnerungen I, 57 f. — [4]) N. Pr. Z. 23. III. 49. (Nr. 69, p. 551.)

Fürsten erhob, er hat einen schönen Griff gemacht, aber er hat sich am meisten in sich selbst vergriffen. Träumen darf man wohl, ja es giebt schöne Träume, aber es ist die politische Mondsucht, wenn man sich im Traum als ein Wachender gebärdet. Darum wacht auf, ihr Schläfer, Deutschland phantasiert nicht mehr, und die frische Luft des neuen Jahres wird auch an Euch nicht ohne Wirkung sein. Es wäre ein übles Ende, wenn man die Paulskirche zuletzt als eine Quarantäne-Anstalt behandelte." —

In demselben spöttischen Ton urteilt er über die Frankfurter Beschlüsse am 28. März:[1] „Wir beklagen unser armes Vaterland, wir blicken mit Wehmut auf die „großen Männer" unserer Zeit, und möchten verzagen, wenn die Besten noch immer nicht begreifen, daß das Frankfurter Fastnachtsspiel in der Hauptsache nichts ist, als eine revolutionäre Maskerade. Die ernsten, ehrenwerten Männer, die den Zug im Domino begleiten, wir können ihren Kummer würdigen, wir können ihre Sehnsucht verstehen, aber wir dürfen nicht aufhören, ihnen zuzurufen, daß das Band, welches Deutschland verbinden soll, auf einem anderen Webstuhl gewebt werden muß. Das Kind der Volkssouveränität und der Anarchie, dieser kühngegriffene Sohn Gagerns, ist dem Schicksal der Kinder des Kronos erlegen . . . . Wir meinen es sehr ernstlich, wenn wir behaupten, daß Deutschlands fähigste Männer in Frankfurt getagt haben und tagen, aber je ernstlicher wir dies meinen, je mehr befremdet es uns, daß Deutschland noch immer sein Heil und seine Rettung aus der Anarchie von den parlamentarischen Verhandlungen seiner Vertreter erwartet. Aus der Anarchie hilft nur der Sieg; . . . und ist der Sieg errungen, ist die Revolution besiegt, dann ist die Einheit Deutschlands kein so schwieriges Werk." —

Am 27. März endlich wurde die deutsche Kaiserwürde beschlossen und am folgenden Tag Friedrich Wilhelm von 290 Abgeordneten zum deutschen Kaiser gewählt; 248 enthielten sich der Abstimmung. Eine Deputation aus 32 Mitgliedern sollte dem König die neue Würde antragen.[2] „Die Revolution hat jetzt einen Ambassadeurrock angetan; sie nahet mit Scepter und Krone, und bald werden wir die verführerischen Worte vernehmen: „Dies alles will ich Dir geben, so Du niederfällst und mich anbetest". Wie wird die Antwort lauten, wird die Ehre mächtiger sein als die Schmach und das Glück stärker als die Not? Kann man auch eine Krone verschenken, die man nicht besitzt,[3] und was kann Preußen von Frankfurt empfangen, das es nicht schon hätte? Wir verschmähen diesen trügerischen Schmuck, der in Staub zerfällt, wenn man ihn berührt, wir wollen es nicht, dieses „prunkende Gewand, denn die es spann, war keine reine Jungfrau". Jahrhunderte voll Ruhm und Ehre haben Preußens Thron gegründet, als einen ehernen Fels, fest, daß die Wogen des Aufruhrs an ihm zerschellen, und nur dem Meister wird es gelingen, dies Werk zu zertrümmern. Die Hand, welche die Krone mit Unrecht bringt, wird sie auch zurückfordern — mit Gewalt, wenn es ihr paßt, und was wird der Krone Preußen bleiben, wenn auch die Liebe der „Schwarzweißen" in dem deutschen Wirbel aufgegangen ist. Die Wahl ist eine ernste: „Der rechte Ritter sprengt heran und warnt den Grafen sanft und gut, doch daß hetzt ihn der linke Mann zu schadenfrohem Frevelmut"; ist der Schritt getan, man kann ihn schwerlich zurücktun, ist die Krone angenommen, man kann die alte schwerlich

[1]) N. Pr. Z. 28. III. 49. (Nr. 73, p. 583.) — [2]) N. Pr. Z. 30. III. 49. (Nr. 75, p. 599) vgl. Polit. Reden I, 94. — [3]) Vgl. Gedanken und Erinnerungen I, 57 f.

behalten, und die alte war eine Ehrenkrone. Der Enkel seiner großen Väter darf nicht ein kleiner, märzerrungener Kaiser sein, und Friedrichs Scepter ist ein besserer Stab, als jene kleine Wünschelrute, mit welcher Heinrich Gagern seine Treuen dirigiert.“ —

Aufs deutlichste erinnern uns diese Worte an die Stelle in den Gedanken und Erinnerungen (I p. 58), wo Bismarck sagt, seine damalige Befriedigung über die Ablehnung der Kaiserkrone habe in einer starken Empfänglichkeit für das Prestige der preußischen Krone und ihres Trägers, noch mehr aber in dem instinktiven Mißtrauen gegen die Entwicklung seit den Barrikaden von 1848 und ihren parlamentarischen Konsequenzen gelegen. Kurz vorher (p. 57) spricht er von dem revolutionären oder doch parlamentarischen Ursprung des Anerbietens und dem Mangel eines staatsrechtlichen Mandats des Frankfurter Parlaments bei mangelnder Zustimmung der Dynastien. Dieselben Gedanken enthält ein Artikel vom 31. März:[1] „Wir wollen auch ein einiges Deutschland, wir möchten gern einen deutschen Kaiser, aber wir wollen keine Einheit, die mit Bürgerkrieg beginnt, wir wollen keinen Kaiser, der ein machtloses Geschöpf und Werkzeug seiner Untertanen ist. Noch sind wir nicht so weit, daß die Väter von den Kindern gezeugt werden, noch genügt es nicht, jemanden zum Kaiser zu wählen, um ihn zum Kaiser zu machen. Die Kronen und Reiche der Erde werden von einer andern Hand ausgeteilt, und unrecht Gut gedeihet nicht, auch wenn man mit Glocken dazu läutet. Wie wird Habsburgs Enkel, wie wird das siegreiche Oestreich den neuen deutschen Kaiser empfangen? . . . . . Die Chaussee bis nahe an das Ziel mag fertig sein, aber vor dem Ziel liegt ein Meer von Blut und Tränen, das die bengalische Beleuchtung nicht verbirgt. Wer ist der Fürst, der sich getraut, durch dieses Meer mit trockenem Fuß hindurchzugehen; die deutsche Einheit heißt auch deutsche Republik, und unsre stillen Freunde wissen, was sie wollen.“ —

Diese Empfänglichkeit für das Prestige der deutschen Krone trat auch wieder deutlich hervor am 1. April:[2] „Wir haben keine März-Errungenschaft, aber wir haben ein köstliches Testament, ein altes Erbrecht an Preußens Fürsten und ein teueres Vermächtnis, daß „der Sohn in den Wegen des Vaters geht!“ Mag der Rausch der deutschen Fantasie die Menge locken, „wir lieben unsere Fürsten,“ und wir sind das Volk, das „von Gottes Gnaden“ das Recht hat, Preußens König den seinen zu nennen. . . . Wie ist die Hand so blutig, die sich nach unserer Fahne streckt, wie schnöde ist der Kauf, da man uns Gold für Treue beut. Wir haben auch gefärbt und echt, doch nicht mit fremdem Blut; wir knien auch, doch nur vor Gott, auf daß wir unsern Eidschwur halten . . . Wo liegt das neue Kaiserreich, wo sind die Völker, die die Kaiserwahl mit uns vereint, wo ist die Kaiserkrone, um die man Preußens legitime Königskrone tauscht? Die Tatsache, daß man in Frankfurt Preußens König als Deutschlands Schirmherrn anerkannt, die wollen wir nicht geleugnet wissen, wir wollen nicht, daß Preußen dem Deutschland, das sich wirklich einen will, den starken Arm entzieht, doch wollen wir auch nicht verkannt wissen, daß Preußen Deutschland Schutz, nicht aber Deutschland Preußen Macht und Krone leiht. Auf eine offene Frage offene Antwort, doch auf den März nur immer den November.“ —

---

[1]) N. Pr. Z. 31. III. 49. (Nr. 76, p. 607.) — [2]) N. Pr. Z. 1. IV. 49. (Nr. 77 p. 615.) vgl. Polit. Reden I, 94. Das. I, 71.

Inzwischen war die Deputation den Mauern Berlins näher gekommen:[1] „Welche Antwort geben wir den Herren, die jetzt im Siegesrausche langsam eilend uns eine neue Kaiserkrone bringen? Schon nahen sie unsern Mauern, und Preußens Hauptstadt steht am Bahnhof mit entblößtem Haupt, das junge Reichskind festlich zu begrüßen. Was sagen wir, was fragen wir? Wes ist das Bildnis und die Ueberschrift, aus wessen Macht sind jene Herren hier erschienen? Sie sagen, sie brächten eine Kaiserkrone, allein wir glauben es nicht, sie haben ja kein Gold, kein Land, kein Recht; sie suchen Schutz und Hilfe, und beides wird ihnen Preußens König und Deutschlands „Schirmherr" nicht versagen . . ." —

Die Antwort, welche der König am 3. April der Deputation erteilt hatte, rief bei ihrer Mitteilung in der Kammer auf der Linken große Erregung hervor. Der Abgeordnete v. Vincke[2] stellte daher alsbald den dringlichen Antrag, da die Antwort des Königs das deutsche Vaterland den größten Gefahren preiszugeben drohe, eine Kommission zu ernennen, welche in einer Adresse dem König die Ansicht der Kammer über die jetzige Sachlage auseinandersetzen sollte.

Bismarck antwortete hierauf,[3] man fürchte sich nicht vor dieser „Demagogenphrase", denn sie sei nicht neu; der König habe das Vaterland zum zweiten Mal gerettet, und nicht dieses, sondern vielmehr die Revolution sei in Gefahr. Auf einen Artikel der „Schlesischen Zeitung", der anknüpfend an den Antrag v. Vinckes die Gründe gegen die Annahme der deutschen Krone behandelt hatte, erwidert er:[4] „Wir haben ohne das gewußt, was wir von dem kühngegriffenen Kinde der Frankfurter zu halten hätten. Wir können nichts als die Worte wiederholen, die wir bei derselben Gelegenheit schon früher schrieben:[5] „Die Revolution hat ihren Ambassadeur-Rock angezogen: sie nahet mit Scepter und Krone, und wir vernehmen die verführerischen Worte: „Dies alles will ich dir geben, so du niederfällst und mich anbetest." „Aber Er wird nicht gehen, den Moloch anzubeten, der Enkel seiner großen Väter wird kein kleiner, märzerrungener Kaiser werden." Er wird es auch jetzt nicht werden, nachdem er von rechts und links gedrängt wird und Pilatus und Caiphas über diese Frage Freunde geworden sind. Und gäbe er nach und kniete er vor dem Götzen der Modernen und ließe er den siegreichen Grund und Boden . . . und folgte dem Versucher auf die schmale Zinne des Tempels, — — wie lange? und die Hand, die ihn eben herzte und aufrecht hielt, stürzte ihn tückisch in die Tiefe herab." —

Auf diese Adresse an den König kommt Bismarck noch einmal zurück am 10. April:[6] „Der vielgepriesene Rechtsboden klafft von einem argen Riß. Die Frankfurter Studien seines Erfinders haben ihre Früchte getragen. Dem kühnen Griff in die Fürstenkronen ist ein dreister Sprung auf den Volkswillen gefolgt, und es fehlt nur noch, daß der Springer offen sein „Schach dem König" biete . . . Diese Rechtsritter, denen der Staat nichts anderes ist, als eine im Bereich der Gesetzgebung zu konstruierende und im Bereich des Gerichts zu erledigende gesellschaftliche Assekuranz, sie sind es vor allen, welche die unheilvolle Bresche in das Königtum gelegt haben . . . Und haben sie diese Bresche geschlossen oder auch nur gedeckt? Haben sie sich nicht vielmehr als völlig impotent erwiesen, sowohl am Ministertisch als auf der Tribüne, den ingeniösen

[1] N. Pr. Z. 3. IV. 49. (Nr. 78, p. 623.) — [2] Polit. Reden I, 79. — [3] N. Pr. Z. 4. IV. 49. (Nr. 80, p. 639.) — [4] N. Pr. Z. 7. IV. 49. (Nr. 82, p. 655.) — [5] Vgl. 30. III. 49, p. 23. — [6] N. Pr. Z. 10. IV. 49. (Nr. 83. p. 663.)



Erfinder des Rechtsbodens mit eingeschlossen, der von der Märznacht an der Revolution bei jeder Wehe willig Hebammendienste geleistet? . . . Der konstitutionelle Zopf, den sie mit ihren Adressen und Mißtrauensvoten der Krone anbieten wollen, bleibt an ihnen hängen . . . Wer in Preußen bewußt oder unbewußt den Schwerpunkt der Gewalt von der Krone in die Kammern verlegt, ruiniert den Staat." —

Die Verhandlungen in Frankfurt gingen nach der Ablehnung der Kaiserkrone weiter, Bismarck legt ihnen jedoch absolut keinen Wert bei:[1]) „Die deutsche Frage ist wiederum auf aller Lippen und in vieler Herzen. Doch Menschenworte gründen keine Reiche, und aus Gefühlen wachsen keine Kronen . . . Die ewigen Gesetze, nach denen sich die Staaten bilden und Gewalten ordnen, sie gelten fort auch ohne Sanktionierung durch die Paulskirche und ohne Publikation durch die Reichsgesetzsammlung . . . Aus nichts wird nichts, und was einer selbst nicht hat, das kann er nicht vergeben . . . Die Schuld der Enttäuschung trifft allein die Frager. In der Hast um den Kaiser hatten sie das Kapitel vom Königtum überschlagen . . ." —

Von Preußens deutschem Beruf spricht der Artikel vom 4. Mai:[2]) „Wie die Wurzeln dem deutschen Boden angehören, so muß die Krone die deutschen Gauen überschatten. Preußen hat das selbständige, machthabende Königtum nicht für sich allein, es hat dies Palladium des Rechts, der Freiheit und Gesittung für ganz Deutschland zu bewahren. Was wäre es dem deutschen Gesamtvaterlande ohne diese Morgengabe mehr als ein multipliziertes Dessau oder Lichtenstein, was anders als ein krankes Glied mehr am Körper? . . . Es wird, bleibt es sich selbst getreu, „aus der Nessel Gefahr die Blume Sicherheit pflücken", und der Fels sein, an dem die Wellen der deutschen Revolution sich brechen." —

Nur allzu bald sollte Preußen Gelegenheit bekommen, diesen seinen Beruf als Deutschlands Schirm gegen die Revolution auszuüben. Im Anfang des Monats Mai begann die radikale Partei, die in den „Märzvereinen" über das ganze Land verbreitet war, den Aufstand, um die Fürsten zur Anerkennung des Parlaments und der Verfassung zu zwingen. In Sachsen, Baden, der Rheinpfalz und stellenweise in Preußen selbst schlossen sich die Truppen den Aufständischen an. Preußische und deutsche Bundestruppen unter dem Oberbefehl des Prinzen Wilhelm von Preußen warfen überall die Revolution nieder.[3])

„Das Werk der deutschen Einigung scheint blutig zu beginnen; überall, wohin man blickt, „umarmen sich die Heere," und die rechten Väter des deutschen Völkerglücks und -friedens stehen ängstlich harrend auf der Lauer. Die feigen Priester der Revolution — sie kümmert es nicht, wenn das Blut des deutschen Volkes in Strömen fließt, aber sehen mögen sie es nicht, sie wünschen wohl Revolution, doch möglichst friedsam und in einiger Entfernung. Der „Volksgeist", den sie aufgerufen, gebärdet sich schon jetzt nicht ganz manierlich, und wilde, linkische Gesellen sind bereit, das Pfui der Galerien mit Flintenschüssen zu bekräftigen. Das Menuett der Revolution, bald vorwärts, bald zurück, ist jetzt zu Ende, und schade um jeden braven Soldaten, sollte es den roten Kindern des Volksgeistes noch einmal gefallen, mit den gemäßigten Hochverrätern den Kehraus zu tanzen. Noch niemals gab es eine Revolution, der

---

[1]) N. Pr. Z. 13. IV. 49. (Nr. 86, p. 683.) — [2]) N. Pr. Z. 4. V. 49. (Nr. 102, p. 811.) — [3]) N. Pr. Z. 10. V. 49. (Nr. 107, p. 823.)

nicht der Appetit beim Essen wuchs, und der Altvater, der kühne Greifer, er ist jetzt beiden Teilen mundrecht und wird bald einen Sprung tun, der ihn wo anders hin, als auf den ersehnten Sessel des deutschen Reichskanzlers führt. Mit Uebermut begonnen, mit Schwanken fortgesetzt, darunter ein dicker, roter Strich, heißt Bürgerkrieg; fürwahr, wenn deutsches Wesen noch nicht ausgestorben und deutsches Eisen noch schärfer ist als Prahlerwort, wird man jetzt Abrechnung halten und hoffentlich auf dieser Messe niemand schuldig bleiben." —

In Dresden warfen die preußischen Truppen zuerst den Aufstand nieder. Diese Waffenbrüderschaft, mit Blut gekittet, begrüßt Bismarck als das erste, feste Fundament der deutschen Einheit:[1] „Der erste Akt des Gagernschen Trauerspiels „Die deutsche Einheit" ist jetzt zu Ende, der Aufruhr in Dresden ist zerschmettert . . . Hier ist Deutschland, das nun bald den Unrat und die Trümmer mit dem eisernen Besen auskehren wird." —

Die Frankfurter Versammlung brandmarkte dies Eingreifen Preußens in Sachsen als einen schweren Bruch des Reichsfriedens, aber ruhig entgegnet ihnen Bismarck:[2] „Die Zeit der Phrasen, mithin der deutschen Nationalversammlung ist jetzt vorbei, und die Helden der Intrigue, der „kühne" Heinrich und die edle Rechte, sie werden nichts mit sich nehmen, als eine Schar Verblendeter und demnächst die Verachtung und den Fluch des Vaterlandes . . . Der Kern der deutschen Bewegung entwickelt sich immer unzweideutiger, und über dem Throne des erblichen Kaisers erhebt sich schützend der Baldachin der roten Republik. Der Strohmann mit der Krone, was konnte man nur anders mit ihm meinen, als die „Raubvögel der Reaktion" von dem republikanischen Erbsenfelde zu verscheuchen, und da diese nun doch zu dreist geworden sind, so ist auch der Strohmann entbehrlich. Republik und wieder Republik, und zwar so rot als Blut und Feuersbrunst, so deutsch, wie sie die Polen und Ungarn nur wünschen können, so einig wie wilde Tiere, wenn sie hungrig sind, so brüderlich, daß die Herren in Frankfurt bald werden auf Leichen thronen können . . ." —

Die Erhebung in der Rheinprovinz fürchtet Bismarck wenig:[3] „Die rheinischen Trompeten reichen nicht mehr aus, den preußischen Königsthron zum zweiten Mal umzublasen," ja er hätte es sogar gern, wenn „der „deutsche" Rhein zur Abwechselung als wiedereroberte preußische Provinz behandelt werden könnte." Aber die ganze Drohung ist vermutlich nur ein „Rechenexempel". Wie richtig er vermutet hatte, zeigt die Meldung vom 22. Mai:[4] „Die rheinisch-deutsche Erhebung hat sich, wie der alte Vater Rhein, gemütlich im Sande verlaufen, und wir haben uns nicht geirrt, wenn wir unsern weinblutigen Nachbarn mehr auf den Mund als auf die Hände sahen." Den behaupteten Einfluß der rheinischen Provinzen auf die preußische Politik weist er mit den Worten zurück: „In der deutschen Sache ist die preußische Politik seit 5 Monaten dieselbe, und es macht lediglich die vortreffliche Schleifung der neuen Brillen, wenn die Kinder der Kölnischen Zeitung jetzt alles so verändert sehen . . ." —

Der Aufruhr in Baden hatte inzwischen einen bedrohlichen Umfang angenommen, der Großherzog mußte sein Land verlassen. Das ist Bismarck eine Mahnung an das preußische Volk, seine Blindheit aufzugeben:[5] „Wehe uns, wenn nicht die Sonne Preußens den Schnee verzehrt, der die Lawine nähren

---

[1]) N. Pr. Z. 11. V. 49. (Nr. 108, p. 861.) — [2]) N. Pr. Z. 12. V. 49. (Nr. 109 p. 869.) — [3]) N. Pr. Z. 13. V. 49. (Nr. 110, p. 869.) — [4]) N. Pr. Z. 22. V. 49 (Nr. 116, p. 929.) — [5]) N. Pr. Z. 19. V. 49. (Nr. 114, p. 911.)

soll ... Das Großherzogtum Baden, seit lange schon die hohe Schule der Revolution, hat seine neuesten Promotionen vortrefflich absolviert ... Wie köstlich hat die rauhe Hand des Arbeiters die Lehre von der Volkssouveränität ins Plattdeutsche übersetzt, mit welcher zarten Schonung hat man das deutsche Altertum zu seinen gesammelten Werken gelegt." —

Mit Recht fragt Bismarck im Hinblick auf diese überall bereite Hilfe Preußens:[1] „Was wäre Deutschland jetzt ohne Preußen? Nichts als ein großes Gefangenhaus, in dem die rote Republik den Scharfrichter spielte, nichts als ein Haufe Trümmer, ein zeitgeistlicher Weihnachtsbaum für Proudhons wohlgezogene Kinder ... Kein Schwanken, keine Schwäche, das Schicksal Deutschlands ist jetzt an unsere Fußtapfen geheftet ... Beschlüsse sind jetzt nichts als Worte, wir wollen Taten sehen, ... und wir müßten das preußische Heer noch wenig kennen, wenn es nicht den deutschen Kaiser nach dem Grundtext wählte." —

„Der König hat gerufen,[2] er ruft sein treues Volk, und Deuschland, ja Europa lauschen der Antwort. Darum wohlauf, mein Volk, laß dich die Väter nicht beschämen, gedenke, was du warst und was du bist," mit diesen Worten ruft Bismarck das preußische Volk zu den Waffen. „Es gilt jetzt nur, die Krone aus Frankfurt zu einer Doppelkrone umzuschmelzen." —

In Frankfurt gewann nach Abberufung der östreichischen und preußischen Abgeordneten die revolutionäre Partei mehr und mehr die Oberhand. Am 19. Mai beschloß man, einen Reichsstatthalter mit den Rechten und Pflichten des Reichsoberhauptes zu ernennen, also den Verweser abzusetzen. Die Folge war, daß am folgenden Tage 65 Mitglieder austraten, darunter auch Heinrich v. Gagern.[3] „Endlich, endlich hat auch Heinrich v. Gagern mit seinem Anhange die Sitze der Paulskirche geräumt, doch hat er dies nicht getan, ohne vorher seine Parlaments-Laufbahn zu kanonisieren ... Der kühne Cäsarritt ist mißlungen, die Republik ist durchgegangen, und die Monarchie haben die rechten Ritter wieder bestiegen ... Sie sind vergessen, und die falben Blätter der Revolution werden das Grab ihrer Ehre bedecken." —

Indessen hält Bismarck den Frankfurter Verfassungs-Entwurf im Grunde für ungefährlich:[4] „Was man nicht loben kann, soll man nicht gleich tadeln, und einen Entwurf darf man nicht behandeln, als sei er schon Gesetz. Es wird noch viel Wasser bergab laufen, bevor das Papier sich in Fleisch und Blut verwandelt, und nicht unmöglich, daß das Schwert Preußens einen besseren Grund deutschen Rechtes und Reiches findet, als den Frankfurter Niederschlag aus dem Schlamm der Revolution ... Die Charte des einigen deutschen Reiches, sie hat dieselbe Mutter mit ihrer französischen Schwester ..." —

Aber desto mehr empört ihn das Verhalten des Parlaments, und er macht seinem Abscheu gegen die unnütze Gesetzgeberei in harten Worten Luft. Wieder und wieder betont er, daß diese Verfassungsmacherei kein einiges Deutschland schaffen könne, und verlangt endlich ein energisches Einschreiten:[5] „Schlechte Gesetze lassen sich durch gute heilen, aber gegen die Gesetzlosigkeit und gegen die grundsätzliche Revolution gibt es kein papiernes Mittel ... Israel und Kanaan können nicht neben einander wohnen, und unsere Gegner sind keine halben Leute. Sie kennen keinen unsichtbaren König als den Menschengeist, sie

[1] N. Pr. Z. 16. V. 49. (Nr. 112, p. 893.) — [2] N. Pr. Z. 17. V. 49. (Nr. 113, p. 902.) — [3] N. Pr. Z. 25. V. 49. (Nr. 119, p. 955.) — [4] N. Pr. Z. 1. VI. 49. (Nr. 124, p. 999.) — [5] N. Pr. Z. 3. VI. 49. (Nr. 126, p. 1015.)

kennen keinen sichtbaren König als das Menschenfleisch, und unsere Mondscheins-politik wird uns nicht weiter führen, als in die bittere Schule der Erfahrung. Bauen einen Turm aus Luft und Sand, machen Geschichte auf eigene Hand, suchen die Wahrheit ohne Glauben, wollen süßen Wein und haben bittre Trauben. Das heilige deutsche Reich wird nicht erstehen, solange seine beiden Schwerter vergraben sind . . . Alles was man jetzt Verfassung nennt, ist nichts als eine Zugbrücke über den blutigen Strom der Revolution, auf welchem die Gottlosigkeit mit vollen Segeln daherfährt . . ." —

„So viel Gesetze und so wenig Recht", klagt er am 5. Juni,[1] „. . . und dennoch stets derselbe Irrtum, unablässig die undankbare Mühe, den Abgrund der Revolution durch Gesetzesleichen auszufüllen. Wie lange wird man noch die Pioniere mit der Feder in das erste Treffen stellen? . . . . Die Zeit der Konstitutionen nach französischem Muster ist unwiederbringlich dahin, und die fortgesetzten Studien über die Naturgeschichte des hölzernen Kuckucks gereichen weniger der Einsicht als dem guten Willen zur Empfehlung. . . ." —

Ganz offen verlangt er den Kampf, den ehrlichen Krieg in dem Artikel vom 8. Juni.[2] „Unsere humane Staatsweisheit wäre mehr als verblendet, wenn sie den hungrigen Löwen der Revolution durch kleine Stückchen blutigen Fleisches zu zähmen hoffte. L'appétit vient en mangeant, und nicht unmöglich, daß die unvorsichtigen Wärter das erste Opfer werden. Jene Politik der Verzweiflung, welche Wahrheit, Recht und Treue nur noch als die Mammutknochen einer dahingeschwundenen Vergangenheit anstaunt, . . . sie wird vielleicht im Stande sein, Preußen zu zertrümmern, aber Deutschland zu einigen, das vermag sie nicht. Deutschlands Einigung erheischt ein besseres Fundament als das Frankfurter Siebenmänner-Werk mit dem Titel deutsche Einheit und mit dem Texte Revolution, und dieses Fundament ist nichts anderes als ein ehrenvoller Sieg. Weg daher mit den furchtsamen Präliminarien eines kläglichen Friedens, weg mit dem politischen Kartoffelkrieg, welcher den Frieden will vor der Schlacht, wir wollen zuerst einen ehrlichen Kampf, wir wollen den Frieden nach Römersitte. . . ." —

„Die erste Auflage der deutschen Verfassung ist zwar bald vergriffen", so spottet Bismarck am folgenden Tage,[3] „doch hat dieselbe überall so wenig gefallen, daß man von Glück sagen darf, die Makulatur in Süddeutschland als Patronenhülsen an den Mann zu bringen. Mehl und Sauerteig zusammen macht nicht den Sauerteig süß, sondern das Mehl sauer, und die Vermischung der deutschen Einheit mit der deutschen Revolution würde wohl der Revolutionierung Deutschlands und der Einigung der Revolution, schwerlich aber der Einigung des befreiten Deutschlands diensam sein. . . ." —

Inzwischen war das Rumpfparlament nach Stuttgart übergesiedelt, und der Frankfurter Weidenbuschverein hatte einen Aufruf zu einer Versammlung in Gotha erlassen. Wieder mahnt Bismarck, doch endlich die feige Parteilosigkeit aufzugeben;[4] in der Verschärfung der Gegensätze sieht er die einzige Rettung: „Gewiß ist nichts beredter, als der Posaunenton der Geschichte der letzten Tage, und dennoch . . . . hält man es für zu früh, aus dem lauwarmen Bade der Halbheit in den frischen, scharfen Morgenwind des neuen Tages hinauszutreten. Vermittlung, Vermittlung, ein sanfter Uebergang für die schwachen Nerven, und eine warme Kleidung wider die rauhe Luft." —

[1]) N. Pr. Z. 5. VI. 49. (Nr. 127, p. 1023.) — [2]) N. Pr. Z. 8. VI. 49. (Nr. 130, p. 1047.) — [3]) N. Pr. Z. 9. VI. 49. (Nr. 131, p. 1055.) — [4]) N. Pr. Z. 10. VI. 49. (Nr. 132, p. 1063.)



Hören wir nun, wie Bismarck über die Gothaer urteilt:[1] „Die Bankerottierer aus der Paulskirche wollen jetzt mit ihren Gläubigern akkordieren und haben für das Arrangement klüglich einen Ort ausgewählt, wo man zugleich sein Leben versichern kann. Es war eine zu schwere Versuchung für den edlen Gagern und Komp., gestern Reichskanzler oder Kurfürst und heute mißvergnügter Reichsbürger als lächerliche Figur. . . . Der deutschen Zeitung gebührt das Verdienst, die Trägerin „der rettenden Stimme vom Himmel" zu sein, und „der Mann, den Deutschland kennt", wie die Krähen die Eule, hat gewiß nicht Unrecht, wenn er versichert, daß „er im Vaterlande keinen Feind habe, dem er nicht getrost die Brücke der Verständigung bauen dürfte." —

„Die Frankfurter Schiffbrüchigen[2] wollen sich in Gotha sammeln, um aus dem Wrack ihrer bankerotten Politik eine Notbrücke der Vermittlung zwischen Stuttgart und Berlin zu bauen." Aber Bismarcks Forderung lautet: „Klare Stellung nach rechts und links: Nieder mit der Vermittlung!" —

Wie weit es mit der deutschen Einheit jetzt gekommen, zeigt der Artikel vom 14. Juni:[3] „Die deutsche Einheit entwickelt sich täglich glänzender, und schon kann ein unbefangenes Gemüt sich der patriotischen Täuschung hingeben, in die glorreichsten Epochen der Gegenkaiser zurückversetzt zu sein. . . . In Berlin ein deutscher König, in Frankfurt ein Reichsverweser, in Stuttgart eine Reichsregentschaft, daneben drei Verfassungen, eine blasse, eine blaue und eine rote, die sich mit Recht den Ruhm der volkstümlichsten Freisinnigkeit streitig machen. Hier ein polnischer, dort ein preußischer, dort ein östreichischer Reichsgeneral, jeder mit dem doppelten Adler, nur mit verschiedenem Anstrich: Wahrlich, es wäre unbescheiden, mehr Abwechslung zu verlangen. Die Herren Professoren hatten doch wohl Recht, wenn sie sich für sehr weise hielten, denn „da sie sich für weise hielten, sind sie zu Narren geworden." Und du mein armes Vaterland, das du so schön bist, und das du eine Königin warst, du bist in den Staub getreten, und wie haben die Quacksalber dein Angesicht verstellt! Wie lange werden deine Fürsten die Säugammen der Revolution und deine Staatsmänner die Geschichtsschreiber deiner Torheiten sein?" —

Bei dem Kampfe gegen die Revolution fordert er vor allem offenes Zusammengehen mit Oestreich;[4] sind Oestreich und Preußen einig, so kann Deutschland nicht uneinig sein; sie brauchen nur „den Frankfurter Bücherstaub von ihren Füßen zu schütteln" . . . „Hier der „rocher de bronce", auf welchem Preußen „stabilieret" ist, wenn auch bemoost, doch nicht verwittert, dort die tausendjährige Wiege der deutschen Kaiser, das völkerbeherrschende Oestreich — immerhin hie und da etwas altmodisch, doch wohl bewacht und verwahrt. Dies sind die Säulen, welche Deutschland stützen, dies sind die beiden Herzkammern, welche man durch nichts ersetzen mag. . . . Darum vor allem aufrichtige Personalunion der Waffenbrüderschaft, erst die Schlacht bei Belle-Alliance, dann die Schlußakte. . . ." —

In Frankreich hatten sich indessen die Parteigegensätze mit neuer Schärfe zugespitzt:[5] „Die Bürger des Berges, unbefriedigt durch die parlamentarische Komödie, bei welcher ihnen diesmal nur die Rolle des „Brüllens" zugefallen war, haben es vorgezogen, den Schauplatz ins Freie zu verlegen, in der Hoffnung, dort ihre „Bassermannschen Gestalten" auf eine angemessenere Weise

[1]) N. Pr. Z. 12. VI. 49. (Nr. 133, p. 1071.) — [2]) N. Pr. Z. 13. VI. 49. (Nr. 134, p. 1079.) — [3]) N. Pr. Z. 14. VI. 49. (Nr. 135, p. 1087.) — [4]) N. Pr. Z. 16. VI. 49. (Nr. 137, p. 1103.) — [5]) N. Pr. Z. 17. VI. 49. (Nr. 138, p. 1111.)

zu verwenden. . . . Unter dem Rufe: „vive la constitution" geht der Vorhang in die Höhe. Was man aber erblickt, ist nicht das gewöhnliche Schauspiel, ein fliehender König, der über seiner Schuld seine Krone vergißt, nicht ein zusammengeraffter Haufe, dem sein dämonisches Glück auf halbem Wege entgegenkommt; es sind zwei gerüstete Parteien. Hier die nackte Revolution, das Feigenblatt der Konstitution nur noch als Tändelschürze benutzend, dort die Partei der Ordnung — wie sie sich nennt. . . ." —

Der Minister Römer in Württemberg, der selbst erst am 13. Juni aus dem Rumpfparlament ausgetreten war, hatte am 18. weitere Sitzungen desselben verboten und die Mitglieder durch Militär an dem Eintritt in den Sitzungssaal hindern lassen. Das war das Ende des deutschen Parlaments.[1] „Das Fastnachtsspiel in Stuttgart ist nun auch zu Ende, und wir müssen der Wahrheit die Ehre geben, daß der große Komiker Römer die letzte Szene nicht ohne Anstand gespielt hat. . . . Eingeladen, um gemeinschaftlich zu sterben, und weggejagt, weil aus dem Spaße Ernst zu werden drohte. Ob Recht, ob Unrecht, ob Treue, ob Verrat, ob drei, ob hundert, das machte dem Herrn Römer wenig Sorge, aber „Beschlüsse, als ob man über 200 000 Bajonette zu gebieten hätte", und hat doch nur einige Schock halberwachsene Schwaben, das ist eine staatsmännische Rücksicht, die stärker ist als jeder Eid. Darum: Die Reichsregentschaft wird auf Imperial-Zigarren reisen, das Parlament wird die Windrose studieren, und Herr Römer wird Minister bleiben, um bei nächster Gelegenheit seinen König mit mehr Sicherheit der Demokratie in die Hände zu spielen." —

Das Scheitern der Unionspläne Friedrich Wilhelms sowie der Abschluß des Dreikönigsbündnisses verschärfte die Gegensätze zwischen Oestreich und Preußen. Schwarzenberg arbeitete gegen die Pläne Preußens. Bismarck bedauert diesen Zwist sehr, denn in einem Streite könnten beide nur verlieren:[2] „Die deutsche Frage scheint sich, nach der Natur der Sache, immer mehr zu einer östreichisch-preußischen zu verschärfen, und wir haben uns ja zuweilen schon der Besorgnis nicht erwehren können, auf das Frankfurter Fastnachtsspiel und den „Gothaer Wurstpicknick" noch ein ernsthaftes Nachspiel folgen zu sehen. . . . Aber Streit mit Oestreich hieße auch Krieg mit Rußland und Frankreich. . . . Eine friedliche Ausgleichung wird sich von selbst ergeben, wenn Preußen davon absteht, das Gagernsche Pulver als das unvermeidliche Spezifikum für Deutschlands Gesinnung zu präsentieren, und wenn Oestreich nicht zu stolz ist zu dem Anerkenntnis, daß eine Armee, die gegen Ungarn der russischen Hilfe bedarf, außer stande ist, die süddeutschen Rebellen zu besiegen. Unsere Ostseeprovinzen wissen bereits, was Krieg ist, und wehe uns, wenn die deutsche Einheit bei den Kosaken in die Schule gehen muß." —

Der 7. August bringt einen Rückblick auf den 6. August 1848:[3] „Heute ist es ein Jahr, daß die preußische Armee dem Reichsverweser nicht gehuldigt hat, und dem hohen Patienten ist nichts geblieben, als zu seiner Stärkung auszuruhen auf den Lorbeeren, welche Preußens starker Arm seitdem der schwarzrot-goldenen Revolution abgewann. „Das Gesamt-Ministerium" hat es nicht vermocht, den mit der Revolution erzeugten Sohn zu legitimieren, aber unsere Waffenbrüder haben es verstanden, dem uneinigen Deutschland einen preußischen Prinzen als Revolutionsverweser zu octroyieren. . . . Preußens Mut und

[1]) N. Pr. Z. 24. VI. 49. (Nr. 144, p. 1161.) — [2]) N. Pr. Z. 24. VII. 49. (Nr. 168, p. 1359.) — [3]) N. Pr. Z. 7. VIII. 49. (Nr. 180, p. 1451) vgl. 26. VII. 48, p. 15.

Treue sind es, welche noch einmal wie die Morgenröte eines besseren Tages an Deutschlands Himmel aufgehen . . . .; hier ist die Gewalt der deutschen Treue und der deutschen Hiebe. . . . Darum wäre es wohl an der Zeit gewesen, die Huldigungsfeier umzukehren. . . . Aber die „Federfuchser“ haben es anders gewollt, und wir haben einige Uebung darin, unser Blut mit Tinte abwaschen zu lassen. . . .“ —

Der Camphausensche Antrag im August 1849 bezweckte, die festzustellende Verfassung an die Stelle der im § 111 erwähnten deutschen Verfassung treten zu lassen. Bismarck meint, dieser Antrag habe den geheimen Zweck, die deutsche Frage unvermerkt in ein anderes Stadium zu drängen.[1] „Gefärbt, als sei er ein Vertrauensvotum für das gegenwärtige Ministerium, ... strahlt doch im Hintergrunde die Sonne von Gotha und ein mythisches Doppelgestirn vormärzlicher Tyndariden. Nicht Brandenburg, nicht Manteuffel, — für sie ist der Antrag nichts als ein Abendrot, ihren Untergang zu verschönen: Die Männer, welche man meint, sind der große Mime, der Blumenkönig und andere südliche Naturen. . . . . Die preußischen Kammern sind doch immer entweder zu preußisch oder zu demokratisch, um einem Gagernschen Deutschland Geschmack abzugewinnen, und der große Mann wird daher einsam sterben, wenn es nicht gelingt, die Krone Preußen abermals in den Dunstkreis eines Reichstages zu versetzen.“ —

Mit ganz anderen Augen sieht Bismarck den Antrag nach seiner Annahme an:[2] „Dargestellt als das was er ist und durch die einschneidende Debatte des Gothaer Flittergoldes und des Gagernschen Schnürrocks entkleidet, hatte der Antrag für Preußen das eigentlich Bedrohliche verloren.“ —

„Der deutsche Geist, sagt Herr von Beckerath, ist die moralische Quelle der Macht Preußens. Was soll das heißen?“ fragt Bismarck.[3] „Ist der deutsche Geist gemeint, der lange Zeit hindurch sich bemühte, Preußen à la Française zu arrangieren, und der uns, in duftreiche Blumengewinde eingehüllt, das „System“ einführen wollte, dessen Dauerbarkeit sich so glänzend bewährt hat? Ist's der Geist, dessen Hauptwürdenträger zu Frankfurt die Volkssouveränität anerkannten, bis sie nach seinem Reichskanzlerstuhl die demokratische Linke ausstreckten? Oder ist's der deutsche Geist, der mit leisem „sauve qui peut“ zu Gotha seines dahinschwindenden Lebens letzte Reste zu versichern sich beeilte? — . . . Aber ein preußisches Herz muß sich billig wundern, daß der deutsche Referent in seiner Rede so gar nicht die Tat unserer Regierung gepriesen hat, durch welche sie Preußen und Deutschland vom Verderben gerettet, — die Zurückweisung des Frankfurter Kaisertitels. Solchen deutschen Geist mögen wir eine Quelle für Preußens Macht heißen, und es läßt sich erwarten, daß die Geschichte der letzten Monde schon manchen hoffnungsvollen „Kurfürsten“ darüber belehrt hat, wie das Geschenk, das sie der deutschen Nation als frischen Lebenstrunk kredenzten, nichts anderes als Scheidewasser war. Unser Weg zur deutschen Einheit ging nicht über Frankfurt, und wenn er auch jetzt vorbei geht an der Sternwarte von Gotha, so ist es nicht, weil wir unser Volk für „altersschwach“ hielten, sondern für zu jung und lebensfrisch, als daß seine große Kraft sollte eingezwängt werden in den kleinen Verfassungskasten des Herrn v. Gagern und Genossen.“ —

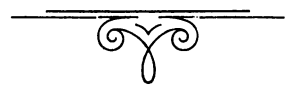
[1] N. Pr. Z. 16. VIII. 49. (Nr. 188, p. 1517) vgl. Polit. Briefe I, 3 ff. Verhandlungen der 1. Kammer I, 45. f. — [2] N. Pr. Z. 30. VIII. 49. (Nr. 200, p. 1613.) — [3] N. Pr. Z. 8. IX. 49. (Nr. 208, p. 1675.)

Der 18. September ruft Bismarck die Mordscenen in Frankfurt ins Gedächtnis, und er nimmt die Gelegenheit wahr, eine Mahnung daran zu knüpfen:[1] „Wer das Franzosentum des Vorparlaments jetzt wieder aufrichtet mit der Sauce à la Gotha, der wird den Geist nähren und pflegen, der am 18. September auf den Straßen von Frankfurt sich erhob. Aber unsere Parole ist heute in dankbarer Erinnerung: Das 38. Regiment!" —

Ein sehr pessimistischer Blick in die Zukunft ist der Artikel vom 2. November.[2] „Die Situation ist jetzt bedenklicher und die Einigkeit der deutschen Fürsten zweifelhafter als zur Zeit des freudvollen Wiener Kongresses. . . . . Oder sollte jemand töricht genug sein, um zu meinen, daß er auf dem Grabe der Revolution tanze . . . ? Was wir bisher durchgekämpft, war nichts als ein Gefecht mit hölzernen Schwertern, und die Schlachten, welche uns noch bevorstehen, werden Spuren zurücklassen, blutiger als die riesigen Leichengefilde des Freiheitskrieges." —

Der Abschluß des Interims am 30. September veranlaßte Bismarck zu folgenden Aeußerungen:[3] „Es ist ein Stichwort der deutschen Politik Preußens, den deutschen Bund zwar als fortbestehend anzuerkennen, die deutsche Bundesverfassung aber als einer „dahingeschwundenen Vergangenheit" angehörend zu bezeichnen, oder mit anderen Worten, den deutschen Bund jetzt als historisches Gespenst auf der europäischen Volksbühne gastieren zu lassen. Die Beschwörungsrolle des Hamlet ist dabei dem Dreikönigsbunde zugefallen. . . . Es wäre eine zu bittere Ironie, einen Reichsverweser als deutschen Reichs-Testaments-Exekutor zu behandeln, und es wäre ein zu großer Widersinn, den Wechsel der Exekutivgewalt als einen Selbstmord zu proklamieren." —

Nachdem wir so die Entwicklungsphasen der Revolution und der deutschen Frage durchwandert und gesehen, wie sich diese großen Ereignisse im Geiste Bismarcks spiegelten, wenden wir uns nunmehr zur innerpreußischen Politik in dieser Periode.



---

1) N. Pr. Z. 18. IX. 49. (Nr. 216, p. 1739.) — 2) N. Pr. Z. 2. XI. 49. (Nr. 255.) — 3) N. Pr. Z. 3. XI. 49. (Nr. 256.)

sie nur auszubeuten verstehe", so erinnere ihn das an den heiligen Crispin, der Leder stahl, um armen Leuten Schuhe daraus zu machen; indes sei ihm dieser immer als „ein wunderlicher Heiliger" erschienen.

„Herr Hansemann", so schließt Bismarck diese Erörterung, „soll sonst kein poetischer Schwärmer sein; nach dem Vorliegenden könnte man aber doch glauben, er habe einer jugendlichen Begeisterung für den Charakter Karl Moors sich hingegeben, der dem einen „nimmt", um dem anderen zu schenken". Die Zwangsanleihe hält er für „zum großen Teil inexigibel", da die aufgestellten Berechnungen falsch seien. —

Zu dem Artikel vom 12. August[1]) 1848, überschrieben „Die National-Denunciantin", fühlte sich Bismarck veranlaßt durch einen Angriff der „National-Zeitung" und durch den in der Berliner Nationalversammlung am 9. August eingebrachten Antrag Stein mit einem Amendement des Abgeordneten Schultz (Wanzleben).[2]) In diesem war beantragt, der Kriegsminister möge den Offizieren jede Teilnahme an reaktionären Bestrebungen verbieten, ihnen die Mitarbeit an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes nahelegen und denjenigen, mit deren politischer Ueberzeugung dies nicht vereinbar wäre, ihren Austritt aus der Armee zur Ehrenpflicht machen. Mit scharfen Worten begegnet Bismarck diesem Antrage: „Wir wissen wohl, was Ehre ist, wir wissen aber auch, daß wir nicht dem Ministerium Hansemann, sondern unserm Könige Treue geschworen haben. . . . . Wir ehren die Gesetze, selbst ohne passiven Widerstand, aber die Ideen der Herren Radikalen, die werden uns nie zur Ehrensache werden. Wir warten ruhig ab, ob der kleine Zeitungs-Jupiter mehr als kalte Schläge zu versenden hat." —

Auf das Gesetz, betreffend die unentgeltliche Aufhebung gewisser Lasten und Abgaben, kommt Bismarck am 12. Oktober, gelegentlich einer diesbezüglichen Debatte in der Nationalversammlung, noch einmal zurück:[3]) „Das Gesetz wegen unentgeltlicher Beraubung der Gutsbesitzer scheint ein Leidensgefährte des Jagdgesetzes zu werden. Der „Edelhirsch" Waldeck bleibt hartnäckig dabei bestehen, aus den Taschen anderer Leute wohlzutun, und sein Kollege Bucher meint, „gerade diese Versammlung müsse einen Eingriff in das Eigentum tun, denn wenn das Eigentum erst von der Verfassung wieder garantiert sei, dann sei es zu spät." Es muß wirklich ein erhebendes Gefühl sein, als Freibeuter in der Nationalversammlung zu sitzen. . . . ." —

Die Vorlegung eines Entwurfs, betr. Abschaffung der Todesstrafe, zu nochmaliger Beratung in der Nationalversammlung am 13. Oktober 1848[4]) veranlaßte Bismarck zu folgenden spöttischen Ausführungen:[5]) „Die Volkssouveränität wird durch die Streichung des Prädikats „von Gottes Gnaden" und die Straflosigkeit der Hochverräter, durch Abschaffung der Todesstrafe und vierteljährliche Amnestierung der politischen Verbrecher sanktioniert. Das „eigentliche, souveräne Volk" ist noch für die Todesstrafe, wie die Hinrichtungen (so bezeichnen die demokratischen Blätter die Meuchelmorde von Frankfurt, Pest und Wien) von Auerswald und Lichnowsky, von Lamberg und Latour „gewissermaßen andeuten". Doch wird sich dieser kleine Widerspruch unschwer vermitteln lassen. Die Zeit ist so gebildet und religiös, daß nur noch die treuen Diener

---

[1]) N. Pr. Z. 12. VIII. 48. (Nr. 37, p. 212.) — [2]) S. Verhandlungen der National-Versammlung I, 666 und 669. — [3]) N. Pr. Z. 12. X. 48. (Nr. 89, p. 619.) Vgl. Verhandlungen der National-Versammlung II, p. 639. — [4]) Verhandlungen der National-Versammlung II, 698 ff. — [5]) N. Pr. Z. 15. X. 48. (Nr. 92, p. 643.)

der Fürsten aufgehängt werden, und die Minister, welche „fest entschlossen sind, die Rechte der Krone zu wahren“, haben daher keine dringendere Aufgabe als ein Asyl für die „souveränen Scharfrichter“ zu bereiten. Es giebt kein Verbrechen weiter als „Reaktion“; und dies Verbrechen wird mit dem Strange bestraft. Natürlich werden alle, die sich nicht zu den Exekutivbehörden des souveränen Volkes rechnen dürfen, ihre Sicherheit wo anders suchen müssen, zumal erst gestern wieder die Unverletzlichkeit der Abgeordneten vor den Augen der Bürgerwehr, „welche noch nie ihre Pflicht versäumt hat“, zum größeren Ruhme des Vaterlandes durch Fußtritte und Faustschläge praktisch gemacht worden ist.“ —

Eine gewaltige Empörung regte sich in Bismarck infolge der Abschaffung des Adels;[1]) in mehreren Artikeln goß er seinen beißenden Spott über diese revolutionäre Maßregel aus.[2]) „Der Adel ist abgeschafft, und der „plebejische“ Teil der Hohen Nationalversammlung hat jetzt das Glück erobert, nicht hinter Dessau zurückgeblieben zu sein. . . . . Kiolbassa und Mroß, Graf Reichenbach und v. (?) Lisiecki, jetzt ganz gleiche Brüder, die auch wohl der Unterschied des „ungerechten Mammons“ nicht mehr trennt. Mit dem Jagdgesetz der erste Eingriff in den Besitz überhaupt, mit der Abschaffung des Adels der erste Eingriff in das Erbrecht, und wer jetzt dazu ermuntert hat, den inneren Adel durch Ablegung des äußeren zu beweisen, der wird bald erinnert werden, daß sich mit dem inneren und äußeren Reichtum ein ähnliches Wortspiel treiben läßt. . . . . Wir beneiden niemanden um seine Ehre, glauben aber, daß auch nach Abschaffung aller Titel und Orden dennoch mehrere Leute kleine Sonnenflecken auf ihrer bürgerlichen Ehre behalten werden. . . . .“ —

Am 5. November lesen wir über dasselbe Thema:[3]) „Die Abschaffung des Adels hat eine unbeschreiblich lächerliche und eine tief tragische Seite. Ist man in Versuchung, zuerst das risum teneatis in die Welt hineinzurufen ob der glücklichen Konsequenz in dem Nachäffen der lieben Franzosen (die sich nun wieder eine kleine Weile an den dreifarbigen Strahlen der republikanischen Sonne — beim Untergang scheint sie bekanntlich dunkelrot — ergötzen), ob der unvergleichlichen Virtuosität im Ignorieren aller Geschichte und ihrer Lehren, ob des göttlichen Tiefsinns unserer kleinen Tribunen, von welchen Shakespeares Narren, geschweige denn die gewöhnlichen Kasperles, in den Strom der Lethe versenkt zu werden Gefahr laufen. . . . . Was hat denn der Adel eigentlich verbrochen, daß man ihm nicht nur das Brot, sondern auch das liebe Dasein nehmen will? . . . . Er hat nur das eine Unrecht begangen, dem Volk die Fürsten geliefert zu haben, diese Tyrannen, die mit ihrer Tyrannei Völker und Staaten gründeten und den goldenen Urzustand der Freiheit mit Urverträgen, Urwahlen und Urgerichten so gründlich zerstörten, daß er nach allen Rebellionen doch immer noch nicht wieder recht Wurzel fassen und keinen Boden finden kann, der diese Wurzel nicht alsbald wieder beseitigte. Dieses eine Unrecht wird aber noch überwogen von dem einen Unglück, von dem wir ihn nicht freisprechen können, daß er nämlich auf die tiefsinnige und sublime Frage: Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann? — keine andere Antwort finden kann als das ganze, große Buch der Geschichte, diese Antwort aber nun und nimmermehr Gehör findet vor den hohen — um nicht zu sagen

---

[1]) Verhandlungen der National-Versammlung III, 259. — [2]) N. Pr. Z. 2. XI. 48. (Nr. 107, p. 763.) — [3]) N. Pr. Z. 5. XI. 48. (Nr. 110, p. 991.)



— langen Ohren des „eigentlichen Volkes“ und seiner hochedelgeweihten Führer. . .“ Die eigentliche Triebfeder zu dieser Abschaffung des Adels sah Bismarck in der „Feindschaft gegen alle von Gott geschaffenen Höhen und Tiefen unter den Menschen.“ Die Herstellung einer solchen abstrakten Gleichheit fordert notwendig auch „die Aufhebung der Ehe, der Familie, dieser unvergleichlichen Stätte der Reaktion des Lebens gegen allen geträumten Unsinn, dieses Borns der Schöpfung, aus dem immer neue Höhen und Tiefen im menschlichen Geschlecht sich erheben, die Aufhebung jedes Unterschiedes in der Erziehung und im Unterricht, ja, womöglich die Aufhebung aller privaten Zeugung und die Einführung von General-, Staats-, Wohn-, Schul-, Arbeits- und Zeugungs-Anstalten. . . . Das „der Adel ist abgeschafft“ vertieft sich konsequenterweise zu dem: „Gott ist abgeschafft“, ja es ist nur eine aus dieser Wurzel des Abfalles von Gott hervorgewachsene Blüte. Die andern Giftblumen werden nachfolgen, und wir — wir werden es wie die Bienen machen, die auch aus Giftblumen ihren Honig saugen, — zum Lob und Preis der ewigen Wahrheit!“ —

Erneute Unruhen in Berlin und die dadurch bedingte Beeinflussung der Nationalversammlung durch revolutionäre Volkshaufen veranlaßten den König am 1. November das Ministerium Pfuel zu entlassen und den Grafen Brandenburg mit der Neubildung zu beauftragen. Dagegen protestierte die Nationalversammlung in einer Adresse an den König, der jedoch die Deputation ohne Antwort entließ. Auf die bei dieser Gelegenheit von Jacoby geäußerten Worte: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!“ bezieht sich der von tiefer Entrüstung zeugende Artikel vom 7. November:[1] „Die sogenannte Ministerkrisis dauert fort, und ein Teil unserer Nationalversammlung unterhält sich einstweilen damit, die Unverschämtheiten des Abgeordneten Jacoby durch Adressen und Fackelzüge zu verherrlichen. Es ist wahr, wer die Frechheit und Unverschämtheit um ihrer selbst willen liebt, der muß den Heldenmut dieses beschnittenen Preußen bewundern. Der Graf Dohna will seinen Handschlag, die Krone will „seine Wahrheit“ nicht, doch dies hält ihn nicht ab, zum 5. Male zu fragen, eine Frage, auf die ihm nicht die Krone, sondern die „preußischen Rabbiner“ eine Antwort erteilen werden, die ihm die Lust verleiden dürfte, das Halbdutzend voll zu machen. Kaum ein verständiger Mann, gleichviel welche politische Farbe er trägt, den nicht die Beschimpfung seines Königs in seinem eigenen Hause, den nicht die allerdings sprichwörtliche jüdische Frechheit mit der tiefsten Entrüstung erfüllte. Jedes Ding hat seine Zeit, und die Zeit der Maulhelden ist vorbei. Die Krone hat sich auch bei dieser leidigen Audienz in ihrem strengsten Rechte bewegt, doch sind die Wortführer des souveränen Pöbels natürlich an die „konstitutionelle Etikette“ nicht gebunden; Jacoby will sprechen, und gleichviel ob mit oder ohne Minister, zum Wohle des Volkes zu lügen ist jedermann zu jeder Zeit erlaubt.“ —

Erst am 9. November stellten sich die neuen Minister vor, und gleichzeitig verlegte eine königliche Botschaft den Sitz der Nationalversammlung nach Brandenburg und vertagte dieselbe bis zum 27. November. Nur ungern hatte sich der König zu diesem Schritte entschlossen, und Bismarck nahm die Gelegenheit wahr, dieses unentschlossene Schwanken einmal energisch zu tadeln:[2] „Die schlechteste Verfassungsform ist eine Monarchie ohne König, und eine Regierung, die nicht regiert, ist das überflüssigste Ding von der Welt. Noch niemals ist

[1]) N. Pr. Z. 7. XI. 48. (Nr. 111, p. 795.) — [2]) N. Pr. Z. 9. XI. 48. (Nr. 113, p. 811.)

es dem Aufruhr und der Empörung gelungen, eine rechtmäßige Regierung zu stürzen, aber feiger Selbstmord hat schon manchen Thron abgetan. Wenn die Regierung selbst an ihrem Rechte zweifelt, wie soll ein anderer daran glauben? Und wenn die Krone im Staube liegt, wer soll sich vor ihr beugen? Die Leichen sind das Recht der Adler der Revolution, und wo die Menschen fehlen, stellen die Wölfe und Füchse sich ein. Und die Krone Preußens, hat sie abermals die Würfel in die Hand genommen, ohne den Wurf zu wagen, erschrickt sie jetzt vor ihrem eigenen Mut? Das Zögern ist nur gut, wenn man nichts zu verlieren hat, sonst gilt es festen Rat und schnelle Tat." —

Das neue Ministerium erwarb sich bald das Vertrauen der antirevolutionären Elemente des preußischen Volkes. Für diesen scheinbaren Umschwung in der Meinung des Volkes gibt Bismarck am 26. November 1848 die Erklärung:[1]) „Wer dem ersten Schrei des Entsetzens der radikalen Partei durch alle ihre Schattierungen und durch die ihres pinselhaften Anhanges hätte die Berechtigung zuschreiben wollen, es sei der Ausdruck des Volksurteils, der müßte doch nun eine völlige Verachtung vor unserem Volke fassen, daß es, eben noch den äußersten Widerwillen äußernd, nun schon überfließt von Dankbarkeit und Vertrauen. In der Tat aber sind es zwei ganz verschiedene Völker, welche hier nacheinander auftreten. — Zuerst jener geistig lächerliche Haufe, geführt von ein paar Dutzend ehrgeiziger Schurken, gefolgt von einem Schwarm in ihrer Armseligkeit und Feigheit links und rechts zappelnder Magistrate, ähnlich den Hanswursts-Figuren unserer Buchbinder; gefolgt von einem zweiten Haufen junger Leute, die in den Primanerphrasen, welche man ihnen einstudiert hat, um wie die Fettaugen auf einer dünnen Bouillon ihre gedankenarmen deutschen Aufsätze zu schmücken, noch selbst betrunken sind, und mit hochgehobenen Händen den Tag preisen, wo sie Größen wie Waldeck und Jacoby um die nächste Straßenecke biegen sehen; gefolgt von einem Haufen Industrieritter aller Art, von der mildesten, Eitelkeitskränze binderischsten Gattung bis zu eigentlichen Taschendieben und Wegelagerern herab — dies ist das erste Volk, was auftrat und unisono durch das ganze Land, in den Konferenzzimmern der Universitäten und Sitzungssälen der Behörden, wie in den Kneipen der kommunistischen Handwerksburschen den Refrain nachbrüllten des Liedes, was Ehren-Jacoby und Komp. auf der Reise durch die Lokalitäten der Hauptstadt vorgesungen. Wir sagen: „Gut gebrüllt, Löwe! — aber du bist unser Volk nicht!" . . . Nun kommt das preußische Volk selbst, „dies brave, bedächtige, gesetzliche Volk", und dankt dem Grafen Brandenburg, daß er es „von dem Schmutzgesindel gereinigt, was auf seiner Haut klebte . . . daß es endlich Taten sieht, Taten statt Programme, Taten statt wilder, das Verderben hereinvermittelnder Vermittlungen . . ., Taten und zwar preußische Taten mit dem Wahlspruch: Jedem das Seine, d. h. dem Esel die Peitsche und dem Hunde der Knüttel . . ." —

Die spöttischen Bemerkungen über die Spenersche Zeitung am 31. Januar 1849 sind angeregt durch einen Artikel in diesem Blatte:[2]) „Ist das konstitutionell? so fragt die Spenerin in ihrer 22. Nummer, nachdem sie über das echte Wesen des echtesten Konstitutionalismus unwiderstehlich gesalbadert hat. Wer sich irgend belehren will, wie man pedantisch und rokoko zugleich über dergleichen Themata schreiben muß, um völlig fruchtlos zu schreiben, der abonniere bei der politischen Gottschedin. Er tut's gewiß blindlings, wenn

[1]) N. Pr. Z. 26. XI. 48. (Nr. 128, p. 933.) — [2]) N. Pr. Z. 31. I. 49. (Nr. 25 Beil., p. 197.)

er erfährt, daß die Magisterin nichts Geringeres wünscht, als daß die Konservativen und die Radikalen, Royalisten und Republikaner, statt sich zu prügeln, miteinander smollieren, ja daß sie einander heiraten sollen, und daß die Frucht dieser Ehe zwischen den Parteien die Versöhnung sein müsse.

Freilich gesteht sie selber zu, daß ein Ehegatte in der Regel den Pantoffel usurpiert und die schöne Gleichheit des Brautstandes im Ehestand beizeiten ein Ende nähme.

Aber sie ringt die Hände und kann in aller Welt nicht begreifen, wie die beiden politischen Wahlparteien mit ihren Kandidaten einander so schroff und scharf gegenüberstehen können, ohne vor konstitutioneller Rührung zu heulen und einander in die Arme zu stürzen und einen gemeinschaftlichen, politischen Wahlpicknick zu stiften, wo jeder seine Menage mitbringt und in den allgemeinen Topf wirft." . . .

. . . Gegenüber diesen Vermittlungsversuchen betont Bismarck immer wieder den Gegensatz: „Wer Charakter hat, bleibt bei dem, was er für Recht erkannt hat, und wer das nicht tut, ist ein Lappe oder ein Schuft." . . . „Rechts oder links! weiß oder schwarz! ja oder nein! Freund oder Feind! das ist die Frage. Wer schwankt, ist ein halber Verräter. Ein halber Verräter ist schlimmer als ein ganzer Feind. Wer nicht für uns ist, der ist wider uns . . ." —

Am 5. Dezember 1848 war das Patent erschienen, welches die Kammern zur Revision der octroyierten Verfassung auf den 26. Februar 1849 zusammenrief. Das Resultat der Anfang Februar stattfindenden Wahlen reizte Bismarck zu einigen interessanten Bemerkungen:[1] „Das Resultat der Wahlen scheint sich günstiger zu gestalten, als wir erwarten durften, und für Berlin ist dasselbe ein überaus günstiges zu nennen. Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß die Urwahlen dort, wo sie „eine Wahrheit sind", niemandem dienen als der Revolution, und daß dieselben auf die Dauer jede Regierung unmöglich machen: es hätte dieser Beweis nicht glänzender geführt werden können, als durch die Namen der Berliner Deputierten. Waldeck Jacoby, Jacoby Waldeck, der wahrheitsdurstige Jude und der ungerechte Richter, Temme Rodbertus, der verbesserungssüchtige Königsfreund und der ehebrecherische Kultusminister, Berends Philipps, der selige Kandidat und der revidierte Bürgermeister; dies sind die Lieblinge des souveränen Volkes von Berlin, dies sind die Männer, mit denen die Haupt- und Residenzstadt ihrem Könige Schach geboten hat. Wir werden den Gegenzug nicht schuldig bleiben, doch Schmach und Schande über die Männer, welche aus der Lotterie der Urwahlen das große Los des Bürgerkrieges ziehen wollen . . ." Zum Schluß folgt eine Aufforderung an die Bevölkerung Berlins: „Die ihr euren König höher achtet als Juden und Judengenossen, Polen und Franzosen, gehet aus von dieser Gemeinschaft . . . Schweigen ist jetzt Verrat und auf eure Worte sollt ihr gerechtfertigt werden." —

Am folgenden Tage (9. Februar) lesen wir:[2] „Die Stadt der Intelligenz und die Stadt der reinen Vernunft, die beiden Hauptstädte des preußischen Staates, nähern sich immer mehr dem Ziele, in ihrer Art etwas Vollkommenes zu leisten. Will man das Ehrenbürgerrecht in Königsberg erwerben, so muß man Gott die Ehre und dem König die Steuern verweigern, will man die Königsstadt vertreten, so muß man ein Jude, ein recht frecher Jude sein und

---

[1]) N. Pr. Z. 8. II. 49. (Nr. 32, p. 249.) — [2]) N. Pr. Z. 9. II. 49. (Nr. 33, p. 257.)

die Kunst verstehen, zu allen Schurkereien zu lächeln. Das nennt man ganze Leute, die sind die Patrioten, die es hinausführen werden, das Wohl des Volkes und die Treue gegen den König „unzertrennlich mit einander zu verbinden“. Wie sie es bewirken wollen? Wir haben am 31. Oktober v. J. und folgende Tage eine kleine Probe gesehen, wir haben gesehen, wie diese Männer des Vertrauens die Lüge zu ihrem täglichen Brot und den Hochverrat zu ihrem Staatsgrundgesetz machten, wir haben gesehen, wie ihr Ehrgeiz unbegrenzt war und durch nichts gezügelt wurde als durch ihre Feigheit. Und doch hat sie die Dankbarkeit der Berliner Liebe behalten, und doch hat die „treue Stadt Königsberg“ ihnen Gelegenheit geben wollen, ihre Schande wieder abzuwaschen, vielleicht in Bürgerblut, vielleicht bei dem Schein brennender Häuser, aber, meine Herren, das ist ein garstiger Fleck, den alle Wasser und Wohlgerüche der Erde nicht vertilgen.“ —

Ein Wort zur Beherzigung bei den Wahlen für die erste Kammer ruft Bismarck den Wählern am 10. Februar zu:[1]) „Die Hauptkrankheit unserer Zeit ist das Vermittelungsfieber, die geistige Bleichsucht, welche die letzten Kräfte unseres Volkes zu verzehren droht. Nicht rechts, nicht links, denn links ist bedenklich und rechts ist gefährlich, und äußerst rechts oder links ist äußerst gefährlich. Ueberall die „goldene“ Mittelstraße, hier liegen die materiellen Interessen, hier liegt Friede und Ordnung, und wenn auch manchem das Herz brechen will, wir haben nichts zu wünschen als unser täglich Brot. Was Religion, was Vaterland, wir rufen Friede, großer Friede; ein Narr, der irgend ein Ding mehr liebt als sein Leben. Wir sind nicht gewohnt, den Radikalen zu schmeicheln, aber wahrlich die Raspails und die Hecker sind uns lieber als diese weißblütigen Seelen, die halb im Fleischtopf, halb im Geldsack leben und stets erschrecken, wenn sie einen eigenen Gedanken haben. Dies zur Beherzigung für die Wahlen zur ersten Kammer; wir stehen wiederum in der Gefahr, die „Kammer der Reaktion“ zu einem Amphibienteiche zu machen, in welchem die Radikalen mit und ohne Angel fischen werden.“[2])

Trotz des schlechten Ausfalls der Wahlen läßt aber Bismarck den Mut nicht sinken: Die Gegensätze müssen ausgefochten werden, es giebt kein Entweichen:[3]) „Die Fehler unserer Zeit sind auch die unsrigen, und nur die schlimmste Täuschung kann sich den Gegensätzen des Tages von Natur enthoben fühlen. Das arme Menschenherz, es schwankt jetzt ruhelos zwischen den beiden Polen „von Oben“ und „von Unten“. . . . Wie mancher, der den „tauben und stummen Gott“ nicht lieben kann, sehnt sich nach dem lebendigen und möchte los von der Tyrannei des vielköpfigen Souveräns, die Leib und Seele ihm gefangen nimmt, doch hält die Schmeichelei des Fleisches fest und leicht vergißt der Einzelne, daß er das Los des Ganzen teilen muß. Und doch gilt hier kein Schwanken, kein Halbieren, die Irrtümer, welche unsere Zeit verführen, sind kräftige, und unsre Liebe muß nach einer Seite. Ganz hinauf oder ganz hinunter, wer nicht wächst, nimmt ab, wer nicht die Wahrheit liebt, der wird die Lüge lieben, wenn ihm auch heute noch vor diesen Konsequenzen graut. Noch niemals hat ein offenes Auge die Zukunft als ein so dunkles Bild geschaut, und nur ein Feigling und ein Narr kann sich und andere überreden wollen, daß es gelingen dürfte, den Gegensätzen zu entschlüpfen. Hier ist nicht Hoffnung, hier spricht die verzweiflungsvolle Furcht, die hinter dem Zusammenstoß der

---

[1]) N. Pr. Z. 10. II. 49. (Nr. 34, p. 265.) — [2]) Vgl. Briefe an Braut und Gattin p. 163. — [3]) N. Pr. Z. 13. II. 49. (Nr. 36, p. 281.)

Gegensätze nur Blut und Trümmer sieht . . . Wir glauben die Gegensätze zu verstehen und fürchten uns deshalb nicht vor der Entscheidung."—

Auch am 15. Februar wendet sich Bismarck wieder gegen die Verwischung der Gegensätze:[1] „Es fehlt leider noch immer an dem bewußten Gegensatz. Der Fatalismus der richtigen Mitte kann sich nicht zum Bruch entschließen, die wütenden Gemäßigten sind noch zu aufgeregt, um guten Rat zu hören, und wie es scheint, wird es noch schwerer Kämpfe und bitterer Erfahrungen bedürfen, bevor das jetzige Geschlecht das „vielleicht" und „vielleicht nicht" des rechten und des linken Zentrums zu einem klaren festen ja und nein entwickelt hat". Indes liefern die Wahlen zur 1. Kammer doch schon „den Nachweis, welche Schichten der Bevölkerung es sind, unter denen die Koryphäen der Linken ihre Sympathien haben, . . . es ist der Pöbel in Frack und Bluse, der eidbrüchige Assessor und Geheimrat, der Teil des Bauernstandes, der lüstern ist nach fremdem Gut, der Handwerker und Fabrikarbeiter, der seine Trägheit und Ueppigkeit als Sünden der Reichen darzustellen sucht: Dies ganze Heer hat „seinen Waldeck" lieb und preist die freche Unverschämtheit des neuen jüdischen Propheten. . . ." —

Und am 17. Februar lesen wir:[2] „Die Politik der Radikalen geht jetzt dahin, die Gegensätze der Parteien zu verwischen, und nicht unwahrscheinlich, daß der „wilde Jäger" noch einmal seine Jagdgesellen als „Mantelkinder" einzuschmuggeln sucht. Je gesinnungsloser, desto höher über den Parteien, je feiger, desto liebevoller, je falscher, desto diplomatischer: Der zeitgemäße Affe wird wieder eine Rolle spielen, und unser Motto bleibt der alte Wahlspruch der Burokratie: „Tue nichts und scheue jedermann." Die erste Kammer hat viele ehrenwerte Namen, doch auch ein Invalidenkorps von abgenutzten, märzerrungenen Ministern, das nur noch eines tapferen Generals bedarf, um auf dem Rückzug bis zum Wiener Thee nicht wieder fehl zu gehen. Hier ist das Zentrum, der Sumpf, aus dem die „obligate" Stimme ruft: „Ich will und muß Minister werden", und wehe uns, wenn wir in dieser Stimme nicht den Hahnenruf vernehmen. Die Männer, auf denen die Oktoberschande ruht, sind schwerlich die geeigneten Ausleger des Novembersieges, sie haben vermittelt und werden vermitteln: Die Ehre mit der Schande, die Krone mit dem Hochverrat, bis Recht und Unrecht, Treue und Verrat zu einem Brei geknetet sind, dem Herr v. Unruh präsidiert. Hier liegt die wirkliche Gefahr, die Gefahr, die uns schon einmal bis zum Untergehen nahe trat. Darum, ihr „Schiffer", habt Acht, die Lotsen und die Steuerleute wird man euch verdächtigen, nicht alles was sich dreht ist ein Magnet, und eine Wetterfahne, die nach den Radikalen in der zweiten Kammer zeigt, das ist ein hochverräterischer Schurke." —

Das Ministerium Brandenburg hatte sich, wie wir sahen, vielfach Dank und Anerkennung erworben; je mehr sich jedoch seine Stellung befestigte, desto gebieterischer verlangten die Gegner den Rücktritt des „reaktionären Ministerii":[3] „Was Manteuffel, was Brandenburg, jetzt giebt es andere Leute, nicht ungeübt als Telegraphen und sehr umgänglich, in schön geschmückten und möblierten Zimmern den Titel Excellenz mit Würde anzunehmen. In jenem „unglückseligen" November freilich, damals als es galt, die Köpfe einzusetzen, da blieben die „volkstümlichen" Männer gern „ungeköpfte" Leute, da brauchte man Minister

[1]) N. Pr. Z. 15. II. 49. (Nr. 38, p. 297.) — [2]) N. Pr. Z. 17. II. 49. (Nr. 40, p. 313.) — [3]) N. Pr. Z. 20. II. 49. (Nr. 42, p. 329.)

aus der „alten Schule“, jetzt aber ist es so süß und leicht, das Vaterland zu retten, man braucht dazu nur einen kleinen Mut und einen großen Mund. Der Dank der „roten Reaktion“, die Treue des „servilen Volkes“ hat folgerecht die Eifersucht gesteigert, der Argwohn ist geblieben, und jedenfalls ist es unmöglich, daß auf einem Stuhle zwei sitzen. Darum herunter und herauf. Herunter mit den Ehrenmännern, die ihre Treue zu ihrem königlichen Herrn . . . mit Herz und Hand bewährt . . . Herunter sagen wir, und das Herauf, wem könnte es anders gelten, als jenen feinen „Schnittern“, die da gern ernten, wo sie nicht gesäet, den populären Priestern des souveränen Volkes, die ihr wahrheitsschachernder Kollege recht hinterlistig um die Erfindung des passiven Widerstandes betrogen. Sie alle warten jetzt mit offenen Händen, und wenn auch schon mancher auf Abschlag eine Kleinigkeit erhalten, das Vaterland muß dankbar sein; wir dürfen nicht vergessen, daß es nur an jenen Männern lag „die Schale des Unglücks vollends über Deutschland auszugießen“. Daß sie es nicht gethan, wir wissen wohl warum und werden es nie vergessen, doch möchten wir sie nicht noch einmal in dieselbe Lage bringen. Wir haben auch nicht alle Taten der jetzigen Minister gut geheißen, doch sind sie durch das Mißtrauen des bekannten hochverräterischen Klubs zu gut empfohlen, und unerkenntlich sind wir nicht.“ —

Die Eröffnung der Kammern am 26. Februar benutzte Bismarck, um seine Parteigenossen zu dem bevorstehenden Kampfe zu ermutigen:[1] „Die Büchse der Pandora ist wieder geöffnet, und nur ein auserwähltes Häuflein weiß, was in der äußersten Spitze verborgen ist. Leise wird man mit dem Schütteln beginnen, behutsam werden die Gaben an das Licht gebracht, aber der Sturm ist bestellt, und freiwillig wird man uns nichts vorenthalten . . . Jetzt heißt es mutig heraus — heraus mit der ganzen Wahrheit, mag das Schwert des Geistes auch zweischneidig sein, halbe Freunde sind uns eine Last, und nicht ein Waffenstillstand mit ja und nein, nein, nur ein Sieg kann unsern Kampf entscheiden. Ein offener Feind, ein guter Feind, die Heuchler und die falschen Brüder, die sind der Schwamm, der unseres Landes Mark verzehrt, und keine Salbe wird sie mehr vertreiben.“ —

Die preußische Nationalversammlung hatte in der „Charte Waldeck“ zur großen Erbitterung des Königs das „von Gottes Gnaden“ gestrichen. Bismarck nahm daher die Gelegenheit wahr. die zur Revision der Verfassung berufenen Kammern vor einem ähnlichen Schritt zu warnen:[2] „Keine französische Vogelscheuche, nein ein König von Gottes Gnaden, angetan mit dem Scepter der Macht, dem Schwert der Gerechtigkeit, dem Mantel der Gnade; — ein König, gerüstet mit dem Bewußtsein seiner ihm von oben her verliehenen Vollmacht und den Attributen seiner hochbevorrechteten Stellung; ein König, stehend auf dem unverwüstlichen, granitnen Unterbau ewiger, in göttlichem Rechte und heiliger, ursprünglicher Weltordnung wurzelnder Berechtigung . . .; ein solcher König, den der Schaum demagogischer Wogen nicht zu erreichen, dessen Krone der aufgewirbelte Staub demokratischer Maulwürfe nicht zu verdunkeln vermag, solchen König wollen wir, solchen König will Preußenland . . .; solchen König muß uns die Verfassung vom 5. Dezember bewahren und wo er noch fehlte schaffen! Solches Werk ist euch befohlen, ihr erwählten Vertreter der Rechte, der Krone und des Volkes; sehet zu, daß ihr eures Berufes wartet.“ —

---

[1]) N. Pr Z. 27. II. 49. (Nr. 48, p. 377.) — [2]) N. Pr Z. 1. III. 49. (Nr. 50, p. 395) vgl. Polit. Reden I, 78. Gedanken und Erinnerungen I, 58.

Seine extrem konservative Gesinnung und seinen Abscheu gegen die Neuerungssucht beweist Bismarck in dem Artikel vom 3. März 1849:[1] „Wie das Haupt, so die Glieder, und wo die Obrigkeit das Recht nicht ehrt, da wird der Untertan es bald mit Füßen treten. Wer hieran zweifelt, frage die Geschichte diesseits und jenseits des Kanals und auch die eigene des letzten Jahres. Die Jugendliebe eines Volkes, Gesetz und Institutionen, die seinen Ursprung schützten, mit denen es groß geworden und in dem jetzigen Geschlechte aufgewachsen ist, die hält es hoch und läßt es schwer, mag auch ein andrer andres schöner finden. Doch wo das Recht nur eine Eintagsfliege, die über Nacht geboren, am dritten Morgen schon im Sterben liegt, wo die Regierung stets nach Neuerungen hascht und, statt die eigene Schwäche anzuklagen, das „alte, abgelebte“ Recht durch „junge, kräftige“ Gesetze stärkt, da wird die Treue durch den steten Wechsel und mit der Form der Inhalt zweifelhaft . . . Reorganisation, das ist das Kriegsgeschrei, mit dem man hinterrücks die eigene Geschichte tötet, das ist der vielbeliebte Schleier, unter dem die Revolution von oben eingeschmuggelt wird. Das ist der Name, unter dem die Radikalen ihre Kinder von den Fürsten adoptieren lassen: Die Lehrer auf der hohen Schule zu Gaëta und St. Stephano wollen dies aus eigener Erfahrung wissen. Sie haben auch reorganisiert, und dennoch hat es ihnen nicht gelingen wollen, den Genius des Volkes völlig zu verstehen. Es ist so süß, sich als Reformer zu preisen, und die Selbsttäuschung überredet sich so leicht, daß das Passivum nicht bis an die Fürsten reicht.“ —

Anfang März konstituierten sich die Kammern und konnten an ihre Aufgabe herantreten:[2] „Der parlamentarische Kampf hat wiederum begonnen, und mit ängstlicher Sorgfalt zählt man die Stimmen, um zu erraten, wohin der Sieg sich wenden wird. Der Sieg! Fürwahr ein schönes Wort, doch niemand wird gekrönt, er habe denn den rechten Kampf gekämpft. Wenn Hochverräter uns Versöhnung predigen, dann ist das Schweigen nur ein kleiner Sieg, wenn feige Revolutionäre uns vor Extremen warnen, dann ist der Rückzug nach dem Mittelpunkt nichts als die Flucht durch einen Sumpf, in welchem Manneskraft und Treue untergehen . . . Frieden wird man nur nach Römersitte schließen. Jetzt herrscht die Unparteilichkeit, die Industrie umarmt die rote Republik, der Fuchs und Hase spielen ein idyllisches Spiel, und als zwei feindliche Gewalten kämpfen mit einander, die im November gleiche Brüder waren . . .“ —

Der 13. März 1849 rief Bismarck die Märztage des Vorjahres ins Gedächtnis zurück:[3] Wir treten wieder in die Woche ein, in welcher jetzt vor einem Jahre das hochverräterische Spiel begann, das Preußens Thron zum Wanken und Preußens Volk dem Untergange nahe brachte. Mit „treuergebenen“ Bitten angefangen, mit blutigem Hochverrat geschlossen, steht jene Woche noch immer wie eine dunkle Wolke an Preußens Horizont, gewitterschwer, und alle Zeichen müßten trügen, oder wir haben noch andere als die bisherigen kalten Schläge zu erwarten. Ob das Wetter sich in dem gesinnungstüchtigen Berlin entladen wird, wir zweifeln noch, der „gute Bürger“ hat seine Galle bei den Wahlen ziemlich ausgeleert, und jede Kugel macht ein Loch. Der köstliche Gedanke, wo ihnen der feige Jude die wilde Tapferkeit gezähmt, hat längst das Bürgerrecht gewonnen, es ist so ehrenvoll und doch so ungefährlich, ein ungeladenes Gewehr mit innerem Widerstreben auszuliefern. Der ernste Kampf,

[1] N. Pr. Z. 3. III 49. (Nr. 52, p. 411.) — [2] N. Pr. Z. 7. III. 49. (Nr. 55, p. 435.) — [3] N. Pr. Z. 13. III. 49. (Nr. 60, p. 479.)

das Beste und Ehrenvollste einer Revolution — wenn ein Verbrechen dieses Wort gestattet — ist nicht die Sache derer, die mit dem Löwen nur den großen Mund und etwa den starken Appetit gemeinsam haben. Vielleicht, daß dieser Appetit der Feier der glorreichen Revolution die Richtung gibt, wir haben den Franzosen ja alles nachgemacht, und ein schlechter einiger Deutscher, der seine Taten nicht betrinkt. Zwar ist die Zeit jetzt nicht besonders günstig, allein man wird sich schon zu helfen wissen, — es müßte denn der alte Herr im Schlosse einen schweren Streich machen.“ —

Diese Feier der Revolution nach französischem Muster trat wirklich ein, und am 17. März schleuderte Bismarck gegen sie sein Verdammungsurteil:[1] „Jede Revolution ist ein Verbrechen, die siegreiche wie die mißlungene, und wehe den Heuchlern, die den besiegten Revolutionär zu Ketten und Kerker verdammen, den siegreichen aber mit Ehren und Lorbeer bekränzen! Zweimal wehe aber dem Volk, das seine Revolution festlich begeht; sündigen ist menschlich, aber seine Ehre in der Sünde suchen und sein Verbrechen feiern, ist teuflisch . . . Revolutionen können in Gottes Hand den Völkern zum Segen gereichen, aber die Feier der Revolution muß die Völker unabweislich zur Verblendung und Verstockung führen . . . England ist auch befleckt mit dem Blute der Revolution, aber es hat sich ihrer geschämt, es hat sie gebüßt und darum gute Früchte geerntet; Frankreich hat sich seiner Revolution gefreut, es hat auch jetzt noch nicht gewagt, den Aufruhr zu verdammen, und darum ist es um Schwertes Schärfe an einen Abgrund hingedrängt, der alles, auch die Jubilare, zu verschlingen droht. Vielleicht, daß Frankreichs letzter Bußgesang bald aus den Kirchen auf die Straße tritt, vielleicht, daß Preußens Volk von seinen beiden Nachbarn lernt. Ein Volk, das seinen Richterstuhl auf Barrikaden setzt und sein Gesetzbuch mit Pflastersteinen schreibt, ist nach unserer „Weltanschauung“ nichts als eine große Räuberbande und wird dem Schicksal einer solchen nicht entgehen.“ —

Der 18. März 1849 war gewiß der gegebene Tag zu einem Angriff auf die Revolution:[2] „Der achtzehnte März, dies Datum ist allein ein leitender Artikel, voll Inhalts, wie ihn nur der Finger Gottes schreiben kann. Vor ihm sollen sich bücken alle Höhen, und alle Zungen, auch die der Fürsten, bekennen, daß er allein der Herr ist. Er hat geschmolzen, und es waren viel Schlacken, er hat gewaschen und es war viel Schmutz. Wer wird uns läutern und reinigen? Unsere „Wäscher“ vom verflossenen Jahr haben uns nur mehr beschmutzt, unsere Schmiede haben nur das Feuer angefacht, und es war niemand da, welcher den Hammer zu schwingen verstand. Umstürzen und niederreißen,[3] das ist die Baukunst des jetzigen Geschlechts; teils mit Bewußtsein, teils in dunklem Gefühl sucht man den Eckstein, um ihn zu zertrümmern; denn ihm allein, nicht dem ganzen Gebäude ist der Untergang geschworen. Sie wollen wiederbauen auf einem anderen Grunde, die armen Toren, und wissen nicht, daß nur der Eckstein bleibt und alles andere schwindet. Was man bisher gebaut, ist Menschenwerk; den Eckstein aber, den hat Gott gelegt, und nicht die fata morgana der Radikalen, nein, das Gebäude, was schon Moses schaute, wird aus den Trümmern aufgerichtet werden.“ —

---

[1]) N. Pr. Z. 17. III. 49. (Nr. 64, p. 511) vgl. Pol. Reden I, 77. — [2]) N. Pr. Z. 18. III. 49. (Nr. 65, p. 519.) — [3]) Vgl. [illegible] und Erinnerungen I, 58.

In der 7. Sitzung der 2. Kammer am 8. März 1849 hatte Waldeck den Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin[1]) gestellt, und am 12. März war man in die Beratungen über diesen Gegenstand eingetreten. Ein Artikel, datiert „-÷- Brandenburg, den 14. März" kommt hierauf noch am 18. zurück:[2]) „In der vorjährigen Nationalversammlung seligen Andenkens spekulierten die Redner der Linken auf die Impotenz der Rechten, auf die tobende Bande vor dem Schauspielhause, auf die mit ihnen fraternisierende Bürgerwehr Berlins; heut scheinen die Herren auf das Mitleiden der Nation zu spekulieren, oder sie müßten denn die gegenwärtige Gironde, wie es fast den Anschein hat, wieder für einen so mutigen Gegner halten, daß es nur einer geringen Kraftanstrengung bedürfe, ihn über den Haufen zu rennen. Wir meinen hiermit nicht die vereinzelten schnöden Bemerkungen, die der würdige Berg bis jetzt hat vom Stapel laufen lassen, nicht die auf Schrauben gestellte, wohlstilisierte Rede Kirchmanns, in der uns jeder Satz die Ueberzeugung brachte, daß der Redner selbst an dem Ungrunde seiner Sache nicht zweifelte, wir meinen auch nicht die Jungfernrede Zieglers, denn wir erinnern uns mit Wohlgefallen und Dankbarkeit des bauchherschütternden Gelächters, das sie uns erregt hat, wir haben heut die Waldecksche Rede vor Augen, die er über und gegen den Belagerungszustand Berlins zum besten gegeben hat." Bismarck erklärt sodann, er habe von einem Führer der Linken etwas Besseres erwartet. „Denn wenn auch die Spenersche Zeitung an dieser Rede wie trächtige Schafe am Steinsalz mit Wohlgefallen herumleckt, so wird Herr Waldeck dies wohl nicht für ein günstiges Testimonium ansehen können, wenn wir ihm auch noch so viel Eitelkeit zutrauen wollten ... Demosthenes würde sich viel lieber zu der berühmten Kanonenrede bekennen, als zu einem solchen Ragout von Verdrehungen sich zu Gaste zu bitten, wie es Herr Waldeck der zweiten Kammer aufgetischt hat ... Eine rührende Vertretung Berlins! Aber womit der Mensch sündigt, damit wird er gestraft. Und nun überkleistert Herr Temme und Genossen ihren Freund Waldeck für diese „ausgezeichnete" Rede mit allerhand Elogen, und Herr Waldeck akzeptiert wohlgefällig den süperben Vergleich mit Danton und Konsorten. Ein kleines Gesellschaftchen, aber recht honett! ..." —

Ueber die Gesetzmacherei spottet Bismarck in köstlicher Weise am 22. März:[3]) „Der Baum der Errungenschaften wird wieder geschüttelt, ein Gesetz nach dem andern fällt herab, und Kiskers Geist streicht wie ein Herbstwind durch die welken Blätter. Die alten Gesetze sind nicht schlecht, die neuen Gesetze sind nicht gut, aber sie sind neu, und alles muß neu werden, ausgenommen die Herren Gesetz-Fabrikanten. Es ist das Unglück der Völker, daß sie sich so gern belügen lassen, und es ist der Ruhm des Juden der Juden, daß er dies so meisterlich versteht. Man glaubt seine Kleider abzulegen und wird geschunden, man jauchzt über den Fortschritt und wird nicht gewahr, wie die Nachbarn über den Harlekin lachen. Französische Mode, direkt aus Paris, und je frischer, desto besser. Preußen soll bleiben, aber das Preußische muß fort; Deutschland soll wachsen, aber auf Pariser Mist. Der Wahrheitsfreund lügt, der Ehrenmann lügt, es liegt eine Luft der Lüge auf Berlin, und diese Luft scheint epidemisch zu sein, daß selbst unsere Aerzte schon zu kränkeln beginnen. Wir wüßten wohl ein Präservativ, und zwar nach dem allerneuesten Muster

[1]) Verhandlungen der 2. Kammer, p. 80, 106 ff. — [2]) N. Pr. Z. 18. III. 49. (Nr. 65 Beil., p. 524.) — [3]) N. Pr. Z. 22. III. 49. (Nr. 68, p. 543) vgl. Polit. Reden I, 160 f.

aus Paris, doch würde es die bürgerliche Freiheit etwas beeinträchtigen, und die Klugheit unserer Väter versteht es vortrefflich, aus allen Ländern nur das Schlechte zu sammeln.“ —

Den Antrag der zweiten Kammer vom 22. März 1849 auf eine allgemeine Amnestie für alle seit dem 18. März 1848 begangenen politischen Verbrechen[1]) beantwortet Bismarck mit folgenden Ausführungen:[2]) „Die zweite Kammer hat wieder die große Liebe gehabt, um einen General-Pardon für alle politischen Verbrecher zu bitten, und es läßt sich in der Tat nicht leugnen, daß eine große Zahl ihrer Mitglieder ein recht nahes Interesse zur Sache hat. Versöhnung! Versöhnung! Es ist ja aus dem Totschlagen und dem Häuser-Anstecken nichts geworden, das Steuerverweigern war ein dummer Spaß und der passive Widerstand doch wirklich eine harte Strafe. Wozu also soviel Aufhebens um die unschuldige politische Schwärmerei vom November, geschehene Dinge muß man mit dem Mantel der Liebe bedecken, und vielleicht haben die Herren das nächste Mal mehr Glück. Dies Räsonnement ist so einleuchtend, daß es selbst einen Justizminister überzeugen könnte; ja, was noch mehr ist, es dürfte als ein Eingriff in die unveräußerlichen Menschenrechte und das Prinzip der freien Association erscheinen, auf eine bewaffnete Räuberbande anders als moralisch einzuwirken. Denn warum, fragen wir, einen Dieb bestrafen für den kleinen politischen Irrtum, daß er Herrn Proudhon für einen Doktor juris hielt, warum einen Mörder verurteilen, da er ja nichts tat, als den Völkerfrühling im kleinen octroyieren! Wir verlangen Gleichheit vor dem Gesetz: es gibt nur eine Strafe und diese Strafe führt den Namen Amnestie. Glückliche Zeiten, wenn die zweite preußische Kammer wie jetzt für Aufrührer und Hochverräter, so auch ein Asyl für Diebe und Mörder ist. Niemand hat jemals sein eigenes Fleisch gehasset, und Waldeck ist ein „musterhafter“ Mann . . . Wie sie so schön und milde sind, diese bluttriefenden Prediger der Barmherzigkeit, wie die „blutigrotereine“ den Engel des Friedens beschattet: „Wir färben echt, wir färben gut“, doch meint Herr d'Ester nur beim Aderlassen. Was wird das Ministerium tun? . . . Wir halten das Begnadigungsrecht auch für das höchste Recht der Krone, doch nicht um die Gerechtigkeit aufzuheben, sondern zu erfüllen: für hartnäckige Empörer gibt es nirgends Gnade.“ —

Als in der Sitzung der zweiten Kammer am 23. März 1849 der Abgeordnete Kinkel den Ruhm des preußischen Heeres zumal im dänischen Kriege anzutasten wagte,[3]) antwortete ihm v. Vincke in scharfen Worten. Ueber diese Zurechtweisung frohlockt Bismarck in dem Artikel vom 25. März 1849:[4]) „Endlich ist das Wort gesprochen, auf welches wir lange gehofft, und wir danken dem Herrn v. Vincke und dem Herrn Kinkel, das dies nach beiden Seiten hin in so verständlicher Weise geschehen ist. Wir hatten nie geglaubt, daß die Schlange den liebt, der ihr den Kopf zertritt, aber wir hatten die Herren Aufrührer und Steuerverweigerer für politisch klüger gehalten. Also vergeblich das Tichten und Trachten, vergeblich das Schmeicheln und Heucheln, das preußische Heer hält die deutsche Treue, und doch hätte Herr Kinkel so gern die punische gehabt . . . Das „andere Heer“, über welches die Herren „Pöbel-Offiziere“ von der Linken disponieren, das Heer mit dem kleinen Gewissen und dem großen Durst, wir beneiden sie nicht um diese Treue, und ihre großen Taten

[1]) Verhandlungen der 2. Kammer, p. 217 ff. — [2]) N. Pr. Z. 24. III. 49. (Nr. 70, p. 559) vgl. Pol. Reden I, 71, 73, 76, 77 ꝛc. — [3]) Verhandlungen der 2. Kammer, p. 244 ff. — [4]) N. Pr. Z. 25. III. 49. (Nr. 71, p. 567.)

fürchten wir nur wenig. Bis heute hat Preußen nur ein Proletariat: vornehme „gespreizte Schurken", die an Ehre und Gewissen Schiffbruch gelitten, feige Wichte, die auf den Schweiß und das Blut der Armen spekulieren, um ihrer Rache und ihrem Ehrgeiz zu fröhnen, schmutzige Diäten=Rentiers, die den „Freiheitsdurst des Volkes" mit ihrem eigenen Hunger verwechseln, aber „die Hunde, die so laut bellen, sie beißen nicht", — man müßte sich denn vor ihnen fürchten . . . Die Wahrheit ist bitter, besonders wenn man sie einem Volksvertreter in das Angesicht sagt. Steuerverweigerung und Treubruch, Treubruch und Meineid, Meineid und Hochverrat; wer möchte auf dieser Leiter in die Höhe steigen? Die schwindelnde Höhe mag eine schöne Aussicht gewähren, aber der hohe Berg, von welchem man die Reiche der Welt überschaut, hat nur einen Weg und einen Führer". —

Die legale Revolution von oben, die Verdrehung der Obrigkeit von Gottes Gnaden in die von Volkes Gnaden erscheint Bismarck gefährlicher als die Revolution hinter Barrikaden:[1] „Die Revolution scheint in diesem Frühjahr schlechte Geschäfte zu machen; ihr erstes Debut war zu gut gelungen, und sie hat deshalb über Vermögen spekuliert. Soweit bis jetzt das Auge reicht, eine große Niederlage, nur in der Mitte noch ein Feuerchen, um welches in stillem Schmerze einige politische Alchimisten sitzen und ihren alten Phönix braten. Es ist ein Glück für uns, daß die „großen Männer der Bewegung" ihre politische Einsicht mit ihrem Gewissen balancieren, sie können nicht begreifen, worin die Kraft der Lüge liegt, und sie werden es durch die Erfahrung lernen, daß das nackte Unrecht niemandem schadet, als dem, der es begeht. Um die Revolution zu fördern, muß man es verstehen, sie mit dem weißen Mantel der Legalität zu bekleiden, und um die Lüge prinzipiell und kräftig zu handhaben, muß man die Wahrheit kennen und hassen. Wir fürchten deshalb nicht die grünen Jungen, mag ihr Mund noch so groß sein, ihr Kopf und Mut sind desto kleiner; wir fürchten nicht die alten Schwelger, die das ganze Weltgebäude um die Achse ihres Unterleibes bewegen; wir fürchten nicht die ehrgeizigen Schurken, die ihre Seligkeit darum verkaufen, einen Monat Minister zu sein. Was wir aber fürchten, das ist die legale Revolution von oben, das ist die Verdrehung der Obrigkeit von Gottes Gnaden in die von Volkes Gnaden, das ist die Lüge, daß Recht und Gesetz identisch sei, das ist die neue Religion, die das im Fleisch verheißt, was nur das Christentum im Geist erfüllen kann. Hier ist der wahre Feind, nicht hinter Barrikaden". —

Die erregte Debatte in der zweiten Kammer am 26. April 1849[2]) findet einen Nachhall in dem Artikel des folgenden Tages:[3]) „Der Belagerungszustand Berlins muß aufgehoben werden! So schreit die radikale Partei jetzt in der zweiten Kammer, und wer sollte die Gründe des Schreiens nicht verstehen?! die Zeit ist danach angetan, daß solche Hemmschuhe manchen Leuten besonders drückend sind, und die zweite, verschlimmerte Auflage des Schauspiels von Stuttgart läßt sich nicht so leicht aufführen, wenn die „eiserne Diktatur" regiert. Wir wissen nicht, was die Kammer beschließen wird. Wie klar die Minister auch gesprochen haben, die Majorität wird Ihnen vielleicht doch nicht beitreten, sondern des „Prometheus" Entfesselung dekretieren. Das Geschlecht der Titanen wird es dann nicht fehlen lassen, alle Berge zu bewegen und in seinen Sturmpetitionen sich zu erheben. Jetzt tut es not, nicht wanken und nicht weichen, denn die

[1]) N. Pr. Z. 29. III. 49. (Nr. 74. p. 591.) — [2]) Verhandlungen der 2. Kammer, p. 647 ff. — [3]) N. Pr. Z. 27. IV. 49. (Nr. 97, p. 771.)

Füße des Kolosses sind von Ton, und dem Mut allein gehört die Gegenwart und die Zukunft. Wer Kontrakte schließt mit der Empörung, dessen Habe wird sie verschlingen: Aber vor dem klaren Sonnenstrahl weichen die Nebel". —

Das Verhalten der Kammern, namentlich in der Frage des Belagerungszustandes veranlaßte die Regierung am 27. April 1849, die 1. Kammer zu vertagen, die 2. aufzulösen:[1] „Die zweite Kammer ist aufgelöst und die erste vertagt. Wir zweifelten schon gestern nicht, daß die Kammer die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangen würde. Die Partei Waldeck wollte ein stolzes Spiel spielen: Darum schleuderte sie ihre Blitze alle gegen „die eherne Stirn der Minister". Der Schlag war kalt, und doch hat er gezündet; aber es ist ein Feuer, das die Schleuderer zu verzehren droht . . . Eine Politik kann jetzt nur geführt werden, die Politik der klaren Energie, der wandellosen Kühnheit . . . Darum vorwärts auf dieser Bahn trotz des Geschreis aller wütenden Satelliten der Revolution! Preußens Adler hat noch seine starken, stolzen Schwingen und — suum cuique!" —

Der Kampf zwischen Königtum und Demokratie bildet den Inhalt der beiden Artikel vom 20. und 24. Mai:[2] „Die Demokratie hat zum zweiten Male das Unglück gehabt, über Bitten erhört zu werden. Schon im März des verflossenen Jahres waren die Führer der Bewegung überrascht, die ganze Summe ihrer lithographierten Volkswünsche auf einem Brett vorausgezahlt zu erhalten. Sie hatten die Fürsten nicht für so volksfreundlich und solvent gehalten. Jetzt ist es das eigentliche Volk, welches mehr leistet, als man augenblicklich von ihm verlangt. Es ist so unvorsichtig gewesen, mit dem Ende zu beginnen, und die Morgenröte der Freiheit, welche dem guten Bürger in der Tasche aufgegangen ist, hat diesen auf eine sonderbare Weise begeistert. Nichts mehr von Republik, die so wenig Respekt vor harten Talern hat, nichts mehr von Volksbewaffnung, da der Hungrige stets der Dreisteste ist. Ruhe und Ordnung ist das gelobte Land, und die Sehnsucht nach diesem Paradiese hat sogar die Bürger von Karlsruhe vermocht, sich gegen die Retraite der neuen badischen Militär-Organisation zu schlagen. Brentano sucht ängstlich seinen geflüchteten Fürsten, nicht weil er ihn liebt, wie Herr v. Vincke, nein, weil er sich nicht mehr getraut, die republikanische Brühe ohne fürstlichen Beigeschmack sicher an den Mann zu bringen. Jedes Mitglied der provisorischen Regierung ist jetzt selbst ein kleiner Fürst, und der Grundsatz der Revolution ist stets: Der Oberste muß hängen. Wer den Reigen eröffnen und schließen wird? Wir haben unter den Herren keine persönliche Bekanntschaft, doch wird die Volksjustiz sich nicht vergreifen, und schade wäre es um jede voreilige Intervention." —

Und am 24. Mai heißt es:[3] „Das Königtum wird siegen, noch einmal wird den bestehenden Gewalten Frist gegeben, sich zu erinnern, wovon sie gefallen sind . . . Noch ein solcher Sieg wie im Dezember, und wir sind verloren. Sind wir denn so arm an eigenen Gedanken, daß wir nichts vermögen als die hinterlassenen Werke unserer Gegner zu kopieren? . . . Die „Lehren vom Kalvarienberge", welche das heutige Geschlecht zur Demokratie verzerrt, sie und nichts anderes sind die Kraft der Demokratie, und vergeblich ist unsre Hoffnung auf den Sieg, wenn wir uns nicht ermannen, unsren Feinden ihre schärfsten Waffen zu entreißen . . . Neben der echten Münze würde das Flittergold und Papiergeld bald verschwinden, doch wehe uns, wenn wir nichts

[1]) N. Pr. Z. 28. IV. 49. (Nr. 98. p. 779.) — [2]) N. Pr. Z. 20. V. 49. (Nr. 115, p. 921.) — [3]) N. Pr. Z. 24. V. 49. (Nr. 118, p. 947.)



als das Gepräge ändern wollen: Das Bild und die Ueberschrift sind echt, nur das Metall und der Vertrieb sind vom Uebel." —

Am 13. Juni ist es wiederum die Vermittlungssucht, welche Bismarck tadelt:[1] „Zu den vielen revolutionären Axiomen, die weder neu noch geistreich, und vielleicht eben um deswillen bei manchem unserer Staatsmänner so wohlgelitten sind, gehört auch der Pilatus-Satz, daß die Wahrheit der Wahrheit stets und überall durch den individuellen „Standpunkt" bedingt würde. — Ist man generell ein Lügner, so darf man ohne erhebliche Vorwürfe auch im Detail lügen, und ist man grundsätzlich ein Hochverräter oder ein Mörder, so wird man einen solchen Sonderling immerhin mit der seinem Charakter gebührenden Hochachtung behandeln müssen. So unsere vermittlungssüchtigen Staatsweisen; wir aber sagen Pfui über sie, daß sie selbst die Lüge lügen . . . Es gibt eine untrügliche Probe: Wer das Kind teilen läßt, ist nicht die rechte Mutter, und wer die Wahrheit nicht ganz will, der liebt die Lüge, mag er sich dessen auch jetzt noch schämen. Die beiden „Standpunkte", welche eine unvolkstümliche Moral gut und böse, Recht und Unrecht nennt, sie sind durch eine tiefe Kluft getrennt, und wer diese Kluft nicht kennt, der steht noch links, und hätte er in allen deutschen Parlamenten auf der äußersten Rechten gesessen. Wem es paßt, dem gilt es, und wer es nicht beherzigen will, der schmeichle sich nicht, ein Held in Israel zu sein." —

Eine köstliche Satire auf den Liberalismus bringt der 4. Juli 1849:[2] „Es ist eine alte Kriegslist der sogenannten Liberalen, jedermann, der sich nicht mit auf ihre Schaukel setzen will, als staats- und freiheitsgefährlich auszurufen, und es ist ihnen durch List eine Zeitlang gelungen, ihre großen Kinder mit den beiden Brummelbären „Extreme und Reaktion" ohne Aufsehen zu Bett zu bringen. Um so unerfreulicher ist daher jetzt die Ueberraschung, wenn die Kinder mit einem Male den Popanz sehen wollen und die alte Amme nun gestehen muß, daß sie gelogen hat. Die „vielgeschmähte" Reaktion wird äußerst beliebt, die Extreme werden äußerst möglich, der blaue Liberalismus verschwindet wie schmutziger Märzschnee, und die alte Klatschschwester weiß noch immer keine neue Spukgeschichte. Indes, was ist zu tun; so wie es ist, kann es nicht bleiben, und doch ist jede Ueberzeugung schon an sich ein Extrem. Hier macht die Not erfinderisch, hat man keine Ueberzeugung, so hat man doch Ueberzeugungstreue, ein anständiges Gefäß, um jedes Gebräu hineinzutun. Mit Ueberzeugungstreue bleibt man stets ein nobler Mann, ein kugelfestes Gewissen für die Vergangenheit, eine unbeschränkte politische Ehre für die Zukunft, und niemand hat nach dem Grunde zu fragen, wenn man im Anschluß an die historische Entwicklung von einem Extrem zum andern hinübergleitet. Als überzeugungstreuer Mann bleibt man doch ein Ehrenmann, natürlich nicht für jedermann und voraussichtlich nicht für lange Zeiten. Ein Demokrat kann ein ehrlicher Mann sein, aber diese überzeugungstreuen liberalen Wipper sind nichts als selbstsüchtige Heuchler." —

Mit spöttischen Bemerkungen weist Bismarck am 11. Juli den gegen die „Kreuzzeitung" erhobenen Vorwurf zurück, sie wolle den pietistisch-absolutistischen Staat wiederherstellen:[3] „Es muß schlecht mit unsern Gegnern stehen, wenn sie sich dazu herbeilassen, unsere Zeitung auf hebräisch zu lesen und unsere Leitartikel unter den Familien-Angelegenheiten zu suchen. Kein gesinnungstüchtiges

[1]) N. Pr. Z. 13. VI. 49. (Nr. 134, p. 1079.) — [2]) N. Pr. Z. 4. VII. 49. (Nr. 152, p. 1225.) — [3]) N. Pr. Z. 11. VII. 49. (Nr. 158, p. 1273.)

Blatt, von der großen Augsburgerin und Kölnerin bis herunter zu der kleinen Konstitutionellen, welches sich nicht darüber freute, endlich in einem bezahlten Inserate unseres Blattes hinter das große Geheimnis gekommen zu sein, daß wir nichts mehr und nichts weniger anstrebten, als die Wiederherstellung des „alten pietistisch-absolutistischen" Staates . . . Absolutistisch-pietistisch, das muß wirken: in zwei Worten zusammengedrängt alles, was die Zeit Entsetzliches kennt. Und wenn es doch nicht mehr wirkte, wenn das „gute Geschrei" des letzten Jahrzehnts seine zauberische Kraft verloren hätte, wenn der frivole Konstitutionalismus jetzt beim Bankbruch wäre? . . . Was wir wollen, ist nicht der absolutistisch-pietistische Staat, es ist aber auch nicht das religionslose Rechenexempel der parlamentarischen Minister-Kandidaten, jener schwindsüchtige Konstitutionalismus, der befriedigt ist, wenn es ihm vergönnt wird, sich mit angemessener Pension in den Ruhestand zurückzuziehen. Was wir wollen, ist die freie, kräftige Monarchie, gegründet auf den Unterbau, ohne welchen es in der Welt nichts gibt als Toren und Verbrecher, mögen sie auch äußerlich große und gelehrte Leute sein . . ." —

Inzwischen war die Zeit der Neuwahlen zur zweiten Kammer herangekommen:[1]) „Wählen oder nicht wählen, diese neueste Hamletspoesie des melancholischen Liberalismus ist jetzt die Philosophie des Tages, und wehe dem, welcher noch eine andere Scheidung der Menschen kennt als in Wähler und Nichtwähler. Ganz wie in der verflossenen Periode, wo die Verfassung vom 5. Dezember das goldene Kalb war, um welches die „Konstitutionellen" tanzten, um darauf mit den Demokraten zu spielen, ebenso ist heute die Wahlurne das heilige Gefäß, vor welchem alle übrigen Unterschiede verschwinden. Man wählt; wen man wählt, wozu, warum man wählt, das sind gleichgültige Dinge, gleichgültig zwar nicht an sich, doch ausnahmsweise, weil es manchen Leuten darauf ankommt, die Unterschiede zu vertuschen . . . Der große Familientopf, den man jetzt zum dritten Mal an das Feuer setzt, um den Kinderbrei des neuen Völkerglücks mundrecht zu machen, ist nicht nach unserem Geschmack, und das Versplitterungsgeschrei der echten Konstitutionellen wagen wir nur der Abfallsdrohung der Rheinprovinz[2]) zu vergleichen. Die Herren aber, welche jetzt den weichen Brei einrühren, um ihn, wie es scheint, allein auszuessen, mögen Recht haben, daß nicht die große Kunst sie zu Narren macht; sie sind schon einmal ausgepocht, und beim zweiten Male könnten sie leicht ihre ganze Kundschaft verlieren." —

„Unser Beamtenstand ist krank," so klagt Bismarck am 17. Juli,[3]) „sehr krank, oben Schwindsucht und Entkräftung, unten Fieber und Delirium, und es gilt einen letzten Versuch, zu retten, was noch zu retten ist. Das Rezept ist lang, die Mittel sind nicht schwach, aber wird man den Patienten zum Einnehmen bewegen, und wird der absterbende Organismus noch Heilkräfte genug besitzen, um den Genesungsprozeß zu fördern? . . . Wir wollen zwar einen wirklichen König und eine starke Krone, aber wir verwerfen die Bureaukratie, welche ohne Wurzel im Volk und ohne eigene Rechte ihre Pflichten nur als eine Pfründe behandelt . . ." —

Eine Reihe von Artikeln beschäftigt sich mit den Neuwahlen zur zweiten Kammer. So am 20. Juli:[4]) „Der erste Akt des Wahldramas ist wieder einmal beendet. Eine Begeisterung für das „konstitutionelle System" hat sich

[1]) N. Pr. Z. 15. VII. 49. (Nr. 162, p. 1305.) — [2]) Vgl. p. 27. — [3]) N. Pr. Z. 17. VII. 49. (Nr. 163, p. 1313.) — [4]) N. Pr. Z. 20. VII. 49. (Nr. 165, p. 1335.)

nicht eben gezeigt, und der Hoffnungstrost vieler Preußen scheint auf anderes gegründet zu sein, als auf papierne Verfassungen und auf die Theorie von der Kammerschaukel. Und was für ein Spiel wird nun während des Zwischenaktes hinter den Kulissen getrieben werden? . . . Aus dem Kampf allein erwächst der Sieg!" —

„Die äußersten Gegensätze," so lesen wir am 25. Juli,[1] „berühren sich stets am nächsten, und so ist es denn nur der natürliche Umschwung, wenn unsere lauwarmen Freunde plötzlich aus der bemitleidenswertesten Verzagtheit in den stolzesten Siegesjubel übergegangen sind. Die Demokratie vernichtet, die „Reaktion" im Sterben und der konstitutionelle Hahn krähend auf seinem jüngsten Ei, in welchem man schon den besonnenen Fortschritt und die extrem freie, deutsch-einige Zentrumspolitik picken hört. Ob das Küchlein durchkommen wird? Wir müssen die Situation in einem weniger rosigen Lichte betrachten. Noch ist keine der großen Fragen gelöst, noch stehen alle, welche nicht ihre Ehre darin suchen, prinziplos zu sein, sich schroffer als jemals einander gegenüber, und wenn die politischen Kinder durch den Anbruch des Tages befriedigt sein mögen, weil sie sich eigentlich nur vor Gespenstern fürchteten, so geziemt es uns, mit Ernst und Nachdenken der Arbeit des Tages entgegenzugehen. Die Arbeit des Tages aber ist jetzt für uns . . . die Sonderung des Spreus von dem Weizen . . . Den Geldbeutel-Patriotismus verachten wir, und eine Reaktion, die uns für Schmutz nichts bietet als Brei, die mögen wir nicht . . . " —

Die Resultate der Wahlen bespricht Bismarck am 29. Juli:[2] „Wie es scheint, wird die Spekulation der Demokratie auf eine „reaktionäre Kammer" zu Wasser werden, wenigstens eröffnen die bis jetzt bekannt gewordenen Wahlresultate die tröstliche Aussicht, das Staatsschiff auf einige Zeit in dem Hafen des Bürgerkönigtums vor Anker gehen zu sehen. Die Konstitutionellen vom reinsten Wasser, die jetzt den Ja-Herren in der Löwenhaut spielen, werden ihre Befriedigung darin finden, mit kleinen Komplimenten nach rechts und tiefen Verbeugungen nach links „die Verfassung zu einer Wahrheit zu machen . . ." —

Dasselbe Thema behandelt der Artikel vom 4. August:[3] „Keine Zentralisation, und am wenigsten eine solche, wo ein auf der Kammerschaukel thronendes Ministerium durch den Telegraphen galvanisch regiert . . . Keine Zersetzung des Volkes in Urwähler oder Volkstrümmer, aber auch kein Aufbau eines neuen Ganzen mit dem Mittel der Revolution. Die Symptome der Krankheit selbst müssen uns den Weg der Heilung zeigen, und wer auf die letzten Wahlen geachtet, dem wird es nicht entgangen sein, wie das zersplitterte Volk durch den Schmutz der Urwahlen wieder zu einer Vertretung seiner Standesinteressen zu gelangen trachtet. Ueberall Wahlen von Standesgenossen und Sachverständigen, wenn auch noch abgeschwächt durch das Fieber der Revolution . . ." —

Am 5. August bildet die „Kölnische Zeitung" den Zielpunkt des Bismarckschen Spottes:[4] „Der vormärzliche Liberalismus wird immer mehr eine lächerliche Figur, und es setzt einen nicht geringen Grad von Komik voraus, wenn das „gesinnungstreue" Organ der konservativ-liberalen Partei sich mit dem feierlichen Ernste eines blindes Pferdes in der Tretmühle des modernen

[1]) N. Pr. Z. 25. VII. 49. (Nr. 169, p. 1367.) — [2]) N. Pr. Z. 29. VII. 49. (Nr. 173, p. 1399.) — [3]) N. Pr. Z. 4. VIII. 49. (Nr. 178, p. 1437.) — [4]) N. Pr. Z. 5. VIII. 49. (Nr. 179, p. 1443.)

Konstitutionalismus herumbewegt. „Unsere Partei," ruft die Kölnische Zeitung aus, „welche die notwendig gewordenen Reformen mutig (?) bewerkstelligen will, hat nur wieder „fast durchaus" dasselbe Programm aufzustellen, was sie im verflossenen Frühjahr hatte," nur, versteht sich, mit etwas entschiedener Opposition gegen das Ministerium; — Opposition, bis der dümmste Leser der Kölnischen Zeitung Premierminister wurde . . . Inzwischen werden die Kölnische Zeitung und deren Anhang sich mit dem Gedanken befreunden müssen, daß ein bankerotter Hagestolz weder bei Wucherern noch bei Buhlerinnen Glück zu machen pflegt, und daß man jetzt völlig darüber im klaren ist, wie die Rodomentaden vom Rhein sich auf der großen Landstraße vom Schoppen zum Geldbeutel bewegen. Man fordert mit Bestimmtheit, das alte Ministerium muß abtreten und das neue auf das Programm der Kölnischen Zeitung vereidigt werden; man fordert es zum zweiten Male mit Unbescheidenheit, und wenn sie dennoch bleiben, so sagt man, es seien mutige Leute, und die Lage des Vaterlandes verlange, eine Zeitlang Hand in Hand mit ihnen zu gehen. So Holzapfelessig in „Viel Lärmen um nichts",[1] so die Kölnerin in demselben Stücke, und die junge Heimat des Vaters der Konstabler bleibt ruhig wie zuvor. Je öfter man „Wolf" ruft, desto spärlicher wird der Zulauf, und die Koryphäen der liberal-konservativen Partei werden in der Kürze das unerfreuliche Schauspiel erleben, ihre kleine Herde Märzschafe unrettbar von den Wölfen der Reaktion und Demokratie entführt zu sehen. Bis dahin das bewährte Mittel des Horaz gegen den Kummer und die unvergleichliche Schamlosigkeit für den Gesinnungswechsel." —

Die Eröffnung der Kammern fand am 7. August statt:[2] „Wieder eine Kammer-Eröffnung, und zwar in wenig mehr als Jahresfrist die dritte, bestimmt, wie es heißt, die Reaktion und Demokratie zu zertreten und den Abgrund der Revolution „für immer" zu schließen. Die Art und Weise wie? ist natürlich noch ein Geheimnis, und vergeblich haben wir bisher nach dem kühnen Ritter ausgeschaut, der bereit wäre, den Opferritt auf Tod und Leben zu wagen. Der bedächtige Bureaukrat, der seine Politik in dem Bestreben erschöpft, das Wohl des Volkes mit den Rücksichten gegen seine Departementsschafe zu vereinbaren, der wirkliche Konstitutionelle, dessen Rechtsbewußtsein sich in das Zentrum zwischen das absolute Veto und das unbedingte Steuerverweigerungsrecht setzt, der Vertreter der materiellen Interessen, dessen Seele an der Leiter der Einkommensteuer auf- und absteigt: sie mögen jeder einzelne ein recht gutes Mittelchen haben, aber ihre Person daran zu setzen, liegt außer ihrem Plan. Und doch ist es heutzutage mit nichts Geringerem getan, als mit der Hingabe der eigenen Person . . ." —

Ebenfalls von der Kammer-Eröffnung handelt der Artikel vom 10. August:[3] „Es hat etwas unbeschreiblich Langweiliges, mit jeder Kammer-Eröffnung das unerquickliche Geschwätz von Rechter, Linker, äußersten Parteien und gemäßigter Mitte von neuem durchmachen zu müssen. . . . Was kümmert es uns, daß „die edelsten Söhne des Vaterlandes" stets nach den Weideplätzen der Kammer drängen? Wir wissen Ehrgeiz und Vaterlandsliebe sehr wohl zu unterscheiden, und wir haben nichts mit den Nebeln aus dem Sumpfe der Gesinnungslosigkeit oder mit dem Miste gemein, von dem man nur zu gut weiß, woher er kommt und wohin er geht. Die Gegensätze der Zeit sind scharf genug, um sie ohne

[1]) Gemeint ist das Shakespearesche Lustspiel. — [2]) N. Pr. Z. 7. VIII. 49. (Nr. 181, p. 1459.) — [3]) N. Pr. Z. 10. VIII. 49. (Nr. 183, p. 1475.)



sonderlichen Scharfsinn finden zu können, und die armen Schaukelmänner werden zu spät inne werden, daß Ebbe und Flut des Volkslebens stets nach einer Seite gehen. Abgenutzt, wie sie sind, von der Demokratie, werden sie bald auch von der Reaktion als wertlose Dinge bei Seite geworfen werden, und von der richtigen Mitte wird nichts übrig bleiben, als „ein verkühltes Häufchen verwitterter Reaktion". Inzwischen wissen wir aus der Naturgeschichte, daß jeder Hahn am liebsten sich selber krähen hört, und so mögen denn auch unsre Zentrumsfabrikanten noch eine Zeitlang ihre schöne Stimme bewundern, bis die vereinten Bestrebungen der Reaktion und der Demokratie sie zum zweiten Male über die unendliche Leere ihrer eigenen Prinzipien erheben. Man könnte sagen, daß Gotha viel lehrreicher sei als Frankfurt." —

Als am 13. August ein Kommissionsbericht in der ersten Kammer[1]) auf Grund vieler Petitionen die Abschaffung der Bürgerwehr empfahl, fühlte sich Bismarck veranlaßt, ihr folgenden Nachruf zu widmen:[2]) „Die Bürgerwehr, die größte aller Märzerrungenschaften, scheint auch das erste Opfer der demokratischen Selbstenthüllungen zu sein. Berufen, die Verfassung und die Volksfreiheiten gegen die Tyrannen zu schützen, hat sie es sich sauer werden lassen, sich für ihren wichtigen Beruf zu kräftigen und zu beleben, und nur die Gemütlosigkeit des Mammon hat es unerwähnt lassen können, was man der angestrengten Konsumtion der Bürgerwehr verdankt. Zudem hat es kaum jemals ein Institut gegeben, welches seinen kriegerischen Mut so frei von allen Auswüchsen gehalten, oder welches es so wohl verstanden hätte, das Gebot der Tapferkeit mit den Pflichten der Humanität in Einklang zu erhalten. Wir können deshalb nicht ohne Wehmut an einen Abschied für immer denken, doch müssen wir das Andenken der Toten ehren und uns auf den passiven Widerstand beschränken. Daß aber die Demokraten diesen „legalen Mord" mit Gramgeschrei feiern, können wir ihnen nicht verargen; Sigl weiß am besten, was er an Blenker hat, und es gab eine Zeit, wo der „verschollene" Rimpler ein großer Mann war. . . . ." —

Eine ernste Warnung an die neueröffneten Kammern enthält der Artikel vom 17. August:[3]) „Die schwierigste Aufgabe für eine gesetzgebende Kammer ist die Legalisierung der Revolution. . . . Es war das erste Mal das Königtum, es war das zweite Mal das Preußentum, und wehe unserer dritten Kammer, ließe sie sich noch einmal dazu verleiten, diese nachmärzlichen Errungenschaften anzutasten. Doch nicht genug hiermit, es schlummert noch eine Reaktion, die gewaltigste und nachhaltigste von allen, mögen auch die Staatsmänner, deren Wiege neben dem Webstuhl ihres Vaters,[4]) nicht neben dem der Zeit gestanden, dazu mit den Achseln zucken. Wir meinen die Reaktion des Christentums. . . ."

Den Antrag Kamphausen betr. die Stellung der preußischen Verfassung zu der zu schaffenden Reichsverfassung[5]) behandeln die Ausführungen am 22. August:[6]) „Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß die angeblich aus dem Vertrauen des Volkes hervorgegangenen Volksvertreter fast in allen Kabinett- oder Kammerfragen, wo sie des Vertrauens besonders bedürfen, vergeblich auf die Unterstützung ihrer Wähler spekulieren. . . . Ehrlich wie er ist, hat Herr Kamphausen uns in dem ersten Teile seiner Rede durch unwiderlegliche Gründe dargetan,

---

[1]) Verhandlungen der 1. Kammer I, 18 f. — [2]) N. Pr. Z. 15. VIII 49. (Nr. 187, p. 1509.) — [3]) N. Pr. Z. 17. VIII. 49. (Nr. 189, p. 1525.) — [4]) Vgl. Pol. Reden I, 117. — [5]) Verhandlungen der 1. Kammer I, 45 f., vgl. oben p. 32. — [6]) N. Pr. Z. 22. VIII. 49. (Nr. 193, p. 1557) vgl. Polit. Reden I, 109.

daß nach der Gothaisierung Deutschlands Preußen sich von Baden nur durch den längeren und schmerzhafteren Todeskampf unterscheiden wird. Preußens Krone in Deutschland aufgegangen, Preußens Ministerstellen Sinekuren, Preußens Kammern ein Invalidenhaus, wahrscheinlich für ausgediente Demokraten. . . . Wir wollen unser Vaterland nicht von den süddeutschen Demokraten modernisieren lassen; wir kennen genau den Punkt, wo ein preußisches Ministerium Halt gebieten muß — und „zum vierten Mal wird das Volk nicht wählen."

Dieselben Verhandlungen betrifft der Artikel vom 24. August:[1] „Die Reichsfürsten von Gotha, so viele ihrer jetzt in die Kammern Berlins ihre Residenz verlegt haben, beweisen eine große Hingebung und Aufopferung, die uns freilich noch mehr Hochachtung abnötigen würde, wenn die Herren nur ihre eigenen Besitztümer verschenken wollten. . . . Sie fordern uns auf, alle unsere Güter, unsere Heiligtümer alle hineinzuwerfen in den Strudel ihrer Einheitsphantasien; und dann? — „Dann wird Preußen die Braut sein, um deren Ring alle werben." Wir freilich mögen an diese zukunftsreiche Brautschaft nicht recht glauben, denn wir haben es nie gesehen, daß die Brautwerber dahin besonders ihre Schritte richten, wo schon alles verschenkt ist. . . ." —

Der § 8 der preußischen Verfassungs-Urkunde gewährleistete die Unverletzlichkeit des Eigentums:[2] „Es ist ein übles Zeichen der Zeit", meint Bismarck, „wenn man die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft durch Gesetzparagraphen zu stützen sucht. . . . Wäre die Unverletzlichkeit des Eigentums, als eines Teiles der Ordnung Gottes auf Erden, auch in höheren sogenannten konservativen Regionen — wie es sich gehörte — über allen Zweifel erhaben, so würden die Gesetzgeber es schwerlich für nötig erachtet haben, gegen solche Zweifel in ihrem eigenen Herzen den papiernen Damm des § 8 aufzuführen. . . . Wie lange werden unsere Regierungen denn noch verkennen, daß es eine Sisyphus-Arbeit ist, die Anarchie in der Bluse niederzuschmettern, während man sie mit goldgesticktem Rock angetan, auf den curulischen Stuhl setzt? Wozu das Blut so vieler Tapferen zur Besiegung des Aufruhrs vergießen, wenn man ganzen Klassen des Volkes „tief ins Fleisch schneiden" will, um den Kommunismus mit ihrem Herzblut zu säugen? . . . Wir sind weit entfernt, die Nützlichkeit, ja das dringende Bedürfnis eines Ablösungsgesetzes zu bestreiten; aber soll es wahren Nutzen bringen, soll es nicht vielmehr nur die Drachensaat zu neuer Anarchie sein, so darf es die über allen Zweifel und Wechsel erhabenen Grundsätze des Rechts in keinem Stück einem sogenannten Volkswohl aufopfern, über welches die Ansichten ebenso verschieden sein können, wie über die im Parlament Nante diskutierte größere Schmackhaftigkeit des Hammelbratens oder Hirschbratens. . . ." —

Die Stellung der konservativen Partei beleuchtet Bismarck am 31. August:[3] „Selbstsucht, nichts als Selbstsucht ist die Haupttriebfeder des heutigen Geschlechts. . . . Ein Staatsmann, der nicht Minister werden will, ein Patriot, der sein Vaterland wo anders sucht als in der kleinen Welt seines großen Ich, ist nur als Sonderling zu verwenden. Die „große konservative" Partei, die — hoffentlich auch ablösbare — Erbpächterei des Fortschritts und der Intelligenz, sie ist nichts als ein Produkt aus demokratischen Sympathien und konservativen Besorgnissen. . . . Unsere Stellung zu diesen konservativen Söhnen

---

[1]) N. Pr. Z. 24. VIII. 49. (Nr. 195, p. 157[illegible].) — [2]) N. Pr. Z. 25. VIII. 49. (Nr. 196 Beil., p. 1585) vgl. Polit. Reden I, 165 ff., 172. Briefe an Braut und Gattin, p. 147. — [3]) N. Pr. Z. 31. VIII. 49. (Nr. 201, p. 1619.)

des Egoismus ergiebt sich hiernach sehr leicht; wir achten sie nicht, wir fürchten sie nicht. . . . Wir haben nie nach der Ehre gegeizt, konstitutionelle Majoritäten-Schmiede zu werden. . . . Zufrieden mit der Stellung, welcher sich der Graf v. Chambord in Frankreich erfreute, ziehen wir es vor, an den Fundamenten zu bauen, unbekümmert um die konstitutionellen Purzelbäume, welche jetzt den Völkern an Stelle der circensischen Spiele dargeboten werden. . . ." —

Den Liberalismus, besonders die liberale Presse machte Bismarck am 2. September zum Ziel seines Spottes:[1]) „Es ist sehr ergötzlich zu sehen, wie die freisinnige Presse sich abmüht, sich untereinander über unseren „wachsenden Einfluß" zu trösten und wie sie im Schweiße ihres Angesichts arbeitet, das lecke Schifflein des Liberalismus notdürftig über Wasser zu halten . . . Heute klopft ein antediluvianisches Ministerium an die Pforte der gesetzgebenden Arche,[2]) morgen hat der Kölner Klüngel das Schicksal von Europa und einigen anderen benachbarten Weltteilen in der Hand. Soweit ist alles ganz schön, denn etwas Widerspruch verlangt das liberale Publikum. Wenn aber dessen ungeachtet die Flut der Reaktion immer höher anschwillt, wenn ein gewichtiger Staatsmann nach dem anderen seine Laufbahn mit Korkschuhen beginnt, . . . dann wird die liberale Presse sich wieder vor der Gewalt der Tatsachen beugen, wie ihre Patrone, Reichsregierte und Regenten sich vor der „Gewalt der Bajonette" beugten . . ." —

Auf den oben (S. 36) erwähnten Antrag Stein greifen die Bemerkungen zurück, welche wir am 9. September finden:[3]) „Der Steinsche Antrag vom 7. September vorigen Jahres bewirkte eine ungeheure Aufregung in unserem ganzen Vaterlande. Die Demokratie meinte das Rezept verschrieben zu haben für den Zaubertrank, durch welchen Preußens Herzblut sollte vergiftet werden . . . Hansemann trat ab, Pfuel suchte mit schwächlichem Arm an dem Stein vorbeizuschwimmen, bis beide ihr Ziel erreichten am Abend der Wiener Debatte! . . . Der Herzschlag Preußens sollte gehemmt werden, man wollte seinem Aar die Flügel und Fänge abstumpfen, — er ist um so mächtiger aufgeflogen, weit hinweg über Stein und Pfuel . . ." —

Am 22. September 1848 hatte der König den General Pfuel mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt. Hieran erinnert Bismarck am Vorabend der Wiederkehr dieses Tages:[4]) „Der Geburtstag des Ministeriums Pfuel zieht wie die wilde Jagd an uns vorüber, und wir finden in unserm Tagebuch ein schwarzes Zeichen. Der Wonnemond des Jahres Zwei brachte keine Blumen diesen Tag zu feiern, und die altgewordenen Kinder werden keinen besseren Dank und Wunsch gewärtigen, als ihre Namen mit dem Reisig ihrer Taten verbrannt zu sehen. Es ist jung gestorben, dies Ministerium der gepanzerten Schande, doch seine Träger waren alt, sie waren alt geworden nicht ohne Ehre, und wir blicken nicht ohne Wehmut auf ein graues Haupt, welches das Erbteil seiner Jugend vergeudet. Und um welchen Preis? Sie sind nicht die Einzigen, welche das Wuchergeschäft von Ehrgeiz und Feigheit um ihre Ehre betrogen, sie werden nicht die Letzten sein, welche das Schifflein ihrer öffentlichen Meinung in der Teetasse ihrer Gegner vor Anker legen. Noch sehen wir eine Legion von Pfuelschen Embryonen auf der Rutschbahn unserer

---

[1]) N. Pr. Z. 2. IX. 49. (Nr. 203, p. 1635.) — [2]) Vgl. Polit. Reden I. 95 f. — [3]) N. Pr. Z. 9. IX. 49. (Nr. 209, p. 1683.) Verhandlungen der National-Versammlung I, 666, 669, II, 215, 250 ff. Vgl. Polit. Reden I, 114, 238, 338. — [4]) N. Pr. Z. 21. IX. 49. (Nr. 219, p. 1763.)

Parlamente, noch steht der Webstuhl der Zeit neben der Wiege des Vaters der Phrase,[1] und das zahme Wild der großen konservativen Partei macht seltsame Sprünge, die „wahren Repräsentanten des preußischen Volkes“ noch einmal zu steinigen. Die September-Kandidaten würden sich von den September-Ministern durch nichts als durch den Standpunkt ihrer Wiege unterscheiden, und die Simsone des 19. Jahrhunderts verstehen sich zwar vortrefflich darauf, die Füchse in die Getreidefelder ihrer Nachbarn zu treiben, aber ob geschoren oder ungeschoren, ob mit hellen Augen oder geblendet, ihre Buhlerin ist ihre Herrin, und ihre Feinde spotten ihrer“. —

Am 19. September begann die zweite Kammer die Beratung des Titels III der Verfassung vom 5. Dezember: „Vom Könige“. Artikel 1 lautete nach der Aenderung der Kommission: „Der König ist das Oberhaupt des Staates, seine Person ist unverletzlich.“ Mit bitterem Hohn begrüßt Bismarck diese Aenderung:[2] „Der König ist das Oberhaupt des Staates, das ist jetzt über allen konstitutionellen Zweifel erhaben, und wir gratulieren allen Freunden des Thrones zu dieser glänzenden Restauration . . . Es ist ein köstliches Ding um die Pietät unserer Solone, und wir hegen nur noch den einen Wunsch, auch dem 4. Gebot — für die deutschen Reichskinder — eine entsprechende Fassung gegeben zu sehen. Diese konstitutionellen Gipsfiguren, deren Leben sich nicht über das chinesische Kopfwackeln erhebt, wer könnte sie fürchten und lieben, und wer möchte wohl seinen lebendigen König um jenen steinernen Gast von Staatsoberhaupt vertauschen? Wir behalten was wir haben und was wir hatten, bevor unsern staatsmännischen Krämern der Kamm soweit gewachsen war, „in Königen zu machen“ . . . Die konstitutionelle Gartenschere[3] reicht nicht aus, die Dornen und Hecken der Demokratie zu lichten, wohl aber das „fressende Feuer“, welches einhergeht vor dem, welchen wir immer zu wenig bekennen . . .“ —

Auf die Kammerverhandlungen betreffend die Reorganisation der Bürgerwehr[4] bezieht sich der Artikel vom 25. September:[5] „Die Minister der Errungenschaft sind jetzt nicht auf Rosen gebettet, und selbst Kühlwetter bewegt sich seufzend auf dem glühenden Rost seiner nationalversammelten Reden.[6] Es ist ein eigenes Ding, wenn man sich selbst widersprechen muß und doch nicht eingestehen mag, daß große Leute auch fehlen können, und glücklich allein die starken Seelen, welche stets den Acker der Politik ohne Gedanken gepflügt. Ein eingeschlafener Grundpfeiler ist ein echt Dyhrnsches Bild,[7] und wenn ein Reaktionär an jene bürgerwehrliche Wiege stößt, so wird er dies schwerlich mit Tränen tun. Nichtsdestoweniger ehren wir das Vatergefühl, welches den schlummernden Säugling vor jeder unsanften Berührung zu schützen sucht, und wenn das Kind mit dem Leben davon kommt, so kennen wir manche rechtschaffenen Leute, die sich nicht wieder in der Lage befinden würden, ihre patriotischen Tänze im Freien zu feiern. Erst leg ich meine Eier, dann revidiere

---

[1]) Vgl. Polit. Reden I, 117. — [2]) N. Pr. Z. 22. IX. 49. (Nr. 220, p. 1771.) — [3]) Vgl. Polit. Reden I, 114. Briefe an Braut und Gattin 3. VII. 51. — [4]) Verhandlungen der 2. Kammer I, 351 ff. — [5]) N. Pr. Z. 25. IX. 49. (Nr. 222, p. 1787.) — [6]) Vgl. Verhandlungen der Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung II, p. 114. — [7]) Der Abgeordnete v. Ende tat in der 2. Kammer den Ausspruch: „Kühlwetter hat bereits früher, wo er am Ministertische die Bürgerwehr verteidigte, sie als den Grundpfeiler der Verfassung angesehen; nun, meine Herren, wenn das der Fall wäre, dann würde ich sie nicht schlafen lassen . . .“ (Verhandlungen der 2. Kammer I, p. 360; vgl. Verhandl. der Versammlung zur Vereinbarung der preuß. Staatsverfassung II, p. 114 ff.)

ich sie, und wo sich ein angebrütetes findet, da soll man dies als einen Fingerzeig betrachten, es wieder der alten Henne unterzulegen. Das Nest war so warm und niemand brütet so eifrig als der kauernde Widersacher der roten Reaktion, sollte man ihm auch nur Steine anvertrauen. Darum wollen wir nicht über alles lachen, was lächerlich ist, mag man die jungen roten Küchlein als Brathähnel oder als Kapaunen verspeisen; es giebt wirkliche, geheime Gründe, welche das Vorrecht haben, sich in und außer Dienst exzellent zu nennen. „Es sind die rheinischen Provinzen, die an Deinem Halse weinen . . .“ —

Am 26. September begannen in der 2. Kammer die Beratungen über das Steuerbewilligungsrecht.[1] Unter demselben Datum lesen wir in der Kreuzzeitung:[2] „Unbedingtes Steuerbewilligungs- und Verweigerungsrecht, und das alles, wie man sagt, dem konstitutionellen System zu Liebe. Wo bleibt da die Wahrheit jener Phrasen von einem starken Königtum, und zu welchem Zwecke auch die loyale Lüge von der Würde und Selbständigkeit einer nur auf Jahresfrist alimentierten Krone? . . . Wir hoffen, der Geldbeutel unserer ministerlüsternen Wechselreiter wird nicht groß genug sein, um die Liebe und Treue des preußischen Volkes darein zu versenken . . .“ —

Aber diese Hoffnung erfüllte sich nicht:[3] „Was wir gefürchtet, ist geschehen, die zweite Kammer hat sich als Pflegevater der Krone etabliert, und die Minister werden betteln gehn. „Charte vérité!“ ruft Louis Philippe aus dem treuen Pommern, „Ebenbürtigkeit“ weint Gagerns Prügelknabe: „sie flehen alle des Himmels reichsten Segen auf das Haus Hohenzollern herab“, doch in der Tasche müssen sie es behalten . . . Wie lange werden unsere Staatsmänner noch kindisch genug sein, ihre lauwarmen Kammern als einen Schmelzofen für demokratische Konzessionen zu behandeln? . . . Nicht die Verfassungen, nein die Kammern muß man revidieren; hier ist das Seminar in dem der Zeitgeist seine Jünger gefördert; und ein zertretenes Basiliskenei wird stets der Wohnsitz einer Schlange. Ja oder nein, nichts kann uns retten als die schärfste Schärfe; nicht einen Fuß breit königlichen Landes ohne Kampf, und jene Streiter mit dem Schnabel werden bald um Frieden bitten . . .“ —

Denselben Gegenstand und besonders die Stellung des Grafen Schwerin in der Steuerbewilligungsfrage[4] behandeln die Ausführungen vom 28. September:[5] „Noch ein Ruck, und die Arbeit schien getan; doch den zitternden Händen entrollte der tückische Marmor. Die loyale Steuerverweigerung ist bei schwerer Strafe erlaubt, aber ohne Jagdfolge, und die 2. Kammer hat einige Aussicht ihr Dasein auf unbestimmte Zeit zu fristen. Wann wird es dem Grafen Schwerin endlich gelingen, sein starkes Königtum zu einer Wahrheit zu machen? . . . Was er nicht ist und was er nicht hat, das sollte er schon wissen, staatsmännisches Verständnis der Gegensätze, moralischen Mut gegenüber den gleißenden Irrlehren der Zeit . . . Hätte er zuvor sein eigenes Staatsrecht revidiert, schwerlich wäre er soweit gekommen, eine Wagenburg um den Thron zu schlagen und seinen Patriotismus mit Unruhschen Lappen aufzuputzen . . .“ —

Noch einmal am folgenden Tage macht Bismarck seiner Entrüstung über die Anmaßung der Kammer Luft:[6] „Der mein Brot ißt, tritt mich mit

---

[1]) Verhandlungen der 2. Kammer I, p. 386 ff. — [2]) N. Pr. Z. 26. IX. 49. (Nr. 223, p. 1795). Vgl. Polit. Reden I, 121, 128. — [3]) N. Pr. Z. 27 IX. 49. (Nr. 224, p. 1803.) — [4]) Verhandlungen der 2. Kammer I, 386 ff. — [5]) N. Pr. Z. 28. IX. 49. (Nr. 225, p. 1811.) — [6]) N. Pr. Z. 29. IX. 49. (Nr. 226, p. 1819.)



Füßen . . . Alles für, nichts durch die Krone, doch ist, wie Herr Riedel[1]) ver=versichert, das mündige Volk nicht abgeneigt, seinem alt gewordenen königlichen Vater ein hypothekarisch versichertes Altenteil auszuwerfen. Eine sehr wert=volle Urkunde für das preußische Archiv, eine Willensäußerung der „Nation Riedel" . . . Hier Auerswald, hier Patow! Wieviel haben sie dem Volke schon gewährt, und wieviel mögen sie „für unruhige Zeiten" noch in petto haben! Herr v. Auerswald hat in den Falten seines Herzens manches, was jener römische Gesandte in den Falten seines Mantels schwerlich hätte verbergen können, und das Patowsche suum cuique ist eine Schraube ohne Ende . . . Waldeck . . . und Unruh . . . hatten doch den Mut, ihre Person einzusetzen und die Schmach des Verbrechens auf sich zu nehmen, aber diese toten Füchse, die wieder lebendig geworden sind, diese bezahlten Staatsopponenten, sie ver=zehren gemütlich die Steuern, die sie um der Reinheit des Prinzips willen verweigern und schaffen ihr Avancement mit Furcht und Zittern. Wir wünschen dem deutschen Reiche ebensolche treuen Diener, und Deutschland wird nicht untergehen, solange Beckerath in seinem Namen Hände drückt." —

Die Schwäche des Ministeriums bildet den Inhalt des Artikels vom 30. September:[2]) „Das Ministerium der Zukunft ist seinem Ziele nur wenig näher gerückt . . . Umsonst die imposanteste Majorität, denn niemand achtet ihrer, umsonst die Reinheit des Prinzips, denn seine Träger sind ein wenig angehaucht, und das preußische Volk mag wohl den Wein vom Rhein, doch die Minister, nein. Was tun, wohin sich wenden? Soll man den preußischen Ministerhut so wie die deutsche Kaiserkrone zu den Akten schreiben? Und soll man all sein Sehnen, all sein Denken in der Lethe stillen Strom versenken? . . . Als ihr noch die schöne Welt regiertet, wie ganz anders war der Staat, als man eure Schläfen noch bekränzte, Alfred, Simson, Beckerath! Doch der Tempel eures Ruhmes ist gefallen, und die Reaktion war undankbar genug, eure Büsten aus dem Pantheon der Nation an einige kurzsichtige Oppositions=räte als Hausgötzen zu verschenken." —

Am 4. Oktober fand in der 2. Kammer die Präsidentenwahl statt.[3]) Schwerin ward als 1. Präsident wiedergewählt und auch die übrigen Aemter blieben den bisherigen Inhabern. Hören wir hierüber Bismarck:[4]) „Die schiefe Ebene des modernen Konstitutionalismus gestattet keinen Stillstand, entweder mit Bewußtsein und Anstrengung nach oben, oder nach den Naturgesetzen der Trägheit und Attraktion im reißenden Fortschritte nach unten. Noch sind es zwar dieselben Namen, welche gestern aus der Präsidentenwahl hervorgegangen sind, doch sind es nicht mehr dieselben Männer . . . Drei Steuerverweigerer . . . loyale, zahme Steuerverweigerer auf den Präsidentenstühlen der preußischen Volkskammer! Es war keine schöne Zeit, als noch d'Esters Unverschämtheit und Waldecks dämonischer Fanatismus in jenen Räumen ertönten, doch reiner war die Luft, als dieser epidemische Spitaldunst, der stets den moralischen Brand im Gefolge hat." —

Den Beratungen über die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung[5]) entsprang der Artikel vom 12. Oktober:[6]) „Kaum hatten wir es gehofft, und doch ist es dem gräflichen Liebhabertheater wieder mißlungen, die Marksteine echten konstitutionellen Lebens zu setzen . . . Hier die Steuerverweigerung mit

[1]) Verhandlungen der 2. Kammer I, p. 390 f. — [2]) N. Pr. Z. 30. IX. 49. (Nr. 227, p. 1827.) — [3]) Verhandlungen der 2. Kammer I, 510. — [4]) N. Pr. Z. 6. X. 49. (Nr. 232.) — [5]) Verhandlungen der 2. Kammer I, 597. — [6]) N Pr. Z. 12. X. 49. (Nr. 237.)

der Möckeschen Warnungstafel, dort der in Stein gehauene dicke Strich durch den § 105, so hatte der Zentralste der Zentralen das Licht von der Finsternis geschieden; doch Herr Simson fiel aus der Rolle. Ein deutscher Professor und eine Definition, vergessen war Vater und Mutter, vergessen war Dyhrn und Beckerath, und Wenzel stand weinend neben der Wiege des kleinen Spinoza, die zugleich das Grab der banalsten aller Phrasen war. O grausamer Kampf, o grausamer Sieg; wer wird künftig unsre Kleinen lehren, „echt konstitutionell" zu denken und zu handeln, und nach welchem System? Simson echt englisches Oktroi, Beckerath gemeine deutsche Anarchie, und jeder über allen konstitutionellen Zweifel erhaben! Was wird der heilige Gagern zu diesem häuslichen Zwiste sagen, und wird er es uns verargen, wenn wir den Gothaer Dreifuß mit der Zeit nur noch zum Kochen verwenden? Nicht einmal in der so wichtigen Vereidigungsfrage war das zuchtlose Völkchen einig . . . und die „Kölnische Zeitung" wird wieder zweier Artikel bedürfen, um treu ihrer gegen uns ausgesprochenen Ueberzeugung, diesmal die Nicht-Vereidigung, wie bereits unvorsichtigerweise versucht — und dann die Vereidigung der Armee als Gemeingut aller Gebildeten Europas gegen männiglich umsonst und für Geld zu beweisen." —

Auf dasselbe Thema greift Bismarck am folgenden Tage zurück:[1] „Vereidigung oder Nicht-Vereidigung der Armee auf die Verfassung, das hielten wir bisher für die Summe der Gegensätze, doch haben wir jetzt gelernt, daß es noch ein drittes gibt, und das ist die Nicht-Nicht-Vereidigung . . . Verfassungsmäßige Vereidigung, das ist gegen Doktrin und Abrede und wird die weiteren patriotischen Schritte der Freunde von der Pfingstweide sehr erschweren. Daher Zentrum, ein Kompliment in das Protokoll und ein leerer Platz in der Verfassung, den man ja, wenn die Aktien steigen, in jedem Augenblick durch die „königliche Verheißung" ausfüllen kann. In der Tat, die Berechnung war nicht übel, allein die preußischen Eidgenossen werden schwerlich schon vergessen haben, daß Herr v. Beckerath nebst Anhang, die jetzt so zärtlich für die Krone sorgen, dieselben Männer sind, die damals selbst die Ministerbank verschmähten, weil sie auf der steilen Höhe nicht durch Roß und Reisige, sondern durch die à la Stein reorganisierte Liebe des freien Mannes geschützt sein wollten . . . Die einzige Körperschaft, die seit dem März der Schande nichts gut zu machen hat, ist die preußische Armee, populärer als die populärsten Phrasen . . . Die Wähler, die Urwähler mit der Denkmünze und die Wahlmänner mit dem eisernen Kreuz, . . . sie halten nichts von dieser papiernen Verfassung . . ." —

Die am 18. Oktober begonnenen Beratungen über die Gewerbefreiheit[2] veranlaßten den Artikel vom 20. Oktober:[3] „Es ist ein eigentümliches Schauspiel, doch mehr belehrend als erbaulich, wie die Erbpächter des Volkswillens, die untrüglichen Propheten des souveränen Volkswillens ängstlich lavieren, ihr System mit ihrer Popularität in Einklang zu erhalten. Die konstitutionelle Begeisterung reicht nicht mehr aus, die Not des Gewerbestandes zu beschwichtigen, die Amulette aus dem Krönungsmantel des Bürgerkönigs haben sich als Charlatanerie erwiesen; und ein anderes Mittel wissen die gelehrten Herren nicht. Man zuckt die Achseln, man sieht bedenklich, man ist wohl nicht ohne Mitgefühl; doch ein Steckenpferd des Liberalismus abzusatteln, das ist mehr als ein märzerrungenes Gewissen über sich gewinnen mag. Damals freilich, als

[1]) N. Pr. Z. 13. X. 49. (Nr. 238.) — [2]) Verhandlungen der 2. Kammer I, 722 ff. — [3]) N. Pr Z. 20. X. 49. (Nr. 244.)

die „Herren Arbeiter" vor „Auerswalds" Tür standen, damals waren die Volkswünsche so eindringlich formuliert, daß Widerstand Tollkühnheit gewesen wäre, und tollkühn sind die Herren vom Zentrum nicht; jetzt aber, wo selbst Herr v. Patow einen ruhigeren Puls hat, jetzt nennt man die kleine Schwäche einen dringenden Notstand. . . . Warum aber von dem „unglückseligen, vormärzlichen System" gerade dies nicht unwesentliche Bruchstück konserviert, warum die blumenreiche Lüge, daß wir mit der Herstellung der Zünfte und Innungen zurück wollten in den absoluten Staat? Die Autonomie der Gewerke, die wir erstreben, ist von der absoluten Staatsform beinahe soweit entfernt als Herr v. Beckerath von einem Staatsmann. Schutz, aber er darf niemanden abhalten, Schranken, aber sie dürfen nicht beschränken, Selbständigkeit der Korporationen, doch nur unter dem grünen Tisch. Wer keine Arbeit hat, der sucht sich welche, und wer keine findet, der hat doch das erhebende Bewußtsein, in einem freisinnigen Staate zu betteln. Schutzzölle sind erlaubt, weil sie uns oder wenigstens die Fabrikanten nach außen schützen, aber Innungen sind verwerflich, weil der Bürgerkrieg zu den häuslichen Freuden gehört. Jede Unwahrheit währt eine Zeit, und eine grobe nur eine sehr kurze." —

Den Untergang des „echten Konstitutionalismus" hält Bismarck für nahe bevorstehend:[1]) „Bald werden wir soweit sein, daß man, wie in Frankreich die Republikaner, so in Preußen die „wahrhaft Konstitutionellen" ohne Mühe zählen kann. Vergeblich war, wie Heinr. Gagern in Bremen deklamierte, das Ringen der Edelsten der Nation, inklusive Wentzel und Beckerath, Blumen auf den Weg der Zeit zu streuen, vergeblich war das „gewissenhafte" Bemühen, das berauschte Deutschland auf der schmalen Grenzscheide zwischen Volks- und National-Souveränität zu erhalten. Die Verfassungs-Fabrikation ging nicht übel, aber der Absatz war schwach. Was haben auch die Kammern zu bedeuten, solange der fatale Oktroyierungs-Paragraph bleibt, was gewährt die parlamentarische Hetzjagd für einen Genuß, solange die Portefeuilles nicht durch die Steuerverweigerung erzwingbar sind? . . . . Was einmal doch nicht gut werden kann, schadet am meisten, wenn es mittelmäßig ist, und eine Verfassung des zentralen Mißvergnügens wäre unter den gegebenen Verhältnissen das günstigste Resultat . . . . ." —

Auch die Kammern, das Erzeugnis dieses „modernen Konstitutionalismus", erscheinen Bismarck nicht mehr gefährlich:[2]) „Unsere zweite Kammer scheint jetzt mit raschen Schritten ihrer Selbstauflösung entgegen zu gehen, und es ist für uns ein erfreulicher Schluß, wie sich die Klugen in ihren eigenen Netzen fangen. . . . . Kammern in der jetzt beliebten Façon sind das allerunschuldigste und unschädlichste Ding in beiden Hemisphären: sie werden sprechen wie die Weisen auf den Gassen, und niemand wird ihrer achten, und wenn jemand zu vorlaut wird, so wird man ihn an einige übereilte Ratschläge erinnern, wie gestern der Herr Minister des Innern einen gewissen v. Beckerath." —

Auch die Konstitutionellen selbst hielten ihre Sache für verloren, wie aus dem Artikel vom 28. Oktober zu ersehen ist:[3]) „Die „Deutsche Zeitung" singt heute ihrer Partei den Schwanengesang, zwar nicht so wohlklingend wie der gefiederte Sänger, aber doch nicht minder herzbewegend. Es ist alles vorbei, „die Bestürzung im Lager der Konstitutionellen ist groß, man durfte erwarten, daß viele Abgeordnete ihr Mandat niederlegen würden; es ist nicht geschehen. Neben

[1]) N. Pr. Z. 24. X. 49. (Nr. 247.) — [2]) N. Pr. Z. 27. X. 49. (Nr. 250.) — [3]) N. Pr. Z. 28. X. 49. (Nr. 251.)

der stumpfen Masse und der frohlockenden Reaktion schielt mit affektierter Gleichgültigkeit die Demokratie dem Schauspiel zu“, und scheut sich nicht, auch ihrerseits zu lachen. Wer aber sind die Männer, welche jetzt gesteinigt werden sollten? . . . Es sind dieselben Männer, welche auf dem vereinigten Landtage den preußischen Staat durch die Kraft ihrer Lungen erschütterten, es sind dieselben, welche in der Paulskirche das deutsche Vaterland an die Struve und Brentano erinnerten, es sind dieselben, welche, wenn sie auch die Märzrevolution nicht gemacht haben, da sie nichts machen, doch ihre Früchte genießen wollten. . . . Wer hätte sie vergessen, die herrlichen, vereinigten Phrasen von Mündigkeit und Intelligenz des eigentlichen Volkes . . . und jetzt, wie lesen wir: „Wäre das Volk nicht so entsetzlich unreif gewesen für die Politik, so hätte es auch im März 1848 nicht so entsetzlich politisch werden können.“ . . . Der Konstitutionalismus war niemals mehr als ein offener Flecken, er ist die Theorie der Revolution. . . . Geschützt durch den Aberglauben der Völker ist er unrettbar verloren, seit auch die „stumpfe Masse“ eingesehen hat, daß das konstitutionelle System nichts ist als eine große Lüge und eine kleine Unmöglichkeit. Mag daher die „Deutsche Zeitung“ sich noch so sehr grämen, mag ihr Schutzpatron jeden Tag zweimal zweckessen, die Zeit der Auerswald und Beckerath, das Reich der Gagern und Dahlmann ist unwiederbringlich dahin und Klagen wird die kranke Zeit nicht heilen. . . .“ —

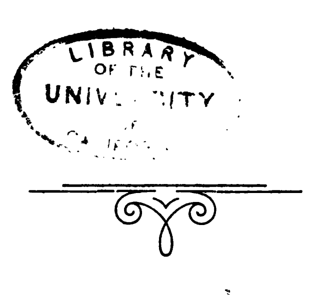
Die Verhandlungen im November über die kirchlichen und religiösen Verhältnisse[1]) empörten Bismarck aufs heftigste:[2]) „Es ist ein vergebliches Bemühen, den Leviathan in einem Fischernetze zu fangen, und es ist thöricht, die entfesselte Revolution an dem Leitseile eines allgemeinen Landrechts führen zu wollen. . . . Ehrfurcht gegen die Gottheit, doch was ist die Gottheit des November? Gehorsam gegen die Gesetze und Treue gegen den Staat, doch woher eine Autorität ohne den lebendigen, persönlichen Gott? Sittlich gute Gesinnungen gegen die Mitbürger, doch nach welcher Moral? Es mag gut klingen und auch gut gemeint sein, allein es wäre eine unnütze und darum doppelt lästige Beschränkung gewesen, und wir können uns daher nicht betrüben, daß unsere Ur- und Wurzelkammer auch dies letzte Feigenblatt beseitigt hat. . . . Feuerbachscher Kultus und Heintzesche Moral, Rugesche Treue und März-Gehorsam, wer könnte einen freien religionslosen Staatsbürger zwingen, diese „Hundetugend“ zu preisen? . . .“ —

Hiermit schließen wir die Mitteilung des reichen, historisch so wichtigen und interessanten Materials und wollen zum Schluß noch kurz einen Blick auf die nicht minder interessanten Ergebnisse in sprachlicher Hinsicht werfen. Ueber Bismarcks Stil und Sprache giebt es bereits eine recht reichhaltige Literatur, die das Material in allem Wesentlichen erschöpft. Es gilt daher hier nur, den vorhandenen Stoff zu bereichern. H. Blümner („Der bildliche Ausdruck in den Reden des Fürsten Bismarck“, Leipzig 1891) vergleicht die Sprache Bismarcks sehr treffend mit einem Gebirgsbach, der nicht in gleichmäßig ruhigem Laufe dahinströmt, sondern durch Steine behindert, durch Wasserfälle unterbrochen wird. Keine kunstvoll aufgebauten, wohl abgerundeten Perioden, keine rhetorischen Figuren, keine pathetischen und phrasenhaften Ueberschwenglichkeiten;

[1]) Verhandlungen der 2. Kammer II, 299 ff. — [2]) N. Pr. Z. 1. XII. 49. (Nr. 280.)

was den Stil Bismarcks charakterisiert, ist seine „markige, herzhafte Natürlichkeit", seine „Wucht und Derbheit". (Vogel „Zur Charakteristik der politischen Reden der Fürsten Bismarck". Bismarck-Jahrbuch Bd. III. p. 337 ff. und Zeitschr. für den deutsch. Unterr. X, Heft 1.) „Schärfe der Logik, Klarheit der Darstellung, Deutlichkeit des Ausdrucks (Blümner) sind seine hervorstechenden Eigenschaften. Ueberraschend wirkt oft die Fülle treffender Bilder und Gleichnisse, die jedoch fast nie mit „gleichwie" oder ähnlichen Wendungen eingeführt werden, sondern überall als Metaphern gebraucht und unmittelbar in den Zusammenhang verflochten werden. Allen nur denkbaren Gebieten werden diese Bilder entnommen, in erster Linie indes dem praktischen Leben. Daran knüpft sich der reichliche Gebrauch von sprichwörtlichen und vulgären Redensarten. Die „Weisheit von der Gasse" tritt oft in ganz überraschenden, kühnen Wendungen zu Tage. Neue Bilder werden aus ihr geformt, alte in neue Wendungen gebracht. Der treffliche beißende Witz und die ungenierte, derbe Offenheit können stellenweise fast verletzend wirken, zumal wenn es sich um persönliche Angriffe handelt, vor denen Bismarck in keiner Weise zurückscheute. Aber der köstliche, oft fast übermütige Humor läßt uns diese Schmerzen bald wieder vergessen.

So stellt sich uns schon in diesen Zeitungs-Artikeln das Bild unseres großen Kanzlers vor Augen: Ein kühner, weitblickender Staatsmann, unerschrocken und vor nichts zurückbebend, wenn es gilt die für recht erkannten Prinzipien gegen eine Welt durchzukämpfen; ein begeisterter und begeisternder Führer seiner Partei; ein offener, urwüchsiger, deutscher Charakter.



Thesen.

1. Die in der vorliegenden Arbeit gedruckten 125 Artikel aus der „Neuen Preußischen Zeitung" lassen sich mit der größten Wahrscheinlichkeit als von Bismarck herrührend erweisen.

2. Das in den „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, p. 113 f. erwähnte Gespräch Bismarcks mit dem Prinzen von Preußen anläßlich des Krimkrieges ist in den Januar 1855 zu setzen.

3. Das Bündnis des Großen Kurfürsten mit Frankreich 1679 war ein Akt der Notwendigkeit.

4. Die Politik des Herzogs Moritz von Sachsen war von Anfang an eine bewußte Realpolitik, zielend auf den Anschluß an das Haus Habsburg.

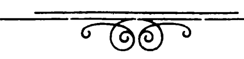
5. Die Fortsetzung von Otto von Freisings Gesta Friderici I. imperatoris durch Rahewin ist schon 1160 als abgeschlossen anzusehen.

6. Spinozas Staatslehre ist eine Konsequenz seiner Ethik.

7. Spinozas Staatslehre ist keine einheitliche Emanation, sondern ist durch die äußeren Lebensverhältnisse des Philosophen beeinflußt und verändert worden.

8. Die von Pfeiffer aufgestellte Hypothese, daß der Kürenberger der Verfasser des Nibelungenliedes sei, ist als verfehlt zu betrachten.

9. Die sogenannten Frauenstrophen des Kürenbergers sind nicht von Frauen verfaßt.



Verfasser, geboren am 17. Juli 1879 zu Hamburg, besuchte von Ostern 1889 bis Ostern 1898 das Wilhelm-Gymnasium in seiner Vaterstadt, studierte dann Geschichte, Geographie und Deutsch in Halle und Bonn. An letztgenannter Universität bestand er im Januar 1903 die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen.